NATION & EUROPA

B 5104

DEUTSCHE MONATSHEFTE

Korruption,
Parteienfilz,
schwarze Kassen

Droht die *Bananen-* Republik?

COBURG · 50. JAHRGANG · HEFT 2 · Februar 2000 · ISSN 0027-8408

DAS XXI. JAHRHUNDERT BEGINNT MIT KAMPF!

Die menschenverachtende Wahnideologie der multirassischen, in Wirklichkeit jedoch rassenfeindlichen Gesellschaft lügt bewußt, wenn sie die Unterschiede negiert; sie wirkt zersetzend, wenn sie die Farben und die Gesichter zur Melange verwandelt; sie tötet die Völker und die Rassen unwiderruflich, wenn sie sie vermischt. Schon mutiert das westliche (das der Nato- und UNO-Ideologie hörige) Europa, indem es langsam in der Verwesung der US-Sphäre versinkt, zur Anti-Welt dessen, was einst die europäische Geisteswelt und der Raum europäischer Politik waren. Der großangelegte Versuch einer systematischen Beseitigung aller wesentlichen Spuren des organisch Gewachsenen zu einer unförmigen Masse, in der weder Kulturen noch Völker weiter unterscheidbar wären, trägt einen Namen: Verwestlichung der Welt. Die Überwindung des Übels aber heißt, Partei für das Recht auf Verschiedenheit zu ergreifen, das die Grundvoraussetzung schlechthin der Toleranz, der ethnokulturellen Neugeburt sowie der Freiheit und des Lebens ist. Der Autor, Initiator des ›Thule-Seminars‹ und einer der aktivsten Philosophen der ›Neuen Kultur‹ in Deutschland, stellt uns mit diesem bahnbrechenden Werk vor eine der größten Herausforderungen unserer Geschichte: Den Kampf um das Wesen aufzunehmen!

Pierre Krebs
Im Kampf um das Wesen
Ethnosuizid in der multirassischen Gesellschaft der judäochristlichen Zivilisation des Westens oder ethnokulturelle Neugeburt Europas in der organischen Demokratie indoeuropäischer Prägung?
Fadengeheftete Broschur, 136 Seiten, sorgfältig gestaltet, mit Prägung und beigefügtem Lesezeichen, 2. Auflage, 29,80 DM

PIERRE KREBS

IM KAMPF UM DAS WESEN



ETHNOSUIZID IN DER MULTIRASSISCHEN GESELLSCHAFT DER JUDÄOCHRISTLICHEN ZIVILISATION DES WESTENS ODER ETHNOKULTURELLE NEUGEBURT EUROPAS IN DER ORGANISCHEN DEMOKRATIE INDOEUROPÄISCHER PRÄGUNG?



Bestellungen über Buchdienst NATION EUROPA
Postfach 2554
96414 Coburg
Tel. 09561/80780
Fax 09561/807820

THULE · POLEMOS – BÜCHER FÜR DIE ERSTEN VON MORGEN



NATION & EUROPA
DEUTSCHE MONATSHEFTE

INHALT

50. Jahrgang – Heft 2/2000 – Februar 2000

Die nächste Ausgabe von NATION & EUROPA, Nr. 3/2000, erscheint am 3. März 2000.

Liebe Abonnenten!

Der Januar-Ausgabe lagen Zahlkarten für das Abonnement 2000 bei. Wer noch keine Zeit zur Überweisung hatte, möge dies jetzt bitte nachholen. Die aktuellen Bezugspreise finden Sie im untenstehenden Impressum. Bitte vermerken Sie auf dem Überweisungsträger deutlich lesbar Ihren Namen. Es ist sonst keine Buchung möglich. Sie können uns natürlich auch einen Verrechnungsscheck senden. Sollten Sie den Überweisungsträger verlegt haben: Kurzer Anruf genügt, wir schicken einen neuen. Wir bedanken uns herzlich bei allen Einzahlern.

Ihr NATION EUROPA Verlag

IMPRESSUM

NATION & EUROPA — Deutsche Monatshefte. Gegründet 1951 von Arthur Ehrhardt und Herbert Böhme. Herausgeber: Peter Dehoust, Harald Neubauer, Adolf von Thadden†

Redaktion: Peter Dehoust (für den Inhalt verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes), Karl Richter, Werner Baumann, Dietmar Engelhard

Verlags- und Redaktionsanschrift:
NATION EUROPA Verlag GmbH,
Postfach 2554, 96414 Coburg
Tel. (09561) 80780
Fax (09561) 807820
e-mail: redaktion@nationeuropa.de
Internet: http://www.nationeuropa.de

Für unverlangte Einsendungen übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr. Sie behält sich vor, Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten, soweit nicht besondere Vereinbarungen getroffen sind. Namentlich gezeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt der Redaktionsmeinung entsprechen.

Bezugspreise 2000

Jahresabonnement:	DM 144,—
Einzelheft:	DM 12,—
Jahresabonnement für Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende:	DM 95,—
Luftpostzuschlag:	DM 70,—
Sammelmappen für jeweils einen Jahrgang:	DM 15,—

Das Abonnement verlängert sich jeweils um einen weiteren Jahrgang, wenn es nicht bis zum 1. 10. des laufenden Jahres zum Jahresende gekündigt wird. Bei Bestellungen im laufenden Jahr wird der Abonnementpreis anteilig berechnet.

 Höhere Gewalt entbindet den Verlag von der Lieferverpflichtung. Gerichtsstand und Erfüllungsort ist Coburg. Eigendruck.

BEILAGENHINWEIS: Der Streifbandauflage dieser Ausgabe sind zwei Prospekte und eine Bestellkarte des Buchdienstes NATION EUROPA beigefügt. Wir bitten um Beachtung.

NE

Keine Bananenrepublik

Sechs Jahre ist es her, da stand der Kölner Journalist Manfred Rouhs vor dem Kadi. Er hatte eine Publikation zu verantworten, in der mit Blick auf deutsche Zustände von „Bananenrepublik" die unkeusche Rede war. Unsere Justiz sah darin eine Verunglimpfung des Staates (§ 90 StGB) und verdonnerte Rouhs zu 2000 Mark Geldstrafe. Eine Bananenrepublik, begründete der Amtsrichter, sei ein Staat, in dem es drunter und drüber gehe und regierende Politiker die Gesetze mißachteten. Davon könne hierzulande keine Rede sein.

1997, drei Jahre später, erschien von Wolfhart Berg im Verlag „Moderne Industrie" das Buch „Bananenrepublik Deutschland / Korruption, der ganz alltägliche Skandal". Diesmal nahm kein Staatsanwalt, kein Gericht Anstoß. Das Buch mit dem provozierenden Titel, ganz ohne Fragezeichen, ist nach wie vor erhältlich. Auch die Medien bedienen sich jetzt ungeniert des inkriminierten Wortes.

Zweierlei Recht oder fortgeschrittene Erkenntnis? Wir wissen es nicht, gehen aber auf Nummer sicher mit der Bekundung: Die BRD ist selbstverständlich keine Bananenrepublik. Wir enthalten uns auch des Beifalls, wenn Frau Ministerpräsidentin Heide Simonis in Kiel das Pfälzische übt und von „Bimbesrepublik" spricht. Wie kommt die Dame mit den phantasievollen Hüten auf solch abwegige Idee? Dieser Staat ist bekanntlich nicht nur der freiheitlichste deutscher Geschichte, sondern überhaupt das beste, was den Deutschen seit der Hermannsschlacht passierte. Oder doch nicht?

Für März ist ein neues Buch des renommierten Staatsrechtlers Hans Herbert von Arnim angekündigt. Titel: „Vom schönen Schein der Demokratie". In der Vorauswerbung des Droemer-Verlages heißt es: „Die politische Klasse hat ein System der organisierten Verantwortungslosigkeit geschaffen. Von Demokratie, Föderalismus und Gewaltenteilung bleibt nur mehr eine leere Hülle."

Wohlgemerkt: Professor von Arnim warnt nicht vor einer möglichen Entwicklung, er beschreibt die aktuelle Situation. Schon vor einigen Jahren hatte er konstatiert: „Das Grundübel unserer Demokratie liegt darin, daß sie keine ist. Das Volk, der nominelle Herr und Souverän, hat in Wahrheit nichts zu sagen."

Die Demokratie nur Schein, das Volk entmündigt – wer diesen Feststellungen des Wissenschaftlers folgt, ist längst an einem Punkt angelangt, wo man sich über den Begriff der Bananenrepublik nicht mehr streiten mag. Arnims Kritik am System ist radikal im wahrsten Sinn des Wortes. Im Vergleich dazu sind die Reden „rechtsextremer" Politiker revolutionär wie ein Krippenspiel.

Weshalb landet von Arnim nicht im Gefängnis? Ganz einfach: Er beschränkt sich auf Zustandsbeschreibungen, ventiliert kritischen Überdruck, eifert nach, was früher den Hofnarren oblag: Wahrheiten andeuten, ohne die fürstliche Macht herauszufordern. Wäre von Arnim parteipolitischer Konkurrent, ja, dann kämen seine Bücher geradewegs auf den Index und sein Name in die Berichte des sogenannten Verfassungsschutzes. Aus Narrenfreiheit würde Vogelfreiheit.

„Einzelversagen", verteidigen sich die Ertappten. Also: Kohl, Kanther und ihresgleichen in sämtlichen Bundestagsparteien atypisch für das System? Negative Ausnahmefiguren, von denen sich nicht aufs Ganze schließen läßt? Wenn's stimmt, haben wir es mit wundersamen Vereinen zu tun: Ihnen ist nicht vergönnt, die eigene Redlichkeit personell umzusetzen. Welch dummer Zufall bringt nur immer wieder ausgerechnet die Schlawiner an die Spitze?

Da sich die betroffenen Politiker mit ihren Parteien gleichsetzen und diese Parteien sich wiederum mit dem Staat verwechseln, liegt wenig Trost in der Behauptung, daß persönliche Bereicherung nicht das Motiv sei. Was bitte sonst? Strebt man aus altruistischer Selbstaufopferung an die Macht? Verschmäht man gut dotierte Posten, Subsidien, Pfründe? Werden die staatlichen Mittelzuflüsse an Parteien und Politiker sogleich an die Caritas weitergeleitet? Fallen gar die 29 000 Mark, mit denen sich der Pensionär Kanther jeden Monat bescheiden muß, unter die Armutsgrenze?

Man appelliert an unser Mitleid: Die „große Volkspartei" CDU, auch Club der Unwissenden genannt, dürfe von Strafgeldern und Rückzahlungsforderungen nicht ruiniert werden. Hinter der Maske des reuigen Sünders feixt uns der alte Hochmut an. Richtig ist: Deutschland hat 1000 Jahre ohne CDU/ CSU gelebt – warum sollte es dies die nächsten 1000 Jahre nicht können? Italien war seit Kriegsende fest im Griff der Democrazia Cristiana. Heute kräht nach ihr kein Hahn mehr. Parteien sind Zeiterscheinungen: fürs Überleben eines Volkes recht entbehrlich und manchmal kaum haltbarer als jene Südfrucht, auf deren Schalen unser Gemeinwesen nun auszurutschen droht. Wünschen wir ihm Hals- und Beinbruch!

Harald Neubauer

Neue EU-Beitrittskandidaten

Wie europäisch ist Israel?

Karl Richter

Noch nicht einmal ein halbes Jahrhundert gibt es die Europäische Union. Gegründet wurde sie ursprünglich als „Europäische Wirtschafts-Gemeinschaft" (EWG), später wurde daraus die EG, die sich mit dem Vertrag von Maastricht (1991) zur EU mauserte.

Jetzt scheinen die Tage des ehrgeizigen Projekts gezählt. Denn mit dem anvisierten EU-Beitritt der Türkei und dem Fernziel einer strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Israel verläßt die Union ihr europäisches Terrain, um zu einer Art Mittelmeer-Entente zu mutieren. Es gehört schon viel Phantasie – oder abendländischer Missionseifer dazu, für das dann entstehende Konstrukt an der Fiktion „europäisch" festzuhalten. Seit wann sind Israel und die Türkei europäische Länder? Und warum dann nicht gleich den restlichen Mittelmeerraum auch noch vereinnahmen?

Milliardenteure Osterweiterung

Soweit sind wir – glücklicherweise – noch nicht. Die EU wird auf Jahre hinaus genug damit zu tun haben, die Beitrittskandidaten im Osten – Polen, Ungarn, die Tschechische Republik – zu integrieren, in deren Windschatten sich bereits die baltischen Länder und selbst die marode Ukraine Hoffnungen auf einen EU-Beitritt machen. Das alles ist mit Milliardenausgaben verbunden, die die europäischen Haushalte, allen voran den deutschen, bis weit ins kommende Jahrhundert hinein belasten werden. Allein die Anpassung der Landwirtschaften in den Beitrittsländern an westeuropäische Verhältnisse wird Unsummen verschlingen. Realistische Schätzungen, was die Osterweiterung der EU wirklich kosten wird, gibt es in Brüssel deshalb längst nur noch hinter vorgehaltener Hand.

Dennoch planen die Erweiterungs-Strategen in Brüssel bereits weiter. Der Beitritt der Türkei gilt, Menschenrechte hin, Kurdenproblem her, bereits als ausgemacht, nachdem die Bundesregierung dem Land am Bosporus im Dezember letzten Jahres „klare europäische Perspektiven" eröffnet hat. Im offiziellen Verlautbarungs-Deutsch liest

sich das so: „Die Bundesregierung tritt mit Nachdruck dafür ein, der Türkei den Status eines Beitrittskandidaten zur Europäischen Union zu verleihen."

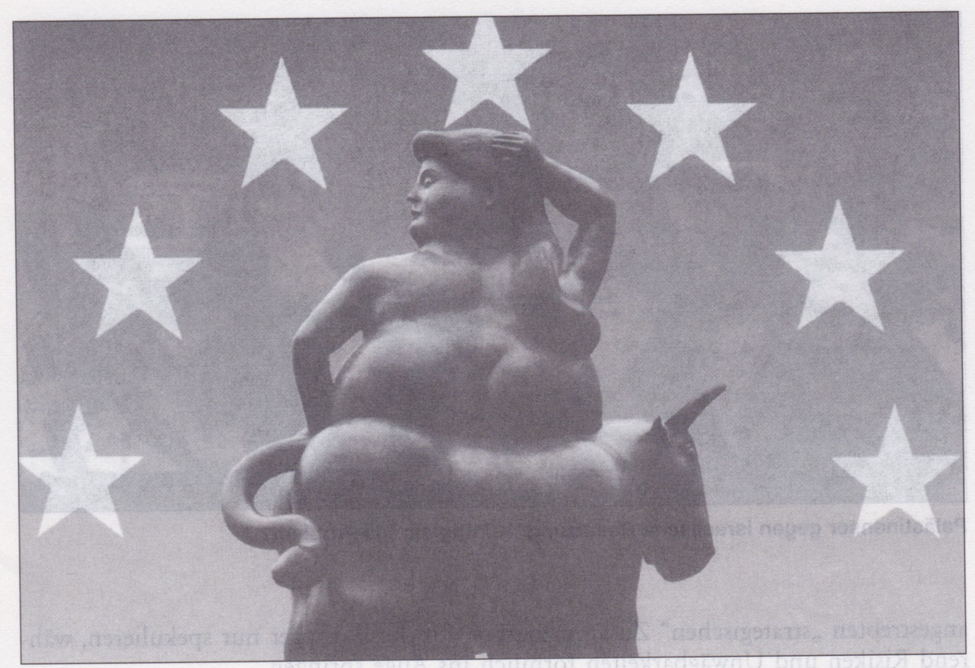
Nun kann man sich mit gutem Grund fragen, wie es dieser Tage die „Neue Zürcher Zeitung" tat: „Reicht Europa bis Mesopotamien?" Tatsache ist, daß ganze drei Prozent der Türkei auf europäischem Boden liegen, die restlichen 97 Prozent dagegen auf asiatischem. Tatsache ist weiter, daß im Falle eines türkischen EU-Beitritts auf einen Schlag mindestens 60 Millionen Türken zu EU-Bürgern gestempelt würden – mit allen schwer kalkulierbaren Folgen wie dem Recht auf grenzenlose Freizügigkeit, auf Niederlassung sowie auf Ausübung des Wahlrechts. Da die größten außertürkischen Brückenköpfe der Türkei schon heute in Deutschland liegen, kann man sich unschwer ausmalen, welches EU-Land die Hauptlast eines Beitritts Ankaras zu spüren bekäme. Schließlich: Wer will garantieren, daß der kemalistische Staat seiner laizistischen Ausrichtung auch in Zukunft treu bleibt?

An die eigentlichen strategischen Herausforderungen, die mit einem türkischen EU-Beitritt verbunden wären, ist dabei noch gar nicht gedacht: an die Tatsache etwa, daß das Kurdenproblem, seit Jahrzehnten ungelöst, dann schlagartig zu einem europäischen Binnenproblem würde – als ob Europa, von den Korsen über die Araber in den französischen Banlieues bis hin zu den Türken in Kreuzberg und Gelsenkirchen, nicht schon genug Minderheitenprobleme hätte.

Zur „europäischen Perspektive der Türkei" wäre auch der Umstand zu rechnen, daß Euphrat und Tigris dann plötzlich zu „europäischen" Flüssen umdeklariert würden. Schlagartig wäre die EU in den Dauerstreit der Türkei mit ihren Nachbarländern um den Rohstoff Wasser involviert, ein Konflikt, der seine volle Brisanz erst in den nächsten Jahrzehnten entfalten dürfte. Und schlagartig wären Syrien, der Irak, der Iran, Georgien und Armenien Nachbarländer der EU. Soll sich Brüssel, Ankaras wegen, künftig mit Syrien ums Wasser, mit dem Irak wegen der Kurden, mit Armenien wegen der Aserbaidschaner herumschlagen?

Kalkül der USA

Angesichts dieser Gemengelage von Problemen und Unwägbarkeiten muß man sich fragen, welchen Nutzen Europa aus einem türkischen EU-Beitritt eigentlich ziehen soll. Einfache Antwort: Es gibt keinen. Schon jetzt ist die Europäische Union – insbesondere die reicheren ihrer Mitgliedsländer – auf viele Jahre hinaus auf die Rolle des einseitigen Gebers festgelegt, der die Beitrittskandidaten im Osten mit Milliardenaufwand auf West-Niveau zu hieven verurteilt ist. Im Fall eines türkischen Beitritts würde sich dieser Aderlaß nochmals potenzieren. Denn die Türkei verzeichnet zwar ein enormes, für europäische Verhältnisse völlig untypisches Bevölkerungswachstum, doch der weitaus größte Teil der Türken lebt in und von der Landwirtschaft. Weder als Abnehmerland für europäische Industrieprodukte noch als Investitionsraum für europäische Firmen und Anleger ist das Land am Bosporus sonderlich attraktiv. Jahrzehnte eines hartnäckigen und kostspieligen Aufbaus von Infrastruktur und Industrie wären nötig, um die Türkei auch nur zu einem halbwegs ernstzunehmenden Partnerland für die Europäer zu machen – von Problemen des Lohnniveaus, der Sozial- und Rechtsstandards gar nicht zu reden.



In der griechischen Mythologie war Europa die Schwester des Kadmos; sie wurde durch den in Stiergestalt auftretenden Zeus nach Kreta entführt. Nun soll Europa auf Kamel und Esel reiten. Wohin?

Das alles ist nichts Neues. Auch diejenigen Politiker, die sich für einen türkischen Beitritt stark machen, können nicht so tatsachenblind sein, die Risiken und Nebenwirkungen der geplanten EU-Expansion im östlichen Mittelmeer einfach zu ignorieren. Es ist denn auch ein mehr oder weniger offenes Geheimnis, daß die Chimäre einer türkischen EU-Mitgliedschaft weniger europäischen als transatlantischen Gehirnen entspringt. Denn: Was die Europäer schwächt, ist für den Erhalt amerikanischer Machtpositionen gut.

Politisch: 50 Millionen islamischer Türken in der EU bilden ein wirksames Gegengewicht zu allen europäischen Bestrebungen, auf internationalem Parkett mehr Souveränität und Eigenständigkeit zu demonstrieren. Wirtschaftlich: Jeder Euro, der in die EU-Kompatibilität der Türkei investiert werden muß, fehlt an anderer Stelle. Demographisch: Ein EU-Partner Türkei würde die Union noch multikultureller, ethnisch und politisch labiler machen, als sie es ohnehin schon ist. Und würde der von Washington dirigierten NATO auch in Zukunft jede Menge Gründe zum Intervenieren bieten. Als ob der Kosovo-Krieg nicht Warnung genug gewesen wäre.

Alle vorstehend skizzierten Problemstellungen begegnen uns auch im Fall des anderen möglichen Beitrittskandidaten: Israel. Auch hier kann man über den Nutzen der



Palästinenser gegen israelische Besatzung: Künftig ein EU-Problem?

angestrebten „strategischen" Zusammenarbeit für die Europäer nur spekulieren, während Risiken und Unwägbarkeiten förmlich ins Auge springen.

Auch Israel brächte, wie die Türkei, jede Menge „hauseigener" Konflikte mit in die EU: die inneren mit den Palästinensern ebenso wie die äußeren mit den Nachbarn, mit der arabischen Welt überhaupt. Da mag noch so sehr an einer dauerhaften Friedenslösung mit den Arabern in- und außerhalb der israelischen Landesgrenzen gefeilt werden - Tatsache ist, daß es auf beiden Seiten unverhandelbare „essentials" gibt, deren Strittigkeit kein Kompromiß jemals beseitigen wird. Das geostrategische Sicherheitsbedürfnis des Judenstaates einerseits, das Lebensrecht des palästinensischen Volkes andererseits (möglichst im Rahmen eines eigenen Staates) sind nun einmal Konfliktpunkte, die sich auf dem Verhandlungswege nicht einfach wegdiskutieren lassen. Der einzig gangbare Weg in eine friedliche Zukunft läge für beide Seiten in der Schaffung eines laizistischen und faktisch multikulturellen Gemeinwesens - doch wie derlei Experimente ausgehen, haben Israelis und Palästinenser gleichermaßen vor der Haustüre, nämlich im benachbarten Libanon, miterlebt.

Auch der immer einflußreicher werdenden orthodoxen Geistlichkeit in Israel wird man schwerlich mit den Vorzügen der „multikulturellen" Gesellschaft kommen dürfen. Israel versteht sich – Parlamentarismus hin, Demokratie her – in erster Linie als Heimstätte des jüdischen Volkes. Gelebter Pluralismus und Toleranz in ethnisch-religiösen Dingen vertragen sich damit nicht gut. Vor Weihnachten sorgte der israelische Oberrabbiner Lau weltweit für Schlagzeilen, als er christliche Weihnachtsfeiern und Christbäume landesweit als „heidnisch" untersagte. Erst dieser Tage machten führende orthodoxe Rabbiner erneut mit einem harschen Verdikt von sich reden, als sie ihren Anhängern das Surfen im Internet rundweg verboten; denn das Internet, ver-

kündeten sie in einem Aufruf, stelle eine „schreckliche Gefahr" dar und sei „tausend Mal gefährlicher als das Fernsehen".

Noch gilt Israel als westlich orientiertes Land mit weltlichem Selbstverständnis. Doch das Gewicht der Ultraorthodoxen wächst schon rein zahlenmäßig, denn strenggläubige, aber ökonomisch unproduktive Juden vermehren sich wesentlich rapider als säkularisierte, mit absehbaren Konsequenzen für das Renten- und Sozialsystem. Liegt hier womöglich eines der Motive für eine möglichst zügige EU-Assoziation des kleinen Landes am Toten Meer? In der Vergangenheit konnten schließlich schon andere ihre eigenen Defizite bequem im großen Brüsseler Haushalt verstecken. Demnächst also auch Israel?

Abseits solcher Mutmaßungen gibt es freilich ungleich handfestere Argumente, die gegen die angestrebte „strategische Zusammenarbeit" mit Tel Aviv sprechen. Die EU brächte sich sozusagen über Nacht in eine völlig unnötige Frontstellung gegen die arabische Welt. Hier wären beispielsweise französische Interessen in der Levante existentiell bedroht. Aber auch die Deutschen galten in der arabischen Welt einmal als zuverlässige Ansprechpartner – ein Ruf, der mit einer einseitigen Pro-Israel-Fixierung der EU ein für allemal dahin wäre.

Der Souverän wurde nicht gefragt

Wiederum fördert die Frage nach dem „Cui bono?" rasch die bekannten Zirkel und Einflußkreise zutage. Neben Israel selbst, das via Assoziation oder Beitritt den Fuß in die europäische Türe bekäme, ohne selbst große Gegenleistungen in die Waagschale werfen zu können, wäre abermals Washington der lachende Dritte im fragwürdigen Spiel. Denn auch eine israelische Teilnahme am EU-Projekt käme für die europäischen Zukunftsperspektiven einem veritablen Handicap gleich – siehe oben. Nicht ein Mehr an gesamteuropäischer Souveränität, an wirtschaftlichem und ökonomischem Spielraum wäre die Folge, sondern das Gegenteil.

Auch in Sachen EU-Mittelmeererweiterung dürften die wichtigen Entscheidungen hinter den Kulissen längst gefallen sein. Der Souverän wurde – natürlich – wieder einmal nicht befragt. Er hat die Hasardspiele seiner politischen Vertreter lediglich zu finanzieren und darf am Ende die Folgen ausbaden. Die Hände reiben sich andere. ■

Die Kluft

»Immer deutlicher wird, daß sich eine Kluft zwischen Regierenden und Regierten, zwischen veröffentlichter Meinung und öffentlicher Meinung aufgetan hat. Immer häufiger scheint die „political correctness" nicht der Stimmung in der Wählerschaft zu entsprechen – von der Debatte um Walser & Bubis über die Debatte um Euro statt Mark bis zur Debatte um Deutschlands Multi-Kulti-Zukunft. In dieser Situation sind die gegenwärtigen Affären besonders fatal. Sie schwächen die Glaubwürdigkeit unserer politischen Klasse weiter: Eine Demokratie aber kann auf Dauer nur so stark sein, wie die Wurzeln der Herrschenden im Volk.«

Der Publizist Claus Jacobi im Leitkommentar der „Welt am Sonntag" (19. 12. 1999)

Nur zehn Prozent Deutsche in EU-Gremien:

Kein Ende der Benachteiligung

Deutschland gehört nicht unbedingt zu den Nutznießern der EU. Zwar ist die Bundesrepublik seit vielen Jahren der mit Abstand größte Nettozahler innerhalb der Europäischen Union – das heißt, Deutschland bezahlt weit mehr an EU-Beiträgen in die gemeinsame Brüsseler Kasse ein, als von dort in Gestalt von Beihilfen und Subventionen zurückfließt –, aber der politische Einfluß der Deutschen ist traditionell eher gering.

Einer der Gründe dafür ist die schlechte personelle Repräsentanz der Bundesrepublik in den diversen EU-Gremien. Erst unlängst räsonierten sogar bundesdeutsche Medien mit Blick auf die Neuformierung der EU-Kommission laut darüber, daß Deutschland nicht zu den Gewinnern im Brüsseler Personalkarussell zähle, während Länder wie Frankreich, Großbritannien und selbst Italien ihre Positionen hätten ausbauen können.

Doch nicht nur auf Kommissarsebene sind die Deutschen unterrepräsentiert. Auch auf den nächstniedrigeren Hierarchiestufen ist die Bundesrepublik krass benachteiligt. Das belegt eine Studie, die im Auftrag der Adenauer-Stiftung angefertigt und jetzt der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Demnach stellt Deutschland nur rund zehn Prozent des Gesamtpersonals der EU-Kommission; in der Laufbahn des höheren Dienstes sind es 12,7 Prozent. Dabei finanziert die Bundesrepublik – worauf in der Studie ausdrücklich hingewiesen wird – derzeit knapp dreißig Prozent des Haushaltsvolumens der Europäischen Union.

Auch wenn nicht die Finanzierung des EU-Budgets, sondern die Bevölkerungszahlen in den einzelnen Ländern als Vergleichsmaßstab herangezogen wurden, bleibt es beim schlechten Gesamturteil über die deutsche Personalrepräsentanz. Denn auch der Anteil Deutschlands an der europäischen Gesamtbevölkerung betrage immerhin noch 22 Prozent.

Bei der Vorstellung der Adenauer-Studie wies eine Sprecherin der Stiftung darauf hin, daß das europäische „Stellentableau" in den siebziger Jahren noch einigermaßen stabil gewesen sei. Der Anteil der größeren EU-Mitgliedsländer habe sich damals konstant bei etwa 18 Prozent je Land bewegt. Erst im Zuge der Erweiterung der EU sei der Anteil der Großen dann insgesamt gesunken, wobei die Deutschen aber erheblich stärkere Einbußen hinzunehmen gehabt hätten als beispielsweise die Franzosen, die noch immer 15,4 Prozent der Kommissionsstellen belegten. Dabei sei Deutschland im Zuge der Wiedervereinigung geographisch um ein Fünftel „gewachsen".

Bei der Adenauer-Stiftung will man die Studie auch als Mahnung an die Adresse der Bundesregierung verstanden wissen. Denn von dort, so Stiftungschef Rinsche, erhielten die deutschen Beamten in Brüssel kaum nennenswerte Unterstützung. Auch die Bildung nationaler „Netzwerke", wie sie etwa für Franzosen und Engländer selbstverständlich sei, werde von der deutschen Politik völlig vernachlässigt.

Ob der gutgemeinte Rat bei der Bundesregierung ankommt, ist fraglich. Über die miserable deutsche Repräsentanz in internationalen Gremien wird schließlich schon seit langem geklagt, ohne daß sich die deutsche Politik bislang zu einer Änderung dieses Zustandes veranlaßt gesehen hätte. So dürfte auch in Zukunft alles beim alten bleiben: die Deutschen spielen die Zahlmeisterrolle, die anderen entscheiden. *mü*

Migration und Marktwirtschaft:

Deutschland zerstört sich selbst

Roland Wuttke

Die EU hat bei dem Treffen des „Europäischen Rates" am 10./11. Dezember 1999 in Helsinki eine umfassende Erweiterung beschlossen. Neben den bisherigen Beitrittskandidaten Estland, Polen, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern sollen umgehend Aufnahmeverhandlungen mit Lettland, Litauen, der Slowakei, Rumänien, Bulgarien und Malta geführt werden. Zum Kreis der Beitrittskandidaten gehört ab sofort auch die Türkei.

Der Erwartungsdruck der Türkei ist hoch. Laut „Hürriyet" hat der türkische Ministerpräsident Bülent Ecevit erklärt, spätestens in fünf Jahren Vollmitglied zu sein. Neben der Einführung der Doppelstaatsbürgerschaft zu Jahresbeginn hätte die künftige EU-Mitgliedschaft der Türkei weitgehende Auswirkungen auf die Struktur unserer Gesellschaft.

Die Erweiterung der EU ist eine direkte Folge der Globalisierung, weil die multinationalen Konzerne ihre Märkte erweitern müssen. Die USA unterstützen die Osterweiterung, weil sie die Länder damit dem Einflußbereich von Rußland entziehen. Ins-

Ohne Selbstbewußtsein keine Politik

„Der Mangel des Selbstbewußtseins, so vorzüglich er sich in einem Deutschland ausnimmt, das sich als vereinigtes Wirtschaftsgebiet verstehen kann, bedeutet eine elementare Schwäche. Wer kein Selbstbewußtsein hat, kann keine Politik betreiben. Die Deutschen, die immer das Bedürfnis hatten, beliebt zu sein, wenngleich sie sich selber nicht ausstehen konnten, sind heute geradezu versessen darauf, keinen Feind zu haben. Sie haben immer dazu geneigt und tun es vielleicht auch heute noch, die Politik als Fortsetzung der Philosophie, der Wirtschaft, der Moral mit anderen Mitteln zu betrachten." **Johannes Gross (1932–1999), Publizist**

besondere ein EU-Beitritt der Türkei wird von Washington befürwortet. Ungeachtet der andersartigen kulturellen Prägung soll die Türkei aus geostrategischen Erwägungen an die „westliche Wertegemeinschaft“ gebunden werden. Eine multikulturelle Vermischung der zentraleuropäischen Nationen ist ebenfalls im Sinn der USA, die das multikulturelle Gesellschaftsmodell als Ausdruck liberaler und fortschrittlicher Lebensweise darstellen, obwohl sich die negativen sozialen Auswirkungen auch schon in den USA deutlich abzeichnen.

Neuer Wanderungsdruck

Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung gibt die Verdoppelungszeit der türkischen Bevölkerung mit 46 Jahren an. Somit würde sich die Bevölkerung der Türkei von heute 65 Mio. auf 130 Mio. im Jahre 2046 verdoppeln. Das entspricht einer Geburtenrate von 2,3 Prozent. Im Gegensatz zu Deutschland ist die Bevölkerung der Türkei überjüngt. 31 Prozent der Türken sind unter 15, nur 5 Prozent über 65 Jahre alt.

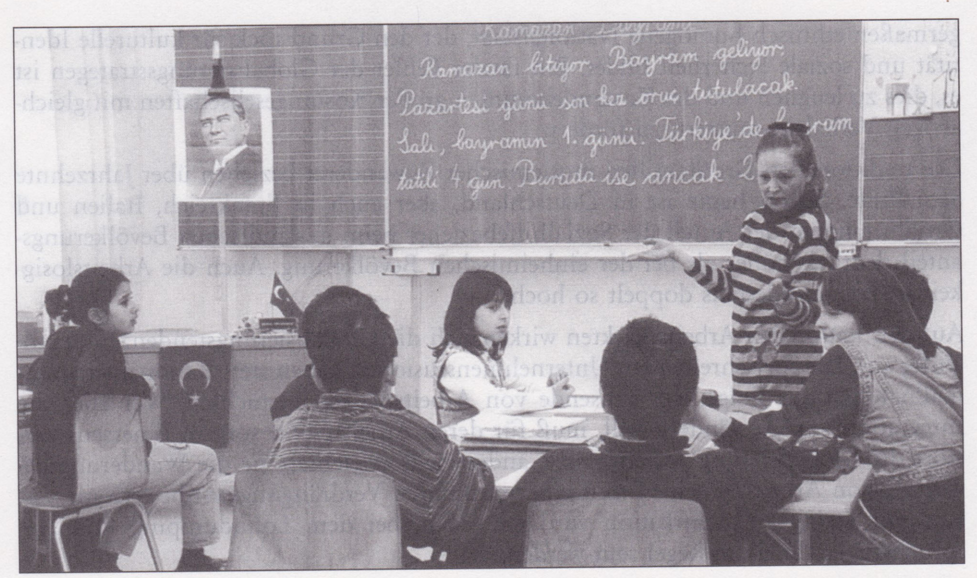
In Deutschland ist das Verhältnis der unter 20jährigen zu den über 60jährigen dabei, sich umzukehren. Bis 2025 werden die Älteren rund 30 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Laut Eurostat (Europ. Statistikamt) ist die Geburtenrate in der EU 1999 auf den niedrigsten Stand seit 1945 gesunken. Deutschland liegt mit neun Geburten je 1000 Einwohner am Ende der Statistik.

Der Anteil junger Menschen in der türkischen Bevölkerung wird indessen weiter steigen. Bei geringer Qualifikation und einer Analphabetenrate von 8 Prozent bei 18jährigen männlichen Jugendlichen und 26 Prozent bei den weiblichen Jugendlichen sind die Perspektiven auf Bildung und Arbeit in der EU gering. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf beträgt in der Türkei 3.140 US $ und entspricht somit dem von Panama (3.080 US $). Im Vergleich dazu haben die EU-Staaten Deutschland ein Pro-Kopf-BSP von 28.280 US $ und Dänemark von 34.890 US $.

Die Folge dieser wirtschaftlichen Unterschiede dürfte ein hoher Wanderungsdruck innerhalb der künftigen EU sein. Bevorzugte Ziele sind dabei die Staaten mit den höchsten Fürsorgeleistungen. Entgegen der propagierten Integrationsabsicht behalten die Migranten ihre kulturellen Unterschiede bei und betonen diese sogar mit dem Ziel der Abgrenzung gegenüber der liberalen und freizügigen westeuropäischen Gesellschaft. Die zunehmende Integrationsverweigerung moslemischer Einwanderer führt schon heute zu Parallelgesellschaften, die autark sind und wegen der deutlich höheren Geburtenrate in Ballungszentren auf absehbare Zeit sogar Mehrheiten erringen.

Belastung der Sozialsysteme

Abgesehen von einer möglichen EU-Mitgliedschaft der Türkei ist mit einer ungebrochenen Asyl- und Fluchtbewegung innerhalb und nach Europa zu rechnen, deren Ziel zu 75 Prozent Deutschland ist. Die Fluchtgründe werden besonders in der Dritten Welt zunehmen. Wie blauäugig die Annahme ist, wonach die Aufnahme hoher Flüchtlingskontingente zu einer Entlastung der Flüchtlingsströme führen könnte, macht schon eine Bemerkung von Irenäus Eibl-Eibesfeld in Focus Nr. 21/1996 deut-



Kein Bild aus der Türkei, sondern aus Deutschland: Münchner Grundschüler behandeln den Ramadan – dazu ein Bild von Atatürk, nicht von Johannes Rau.

lich: „Wenn wir im Jahr 1,5 Millionen Menschen aus der Dritten Welt aufnähmen, würde das dort überhaupt nichts ändern - das gleicht der Bevölkerungsüberschuß ... in einer Woche wieder aus, solange es keine Geburtenkontrolle gibt."

Welche Folgen hat die keineswegs unvermeidliche, jedoch politisch gewollte Zuwanderung für das über Jahrzehnte erfolgreiche Modell der sozialen Marktwirtschaft? Der dauerhafte Migrationsdruck insbesondere auf Deutschland führt zu einer einschneidenden ethnischen, kulturellen und sozialen Veränderung, die als solche von der Stammbevölkerung kaum wahrgenommen wird, weil sie schleichend stattfindet und von einer irreführenden Propaganda der Machthaber begleitet ist.

Der unkontrollierte Zuzug von Menschen, deren einziges Kapital eine große Kinderzahl ist, belastet die Sozialsysteme moderner Industriestaaten außerordentlich. Das in der Doppelpaß-Diskussion angeführte Argument, die sinkenden deutschen Geburtenzahlen könnten mit den steigenden Geburtenraten von Migranten kompensiert und den Sozialkassen somit neue Beitragszahler zugeführt werden, greift zu kurz. Ausbildungsgrad, Qualifikation und kultureller Hintergrund der meisten Zuwanderer entspricht keineswegs dem Bedarf einer hochtechnologischen Dienstleistungsgesellschaft. Den als Solidargemeinschaft konzipierten Sozialkassen werden nicht Beitragszahler zugeführt, sondern Leistungsempfänger aufgebürdet. Ein neues Proletariat mit hohem sozialen Konfliktpotential entsteht.

Die moderne Industriegesellschaft und die soziale Marktwirtschaft beruhen auf Wissen, Leistungsbereitschaft und hoher beruflicher Anpassungsfähigkeit. Es ist der eini-

germaßen ethnisch homogene Nationalstaat, der den Grundstock für kulturelle Identität und soziale Sicherheit bildet. Ein fataler Fehler der Globalisierungsstrategen ist es, dies zu leugnen und das Zustandekommen großer Kosumgesellschaften mit gleichartigen Verhaltensmustern zu fördern.

Die traditionellen Großfamilien moslemischer Zuwanderer beziehen über Jahrzehnte Sozialhilfe. Schon heute ist in Deutschland, aber auch in Frankreich, Italien und Großbritannien der Anteil der Sozialhilfebezieher beim ausländischen Bevölkerungsanteil deutlich höher als bei der einheimischen Bevölkerung. Auch die Arbeitslosigkeit ist hier mindestens doppelt so hoch.

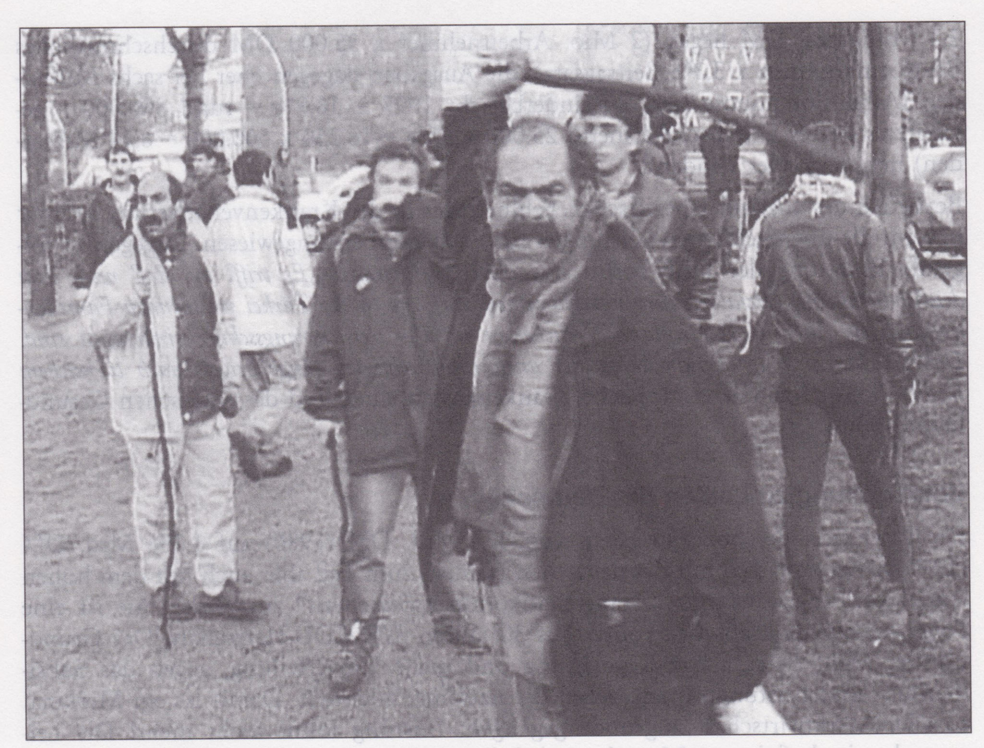
Auf den nationalen Arbeitsmärkten wirken sich die Globalisierungstendenzen gegenläufig aus. Die fortschreitenden Unternehmensfusionen haben stets Rationalisierungsmaßnahmen zur Folge, die Tausende von Arbeitsplätzen vernichten. Wer aber die Integration von Ausländern will, muß für deren Arbeitsplätze sorgen. Einerseits zerstört die Globalisierung Arbeitsplätze, andererseits erleichtert sie die Wanderungsbewegung von Arbeitsuchenden. Ein erbarmungsloser Verdrängungswettbewerb um Arbeit mit geringer Qualifikation wird entstehen, bei dem Lohndumping und Anspruchsrücknahme die Regel sein werden.

Integration nicht mehr möglich

Die Linksregierung in Berlin verfolgt mit dem Doppelpaß, der Duldung von Langzeit-Asylbewerbern und deren Gleichstellung mit Sozialhilfeempfängern faktisch eine Zuwanderung *ohne* Integration. Die Option der doppelten Staatsbürgerschaft beinhaltet eine Zuzugsregelung für Familienangehörige, die nach Schätzungen des Präsidenten des Deutschen Städtetages bis zu 600.000 Menschen vor allem aus muslimischen Ländern nachziehen lassen kann. Wäre nur die Hälfte dieser Personen Sozialhilfeempfänger, belastete dies die Sozialkassen um rund drei Mrd. DM jährlich.

Wie das Beispiel Berlin zeigt, ist die Rechnung realistisch: Die Zahl der ausländischen „Transfereinkommensbezieher" (= Sozialhilfe und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) in Berlin betrug (1980) 20.000, (1990) 68.000 und (1996) 123.000. Wiederum fast die Hälfte dieser ausländischen Sozialhilfeempfänger ist jünger als 25 Jahre! Die Zuwanderung ist nicht nur eine der Ursachen für die exorbitante Staatsverschuldung und die hohen Lohnnebenkosten, sie wird zunehmend auch ein Grund für soziale Unruhen. Diese werden spätestens dann unkontrollierbar, wenn die jugendlichen Ausländer ihre Perspektivlosigkeit in der kapitalistischen Leistungsgesellschaft erkennen.

Die Motive des Zuzuges gingen ausschließlich darauf zurück, am Wohlstand Deutschlands partizipieren zu wollen. Wenn dies nicht mehr ausreichend gewährleistet ist, werden es türkische Jugendbanden nicht mehr dabei bewenden lassen, auf Schulhöfen Schutzgelder zu erpressen. Während noch 1990 rund 19 Prozent der unter 25jährigen Arbeitslosen Ausländer waren, stieg deren Anteil bis 1993 auf 37 Prozent. Die Tendenz ist weiter steigend. In den nächsten 12 Jahren werden drei Millionen ausländische Jugendliche auf den Arbeitsmarkt drängen; zwei Drittel von ihnen werden ver-



Der Terror wird eingebürgert: Ausländische Demonstranten in Hamburg

suchen, ohne Ausbildung Arbeit zu finden. Sie werden nach allem, was man über den Arbeitsmarkt weiß, kaum Chancen haben.

Mehr Aus- als Einzahlung

Zum 31. 12. 1996 gab es bereits 1,9 Millionen Kinder von Ausländern in Deutschland. Sie erhalten, wie die deutschen Kinder, jährlich mindestens sechs Milliarden DM Kindergeld bzw. Kinderfreibeträge. Ab 1. Juni 2000 werden Asylbewerber, die sich mehr als drei Jahre in der BRD aufhalten, Sozialhilfeempfängern gleichgestellt (das wurde 1997 von der damaligen SPD-Bundesratsmehrheit beschlossen). Das bedeutet, daß gegenüber dem Asylbewerberleistungsgesetz 20 Prozent mehr Geldleistungen und Beihilfen gezahlt werden. Der Asylbewerber erwirbt als Sozialhilfeempfänger Anspruch auf eine eigene Wohnung (inklusive Wohngeldzahlung). Nachdem Sozialhilfeempfänger pro Kind nicht DM 270,–) sondern monatlich DM 480,– Kindergeld (mit Wohnkostenanteil DM 650,–) erhalten, wird ein weiterer Anreiz für den Zuzug geschaffen.

In der Arbeitslosenversicherung entsteht durch Ausländer ein jährlicher Fehlbetrag von fast vier Milliarden DM. Die durch Ausländer gezahlten Beiträge dürften bei

2,3 Milliarden DM liegen (2 Mio. Arbeitnehmer x 35.000 DM durchschnittliches Bruttoeinkommen x 3,3% Beitragsatz), die Ausgaben dagegen eher bei sechs Milliarden (Arbeitslosenquote laut Ausländerbericht 1997 = 18,9% = rund 380.000 – geschätztes letztes Durchschnittsnetto 25.000 x 65% = 16.250 x 500.000 = 6,14 Milliarden) mit steigender Tendenz.

Bezüglich des ausländerspezifischen Fehlbetrages in der Krankenversicherung sei hier nur auf die unentgeltlichen Leistungen für Asylbewerber hingewiesen. Dagegen ist folgende Erklärung der DAK-Berlin nur eine Marginalie: *„Es trifft zu, daß nach dem deutsch-türkischen Sozialversicherungsabkommen auch die in der Türkei wohnenden Familienangehörigen eines in Deutschland Versicherten in den Versicherungsschutz einbezogen sind. Dabei richtet sich der Personenkreis der anspruchsberechtigten Angehörigen nach türkischem Recht.“* Somit finanzieren deutsche Krankenkassen einen Teil des türkischen Gesundheitssystems.

Umverteilung zu Lasten der Deutschen

Die Explosion der Sozialausgaben von 474 Mrd. DM (1980) auf 1.256 Mrd. DM (1997) hängt zum Teil mit der deutschen Einheit, zum Teil aber auch mit dem hohen Anteil von zugewanderten „Transfereinkommensbeziehern“ zusammen. Sie ist eine Folge sozialdemokratischer Politik aus 30 Jahren SPD-CDU-Herrschaft. Das Grundmuster: Mehr Staat, mehr Regulierung und mehr Umverteilung, gegen das Subsidiaritäts- und Leistungprinzip, gegen die nationale Identität. Damit ist ein Merkmal sozialer Marktwirtschaft zugrunde gegangen: Leistung lohnt nicht mehr! Die Leistungsbereitschaft junger Menschen wird demontiert. Sie erfahren, daß es sich besser rechnet, nichts zu tun anstatt zu arbeiten. Eine fatale Botschaft angesichts demographischer Veränderungen, die auf ein Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Rentenempfängern von 2:1 zusteuern und die sozialen Sicherungssysteme unter Finanzierungsdruck setzen.

Gravierend gegen den Fortbestand der sozialen Marktwirtschaft wirkt sich auch die Veränderung im Lernverhalten Jugendlicher aus. Dies hat zwar gesamtgesellschaftliche Ursachen, wird aber durch den hohen Ausländeranteil in Grund- und Hauptschulen der Städte verstärkt. Wo die türkische Ghettogesellschaft ohne deutsche Sprache auskommt, ist die Lernfähigkeit mangels erforderlicher Sprachkenntnisse reduziert. Das Leistungsniveau in Klassen mit hohem Ausländeranteil ist signifikant geringer. In Deutschland sind Ausländerkinder in den Kindergärten unterrepräsentiert, dafür aber an Sonder- und Hauptschulen überrepräsentiert. In München ist bei einem Ausländeranteil von unter 25 Prozent jeder zweite Schüler an Sonder- und Hauptschulen Ausländer (Quelle: Referat für Stadtplanung, München 1995). Dies ist auch ein Grund, warum Unternehmen bei Ausbildungsplätzen Realschulabgänger bevorzugen.

Angesichts der Herausforderung durch die Globalisierung versagt die Politik auf wichtigen Feldern. Sie hätte die Aufgabe, nationale Integrität und kulturelle Identität gegenüber der „Herrschaft des Gleichen“ zu wahren. Sie müßte die Bereitschaft zu Bildung, Wissensanpassung, Disziplin und Leistungsbereitschaft bei den jungen Men-

schen fördern. Der soziale Frieden ist durch Globalisierung und Migration in höchster Gefahr. In dieser Situation ist es fatal, wenn Deutschland von charakter- und prinzipienlosen Politmanagern regiert wird.

Diese Darstellung kann keine Anklage gegen die hier lebenden Ausländern sein. Sie nehmen nur das in Anspruch, was ihnen eine verantwortungslose und inländerfeindliche Politelite, entgegen den Gepflogenheiten in anderen Ländern, an Vergünstigungen einräumt. Die herrschenden Kreise nehmen bewußt oder mindestens grob fahrlässig in Kauf, daß die Grundlage unseres Wohlstandes zerstört wird. Wenn die Menschen die sozialen Folgen dieser Politik gegen das eigene Volk dann zu spüren bekommen, werden diese Herrschaften ihren bestens versorgten Ruhestand wohl in der Toscana verbringen. ■

Großzügiges Kindergeld:

Deutschland zahlt für britischen Nachwuchs

Wieder einmal zeigen sich die Deutschen in Spendierhosen: Millionen Mark Kindergeld werden in diesen Tagen an die Soldatenfamilien der britischen Rheinarmee ausgezahlt. „Das Geld steht den Familien seit Jahren zu, ohne daß sie es gewußt haben. Deshalb zahlen wir rückwirkend", sagt Michael Vial, Referatsleiter Kindergeld bei der Bundesanstalt für Arbeit.

Der britische Staat zahlt seinen Bürgern ein monatliches Kindergeld („child benefit") von 170 Mark für das erste und 115 Mark für jedes weitere Kind. „Als Mitglieder der Nato-Streitkräfte haben die bei uns stationierten Soldaten aber Anspruch auf Kindergeld nach den deutlich höheren deutschen Sätzen" erklärt Michael Vial. Die Kindergeld-Beträge in Deutschland liegen derzeit bei jeweils 250 Mark für das erste und zweite und 350 Mark für jedes weitere Kind.

Die Differenz zu dem von Großbritannien gezahlten Kindergeld übernimmt der deutsche Staat. So bekommt etwa eine hier stationierte britische Familie mit drei Kindern 400 Mark aus ihrem eigenen Land überwiesen, 450 Mark legt Deutschland noch einmal dazu.

Damit bezieht die britische Familie 850 Mark deutsches Kindergeld. Vial: „Das Geld steht den Soldatenfamilien allerdings selbst dann zu, wenn ihre Kinder gar nicht mit den Eltern in Deutschland leben, sondern etwa in Großbritannien bei den Großeltern."

Diese großzügige deutsche Kindergeld-Regelung existiert seit Jahrzehnten, ohne daß die Verantwortlichen der Rheinarmee etwas davon wußten. „Die haben das erst Anfang dieses Jahres durch Zufall erfahren", weiß Kindergeldexperte Vial. Deshalb können die Soldaten die Leistung rückwirkend (bis maximal Juli 1997) beantragen. Eine Familie mit drei Kindern kann für diesen Zeitraum mit einer Nachzahlung von nahezu 12 000 Mark rechnen. Derzeit lägen der zuständigen Zentralstelle im Arbeitsamt Nürnberg Hunderte von Erstattungsanträgen vor, sagt Vial.

Allein in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen sind etwa 23 000 britische Soldaten mit etwa 30 000 Angehörigen stationiert.

Sabine Poling

AKTUELLES AUS MULTIKULTOPIA

Jetzt ist es sozusagen amtlich: Schon in 30 Jahren werden in zahlreichen Städten der Bundesrepublik Deutsche in der Minderheit sein – so prognostiziert in einem Bericht der baden-württembergischen „Zukunftskommission Gesellschaft 2000“. Nur: Weder die Kommission noch die Politik sieht in solchen Entwicklungen ein Alarmsignal. Kein Wunder: Die Weichen dafür haben deutsche Politiker aller Parteien seit Jahrzehnten selbst gestellt. Über die Folgen braucht sich Otto Normalverbraucher nicht zu wundern. Unser Monatsüberblick:

Berlin. Der „Türkische Bund“ fordert mehr Rechte für die Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John. Zugleich schlug die Vereinigung Frau John als Staatssekretärin beim Regierenden Bürgermeister vor. Sie solle dann mit dem neuen Titel einer „Beauftragten für Eingliederung und Zuwanderung“ ausgestattet werden und ein neues „Vorschlags- und Mitzeichnungsrecht“ erhalten. Vom neuen Berliner Senat erwartet der „Türkische Bund“ zudem, daß es an den Schulen künftig Religionsunterricht für muslimische Kinder gibt; dieser solle von eigens angestellten Lehrern abgehalten werden. [1]

Kurdenfäuste und ein „Halleluja“

Alle hatten nur das Beste gewollt. Die Evangelische Studentengemeinde in Gießen und Amnesty International hatten eingeladen, und alle waren gekommen: Vertreter der Kirchengemeinde Gießen-Klein-Linden und der Kurdischen Gemeinde in Deutschland sowie kurdische Asylbewerber. Auf dem Programm stand eine Podiumsdiskussion über „Kirchenasyl“.

Doch der Konsens zerstob rasch, und wo interkulturelles Verstehen angesagt war, flogen die Fäuste. Am Ende mußte die Polizei vier Verletzte abtransportieren, ein Messer und eine Schreckschußpistole sicherstellen. Während der Diskussion hatte es plötzlich Zwischenrufe gegen den Vorsitzenden der Kurdischen Gemeinde gegeben, der als als „Verräter“ beschimpft wurde. Schlimmeres verhinderte nur das rasche Eintreffen der Ordnungshüter. *mü*

München. Im Münchner Landeskriminalamt wird davon ausgegangen, daß derzeit jeder ausländische Gastronom in der bayerischen Landeshauptstadt Schutzgeld zahlen muß. Die Erpreßten wendeten sich nur ausnahmsweise mit Hilfeersuchen an die Polizei. Eine vom Polizeipräsidium eingerichteten Sondernummer, unter der Bedrohte auch anonym anrufen konnten, sei inzwischen wieder eingestellt worden. [2]

Esslingen. Die Esslinger Polizei ermittelt wegen versuchten Totschlags gegen mehrere Asylbewerber. In einem Asylantenheim war es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen einer Gruppe von Kosovo-Albanern und mehreren Schwarzafrikanern gekommen, wobei ein 16jähriger Senegalese aus Angst aus einem Fenster gesprungen war. Zwei andere Afrikaner seien von den Albanern aus ihren Betten gezerrt und aus dem Fenster geworfen worden. [3]

Eisenhüttenstadt. Schlägerei auch in einem Asylbewerberheim in Eisenhüttenstadt (Oder-Spree). Hier kam es zu den Auseinandersetzungen, als sich zu einer Feier in der Wohnunterkunft ein ungebetener Gast hinzugesellte. Das Asylantenheim Zast in Eisenhüttenstadt war erst im September 1999 Schauplatz multikultureller Krawalle gewesen; Bundesgrenzschutz und Polizei hatten damals mit einem Großaufgebot einschreiten müssen, um aneinandergeratene Algerier und Schwarzafrikaner voneinander zu trennen, die im Hof des Anwesens mit Steinen aufeinander losgingen. [4]

Ulm. Rund ein Jahr lang terrorisierte ein offenbar psychisch gestörter 13jähriger türkischer Junge seine Mitschüler an der Grund- und Hauptschule Straß



Deutschland geht baden... multikulturell

(Schwäbische Alb). Die drangsalierten Mitschüler wurden von dem rabiaten Schüler erpreßt und geschlagen, schwiegen aber aus Angst vor weiteren Repressalien. Erst als ein Kind Körperverletzungen aus der Schule mitbrachte und die Mutter dem Fall nachging, wurde die Angelegenheit öffentlich. Der türkische Mitschüler dürfte jedoch auch weiterhin an seiner bisherigen Schule sein Unwesen treiben, da der Vater seine Zustimmung zur Unterbringung an einer Sonderschule für Schwererziehbare verweigert. [5)]

Stuttgart. Die Deutschen müssen sich darauf einstellen, daß sie in etwa 30 Jahren in Frankfurt gegenüber den dort lebenden Ausländern in der Minderheit sind. In Stuttgart und München ist bis dahin mit einem Ausländeranteil von rund 50 Prozent zu rechnen. Darauf verweist eine vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Teufel (CDU) eingesetzte „Zukunftskommission Gesellschaft 2000“, die diese Entwicklung in ihrem jetzt vorgestellten Bericht zwar als „beunruhigend“ bezeichnet, sie aber keineswegs nur in düsteren Farben malt. Die zu erwartenden Zuwanderungen, heißt es in dem Bericht, seien „eher positiv“ zu werten. [6)]

Berlin. Auf einer Konferenz der Friedrich-Naumann-Stiftung und des amerikanischen Aspen-Instituts wurde über die Frage debattiert, ob Deutschland ein „Einwanderungsland“ sei. Am eindeutigsten wurde die Frage von der Berliner Ausländerbeauftragten Barbara John bejaht, die Berlin als „Integrationswerkstatt der Republik“ bezeichnete und sich zu der Bemerkung verstieg: „Die Öffentlichkeit wagt es nur nicht auszusprechen: Wir sind ein Einwanderungsland.“ [7)]

Berlin. Die Kurdische Gemeinde in Deutschland sowie die kurdische Dachorganisation YEK-KOM haben eine Unterschriftenaktion gestartet mit dem Ziel, die Anerkennung einer kurdischen

Entwicklung der Einbürgerung insgesamt und Einbürgerung der Türken in Deutschland (1982–1998)

Jahr	Einbürgerungen insgesamt	Darunter Türken	Anteil der Türken in %
1982	39 280	580	1,5
1983	39 485	853	2,2
1984	38 046	1 053	2,8
1985	34 913	1 310	3,8
1986	36 646	1 492	4,1
1987	37 810	1 184	3,1
1988	46 783	1 243	2,7
1989	68 626	1 713	2,5
1990	101 377	2 034	2,0
1991	141 630	3 529	2,5
1992	179 904	7 377	4,1
1993	199 443	12 915	6,5
1994	259 170	19 590	7,6
1995	313 606	31 578	10,1
1996	302 830	46 294	15,3
1997	271 773	40 996	15,1
1998		40 000	
Insgesamt		213 740	

Quelle: Statistisches Bundesamt

Neudeutsche Asyl-Posse:

Siebenmal Istanbul hin und zurück

Der Irrsinn kennt keine Grenzen: Nicht nur, daß Abschiebungen Illegaler aus Deutschland regelmäßig zum Politikum werden – jetzt hat das Sächsische Oberverwaltungsgericht auch noch angeordnet, daß bereits Abgeschobene wieder nach Deutschland zurückgeholt werden müssen.

Der Fall: Im Dezember war eine kurdische Familie nach dem üblichen Procedere nach Istanbul abgeschoben worden. Allerdings: Das Asylverfahren des jüngsten der sechs Kinder war noch nicht abgeschlossen. Das Gericht ordnete deshalb die Rückholung an. Das Kind, urteilten die Richter, sei durch die Abschiebung seines „grundrechtlich geschützten Anspruchs auf Durchführung eines Asylverfahrens enthoben" worden.

Nachdem kürzlich sogar SPD-Bundesinnenminister Otto Schily einräumen mußte, daß 97 Prozent aller derzeit nach Deutschland zuwandernden Ausländer „Wirtschaftsflüchtlinge" seien, kann man sich zwar ausrechnen, daß auch das abgeschobene und wieder zurückgeholte Kurdenkind kaum als legaler Asylant in Deutschland anerkannt werden wird.

Nach Verkündung eines entsprechenden Gerichtsentscheides dürfte die siebenköpfige Familie deshalb erneut in ein Flugzeug gesetzt und in Richtung Türkei ausgeflogen werden. Bundesdeutsche Menschenrechts-Fundamentalisten sind solchen Argumenten aus der Realität freilich nur noch in den seltensten Fällen zugänglich. Die Kosten für diese und andere Possen aus dem deutschen Asyl-Theater trägt der Steuerzahler. *mü*

Minderheit in Deutschland durchzusetzen. Der kurdischstämmige Berliner Abgeordnete Giyasettin Sayan (SPD) umschreibt den Zweck der Initiative mit den Worten: „Die deutschen Staatsbürger kurdischer Herkunft wollen wie die Sorben, Dänen, Friesen, Sinti und Roma als nationale Minderheit in Deutschland anerkannt werden." Im einzelnen erhoffen sich die Initiatoren mehr finanzielle Förderung für kurdische Vereine in Deutschland, das Recht auf Unterricht in kurdischer Sprache, kurdischsprachige Fernseh- und Radiosender, kurdische Bibliotheken, Bücher und Zeitschriften. [8)]

Berlin. Nach der Einigung über sogenannte „Altfälle" streben Grüne und Menschenrechtsgruppen jetzt eine „Härtefall"regelung für weitere Tausende von faktisch in Deutschland geduldeten Flüchtlingen an. Kritiker befürchten, daß auf diesem Wege die mühsam erreichte Altfallregelung „durch die Hintertür" ausgeweitet und der Kreis der Bleibeberechtigten stillschweigend noch einmal ausgedehnt werden soll. [9)]

Darmstadt. Einem schwunghaften Handel mit Schein-Vormundschaften ist die Staatsanwaltschaft Darmstadt auf die Schliche gekommen. Seit 1996, ergaben die Ermittlungen, hatten ein Somali und zwei Jugoslawen eine noch unbekannte Zahl von Kindern aus Somalia nach Deutschland eingeschleust. Er selbst und andere Landsleute, die in Hessen als Asylbewerber registriert sind, hatten dann die Vormundschaft beantragt, wobei die deutschen Behörden Hilfestellung geleistet hatten, die die Kinder damit versorgt glaubten. In Wahrheit wurden die Kinder in großem Stil zur Erschleichung von Sozialleistungen mißbraucht: „Die Somalis haben die Kinder immer wieder über die Kreisgrenzen hinweg ausgetauscht und bei anderen Ämtern erneut die Vormundschaft beantragt", berichtet ein Sprecher der Darmstädter Staatsanwaltschaft. „Das war ein geschlossenes, bandenmäßiges System, um Geld zu verdienen." [10)]

Wolfsburg. Wegen schwerer Brandstiftung und Herbeiführung einer Explosion mußten sich ein 18jähriger Iraker und eine 43jährige Irakerin vor Gericht verantworten. Die Richter sahen es als erwiesen an, daß die beiden einen ausländerfeindlichen Anschlag auf ihre

Wohnung vortäuschen wollten, um mindestens 40.000 Mark von ihrer Versicherung zu kassieren. [11)]

Berlin. Die rot-grüne Koalition will mißhandelte Ausländerinnen künftig rechtlich besser stellen. Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Marieluise Beck, erklärte bei der Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfes, diese Frauen sollten in Zukunft bundesweit ein eigenständiges Bleiberecht erhalten. Die Neuregelung sehe ein regelmäßiges eigenständiges Aufenthaltsrecht für Ehegatten nach zwei Jahren vor. Und: „In Fällen der besonderen Härte, etwa aufgrund von Mißhandlungen, bei sexuellem Mißbrauch oder aus Gründen des Kindeswohls, entfällt jegliche Wartefrist." [12)]

Kleve. Der Bundesgrenzschutz hat über mehrere Wochen hinweg in Zusammenarbeit mit anderen europäischen Behörden eine Bande chinesischer Schleuser ausgehoben und konnte dabei drei Anführer festnehmen. 35 Personen wurden auch auf dem Pariser Flughafen Charles de Gaulle verhaftet, 44 illegal eingereiste Chinesen in Deutschland aufgegriffen. Bei den Ermittlungen stellte sich heraus, daß sich die Bande die Regelungen des Schengener Abkommenes zunutze machte, die innerhalb der EU keine Paßkontrollen vorsieht. Im Schnitt brachte die Bande pro Woche sechs bis acht „Kunden" illegal nach Europa. [13)]

Köln/Essen. Ausländische und speziell türkische Männer sind nach einer Untersuchung des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen um ein vielfaches gewalttätiger als deutsche. Der Direktor des Instituts, Prof. Christian Pfeiffer, und sein Stellvertreter Prof. Peter Wetzels berufen sich bei ihren Recherchen auf eigene „Dunkelfeldbefragungen", wobei 1998 in neun deutschen Städten stichprobenweise über 16.000 Jugendliche über ihre Erfahrungen mit Gewalt befragt worden seien. [14)]

Veddel. Vier mutmaßliche Telefonbetrüger aus dem westafrikanischen Burkina Faso wurden von der Polizei festgenommen, nachdem bei der Telekom innerhalb weniger Wochen eine Rechnung von rund 50.000 Mark aufgelaufen war. Die Festgenommen - vier jugendliche Asylbewerber - werden verdächtigt, unter falschem Namen eine Wohnung angemietet und zwei Telefonanschlüsse beantragt zu haben. Die Telekom wurde aufmerksam, als von der Wohnung aus ständig Auslandsgespräche geführt wurden. [15)]

Herford. Ein empfindlicher Schlag gegen die Drogenszene im Raum Herford gelang der Polizei bei einer Razzia in mehreren Wohnungen. Insgesamt sieben Türken im Alter von 18 bis 26 Jahren wurden von den Rauschgiftfahndern verhaftet. Dabei wurden auch Haschisch, Amphetamine und 500 Ecstasy-Pillen sowie 8000 Mark aus dem Rauschgifthandel sichergestellt. Das Rauschgift kam aus Hannover und den Niederlanden. [16)]

Köln. Bundesinnenminister Otto Schily rechnet damit, daß 150.000 bis 200.000 Ausländer der ersten Generation die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben. Hinzu kämen nach Berechnungen seines Hauses bis zu 50.000 Kinder pro Jahr. „Wir schätzen, daß von 100.000 Kindern ausländischer Eltern, die im Jahr hier

Zwischen Ausländern und Fitnessgeräten

„Es gibt hier einen Trainingsraum mit ausgezeichneten Fitnessgeräten. Aber ich arbeite auch bei der Haftzeitung mit und engagiere mich in der Insassenvertretung. Bei einem Ausländeranteil von achtzig Prozent kommst du dir in einem deutschen Knast fast wie ein Ausländer vor. Aber das hat auch ein Gutes: Ich habe ein bißchen Russisch gelernt."

René Weller, Ex-Europameister im Boxen,
wegen Drogenhandels zu sieben Jahren Haft verurteilt („Stern" Nr. 52/99)



Multikulti-Stilleben im Asylantenheim Hameln: Ein Berg kaputter Fahrräder – woher wohl?

geboren werden, 40 bis 50 Prozent mit Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben, sagte Schily. [17]

Köln. Bundesinnenminister Schily (SPD) hat eingeräumt, daß die Zuwanderung nach Deutschland „auch mit Belastungen für Menschen, die schon hier sind, verbunden ist". Deshalb müßten der Zuwanderung Grenzen gesetzt werden. [18]

Köln. Eine Kölner Jugendbande hat mehrere Monate lang, von September bis November 1999, zahlreiche Gleichaltrige regelrecht terrorisiert. Bei den Tätern im Alter zwischen 15 und 19 Jahren handelte es sich ausschließlich um Türken, bei den Opfern ausschließlich um Deutsche. Auffallend sei, so die Polizei, daß die Täter bewußt keine Straftaten gegenüber Landsleuten verübten. „Dieser falsch verstandene Ehrenkodex ist im Moment weit verbreitet", sagte ein Polizeisprecher. [19]

Berlin. Trotz umfangreicher Erleichterungen beim Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft stoßen sich türkische Verbände noch immer an zahlreichen Einzelbestimmungen. Kritik wird insbesondere am vorgeschriebenen Sprachtest und an der Prüfung der Verfassungstreue für Einbürgerungskandidaten geübt. „Bald werden sie von uns verlangen, daß wir deutsche Volkslieder singen", wurde bereits in türkischen Medien gespottet. [20]

Klaus Hügel

Quellenhinweise

1) Berliner Zeitung, 12.11.99 2) Süddeutsche Zeitung, 15.11.99 3) Nürtinger Zeitung, 30.11.99 4) Märkische Oderzeitung, 2.12.99 5) Südwest-Presse (Ulm), 4.12.99 6) FAZ, 7.12.99 7) Welt, 7.12.99 8) taz, 8.12.99 9) Welt, 13.12.99 10) Focus 50/1999 11) Braunschweiger Zeitung, 15.12.99 12) Braunschweiger Zeitung, 15.12.99 13) FAZ, 17.12.99 14) Rheinische Post, 21.12.99 15) Harburger Anzeigen und Nachrichten, 22.12.99 16) Westfalen-Blatt, 23.12.99 17) FAZ, 28.12.99 18) Süddeutsche Zeitung, 28.12.99 19) Kölnische Rundschau, 30.12.99 20) Welt, 3.1.2000

Multikulti bei der Bundeswehr:

Kommt der Feld-Imam?

Dank rot-grüner Einbürgerungspolitik werden künftig jährlich Hunderttausende von Ausländern die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen. Allein für das Jahr 2000 rechnet man in Berlin mit rund einer Million Einbürgerungen.

Eine der Folgen ist, daß sich auch die Bundeswehr in den nächsten Jahrzehnten auf einen immer höheren Anteil fremdstämmiger Soldaten einstellen muß, die häufig nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Die Schwierigkeiten beginnen bereits bei der Dienstsprache. Schon jetzt lassen erste Erfahrungen aus der Praxis erahnen, was künftig auf die Truppe zukommt. Ein Kompaniechef, berichtete jüngst die Berliner „taz", sah sich gezwungen, einen Dolmetscher zu engagieren, weil allzu viele seiner Wehrpflichtigen seine Befehle nicht verstanden. Ein Präzedenzfall, aber bestimmt nicht der letzte.

Ein anderer Knackpunkt ist der steigende Anteil gläubiger Moslems in deutschen Kasernen. Kirchenvertreter mutmaßen bereits: „Wir werden bestimmt bald auch Heeresimame bekommen." Dafür gibt es ein historisches Vorbild: Bei der Waffen-SS dienten während des Krieges rund 25.000 Freiwillige aus Bosnien, der Sowjetunion und der arabischen Welt. Für sie wurden in Dresden und Göttingen in speziellen Mullahschulen Feldgeistliche ausgebildet. Wenigstens hier könnte Verteidigungsminister Scharping auf Erfahrungen aus der Praxis zurückgreifen.

Tatsache ist, daß bei islamischen Verbänden inzwischen laut über die Einführung von Imamen bei der Bundeswehr nachgedacht wird. Mit gutem Grund - denn während bei jungen Deutschen der Trend neuerdings wieder in Richtung Verweigerung geht, haben Zuwanderer und ihre Söhne im wehrdienstfähigen Alter offenbar kein Problem mit dem Dienst an der Waffe. Entsprechende Zahlen legte unlängst eine Studie des Islam-Archivs in Soest vor. „Der Vater ist so stolz, daß sein Ältester jetzt Soldat ist", bekennt ein junger Tunesien-Deutscher - auch er kein Einzelfall.

Die deutsche Sicherheitspolitik wird durch die galoppierende Zuwanderung und ihre Folgen nicht einfacher. Was, wenn eingebürgerte Neu-Deutsche infolge der immer zahlreicheren Auslandsverpflichtungen der Bundesrepublik in ihrer Heimatregion Dienst tun sollen und dort in massive Loyalitätskonflikte geraten? Wenn sie von ihren deutschen - bzw. christlichen - Vorgesetzten den Befehl erhalten, auf Moslems zu schießen?

Bei der rot-grünen Bundesregierung hat man sich über solche Konfliktfälle vermutlich keine Gedanken gemacht. Doch eine Armee muß dafür gerüstet sein, auch und gerade im Konfliktfall handlungsfähig zu bleiben. Immer mehr Moslems bei der Truppe dürften dazu nicht gerade beitragen. *mü*

„Daß die heutigen Deutschen sich einreden, sie schuldeten diesen Milliardentribut an die 'Asylanten', die obendrein oft genug ihre Sozialhilfe betrügerisch mehrfach kassieren und durch kriminelles Verhalten ganze Stadtviertel und Ortschaften verunsichern, dem Andenken der gemordeten Juden, grenzt an Aberwitz."

Salcia Landmann, jüdisch-schweizerische Schriftstellerin



Multikulti im Knast:

Zukunftsmodell für Deutschland?

Chaotische Zustände in deutschen Gefängnissen: Die meisten Haftanstalten sind rettungslos überfüllt, doch die Zahl der Verurteilten wächst und wächst. Zwischen 1992 und 1997 nahm die Zahl der zu einer Haftstrafe Verurteilten im wiedervereinten Deutschland jährlich um durchschnittlich 5,9 Prozent zu, die der Untersuchungsgefangenen sogar um 10,8 Prozent.

Hinter diesen Zahlen verbergen sich stattliche Ausländeranteile. Inzwischen gilt als „Normalfall", daß rund ein Drittel der Haftinsassen in deutschen Gefängnissen nichtdeutsche Straftäter sind; mitunter kommen die Ganoven aus mehr als 100 Herkunftsländern.

Für das Anstaltspersonal bedeutet das babylonische Wirrwarr eine erhebliche Zusatzbelastung. Ärzte und Psychologen stehen vor allem wegen der oft dürftigen Verständigungsschwierigkeiten unter Streß. Meist kann sich das Personal nicht auf die üblichen Kommunikationsmechanismen verlassen. Bestimmte Ausdrucksbewegungen und Gesten bedeuten bei Häftlingen aus fernen Gegenden oft etwas ganz anderes als bei

einheimischen Insassen. Häufig versuchen Häftlinge auch schlichtweg, durch auffälliges Verhalten eine Verlegung oder Abschiebung zu verhindern. Bei Schwarzafrikanern beispielsweise erleben Gefängnisärzte immer wieder die Überraschung, daß schon eine leichte Körperberührung zu Schreianfällen führt, nicht selten aus berechnetem Kalkül. Unter solchen Bedingungen kann kein Gefängnismediziner eine plausible Diagnose stellen.

Auf der anderen Seite kennt das deutsche Haftrecht zahllose Freiräume und Lücken, die sich ausgebuffte Ganoven zunutze machen können, um trotz Freiheitsentzug den Kontakt mit der Außenwelt aufrechtzuerhalten. Immer wieder kommt das Aufsichtspersonal Drogenhändlern und Bandenchefs auf die Schliche, die selbst hinter Gefängnismauern ihren lukrativen Geschäften nachgehen und ihren Komplizen „draußen" Anweisungen geben. Auch hier ist es wegen der fehlenden Sprachkenntnisse für das deutsche Personal außerordentlich schwer, kriminellen Machenschaften gezielt vorzubeugen.

Fazit: An deutschen Haftanstalten ist die „multikulturelle Gesellschaft" längst Realität. Ein friedliches, von Toleranz und Verständnis getragenes Gesellschaftsmodell wird in den bundesdeutschen Knast-Zuständen allerdings niemand erkennen wollen. *mü*

Bölling verteidigt Schily



Klaus Bölling (Bild) - früherer Staatssekretär und Regierungssprecher unter Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) - geht scharf ins Gericht mit evangelischen Kirchenleitern und jenen Bündnisgrünen, die Bundesinnenminister Otto Schily wegen seiner Äußerungen zur Asylpolitik kritisiert haben. „Die Parteigänger der politischen Korrektheit, die, gleichsam als Kontrastbrei, für ihre plakative Wohlanständigkeit auf einen Beelzebub als Gegenüber angewiesen sind, suggerieren der Öffentlichkeit, daß Schilys Ansichten zur Asylpolitik die Ursache für Fremdenfeindlichkeit und rassistische Gewalt sind", schreibt Bölling in der „Welt am Sonntag". Diese Unterstellung sei „schlicht infam." Auslöser für die Kritik an Schily war seine Äußerung, daß nur drei Prozent der Asylbewerber „asylwürdig", der Rest aber „Wirtschaftsflüchtlinge" seien. Der berlin-brandenburgische Bischof Wolfgang Huber warf Schily daraufhin vor, die Asylsituation demagogisch zu verzerren. Der SPD-Politiker operiere mit falschen Zahlen, erklärten die Evangelische Kirche im Rheinland und ihr Diakonisches Werk. Schily gebe flüchtlingsfeindlicher Stimmung neue Nahrung.

Demgegenüber fragt Bölling: „Ist es denn erheblich, ob es nur drei oder sieben Prozent aller Asylbewerber sind, die politische Verfolgung glaubhaft machen können?" Wenn Schily argumentiere, daß die Grenzen der Belastbarkeit in Deutschland erreicht seien, so habe er die Bürgermeister und die Landräte auf seiner Seite. „Die werden von den Kirchenvertretern und den Grünen doch nicht als verkappte Rechtsradikale angeschwärzt", so Bölling.

Zur kirchlichen Behauptung, Schily dränge Flüchtlinge an den Rand der Gesellschaft, schreibt Bölling: „Damit werden die Kirchenleute wohl nicht jene afrikanischen Drogenhändier gemeint haben, die in deutschen Großstädten am hellichten Tag ihrer trüben Beschäftigung nachgehen und die zu keiner Zeit in ihren Heimatländern politisch verfolgt worden sind." Die Kirchenvertreter lebten „vermutlich weitab von den Zentren der Kriminalität und haben offenbar noch nichts davon gehört, daß nach verläßlichen Statistiken die Kriminalität von Ausländern vier Mal so hoch ist wie die der einheimischen Bevölkerung". ■



Kulturkritiker Botho Strauß

Botho Strauß und die Deutschen:

Rüstzeug für das neue Jahrzehnt

Manfred Müller

Er irritiert die Linken, zu denen er früher gehörte, und er ist bei Konservativen und Nationalisten immer noch zu wenig bekannt: Botho Strauß, der literarische Einzelgänger und Warner vor dem Medientotalitarismus. In der großen Empörung, die 1993 sein SPIEGEL-Essay „Anschwellender Bocksgesang“ hervorrief, hefteten Handlanger der PC-Inquisition dem Autor Strauß Etiketten an, die ihn gesellschaftlich ächten sollten: „Überläufer zur Rechten“, „schlimmer Nationalist“ und „gefährlicher Faschist“. Daran ist nur soviel wahr, daß Strauß seit 1972 – kei-

neswegs immer gradlinig – eine Annäherung an konservative und nationale Positionen vollzogen hat, ohne jedoch zu einem authentischen deutschen Nationalisten zu werden.

Wegen der Brandmarkung durch die Sprachregler in Politik und Medienwelt wird der Begriff Nationalist im politischen Spektrum rechts von den Unionsparteien weitgehend gemieden. Zur Erinnerung: Ein Nationalist ist ein Mensch, der sich mit großer Entschiedenheit für die Sache der Großgruppe, die man Nation nennt, einsetzt (Übersteigerung: Chauvinist!). Geht man von diesem Begriffsinhalt aus, so hat Strauß sicher eine starke Annäherung an den deutschen Nationalismus vorgenommen, als er – anders als das „negationsgeschulte intellektuelle Deutschland" – auf die „Erschütterung durch das Positive (der Wiedervereinigung)" positiv reagierte.

Dichter der Wiedervereinigung

In seinem glänzenden Theaterstück „Schlußchor" (1991) brachte Strauß mit den Mitteln einer geistreichen Boulevard- und Gesellschaftskomödie die geschichtslose Wohlstandsgesellschaft der Alt-BRD und den Tag der Maueröffnung auf die Bühne. „Deutschland!" – dieser Ruf schallt anfangs noch zögernd, später immer häufiger durch die drei Akte dieses Dramas, in dem Strauß das „Durchscheinen von Mythologischem im Alltäglichen" und die Faszination sowie die Widersprüche der sich anbahnenden Wiedervereinigung zeigt. Einen nachdenklichen Buchleser (Kontrastfigur zu dem „Deutschland"-Rufer) läßt er dort ein Jean-Paul-Zitat auf die Begeisterung des 9. November 1989 anwenden: „Nun gut, sehen wir uns das neueste Blendwerk an da draußen, wenn Venus den Deutschen einen Abend für einen Morgen vormacht." In diesem Satz verdichtet sich des Autors Zweifel, ob diese Deutschen wirklich zu einem Aufbruch in einen neuen Morgen ihrer nationalen Existenz fähig sind.

Wie ein Reflex auf die äußerlich vollzogene Wiedervereinigung wirkt Strauß' Drama „Das Gleichgewicht": Berlin im Bauboom, Spekulationsfieber, politisch-kulturellen Verwirrtsein des Jahres 1993. Faszinierend dort z. B. der Disput zwischen einem typischen BRD-Wirtschaftsliberalisten und dessen Sohn, der zum Entsetzen des Vaters die eigene Position wie folgt andeutet: „Mehr oder weniger überhaupt nicht liberal. Man kann vieles sein, Krieger, Asket, Purist, um nicht alles gutzuheißen, was erlaubt ist."

In seinen Theaterstücken liebt es Strauß, mythische Muster im gesellschaftlichen Geschehen des 20. Jahrhunderts durchscheinen zu lassen. 1996 dagegen stellte er Teile der griechischen Mythologie direkt auf die Bühne: „Ithaka. Schauspiel nach den Heimkehrer-Gesängen der Odyssee". Linke Journalisten witterten gleich Fremdenfeindliches in dem Drama, in dem der heimkehrende Odysseus die frevelhaften Freier seiner Gattin Penelope tötet. Verwunderlich, daß sie nicht davor warnten, das Stück könne im Sinne einer Befreiung von Fremdherrschaft und Fremdbestimmung gedeutet werden. Eine Lesart, die in der deutschen Situation von 1996 nicht abwegig gewesen wäre...

Ein autobiographisch getönter Prosaband von 1997 („Die Fehler des Kopisten") und zwei kleine Textsammlungen von 1999 („Der Aufstand gegen die sekundäre Welt"

Jüdischer Psychologe kritisiert junge Deutsche:

„Unrealistisches Schuldgefühl"

Die deutsche Vergangenheits-Hysterie kennt offenbar keine Grenzen mehr. Um junge Deutsche von ihren nationalmasochistischen Anwandlungen zu kurieren, müssen jetzt sogar jüdische Holocaust-Überlebende in die Bresche springen.

Da ist der Fall des Yitzhak Zierman. Nach dem Krieg, den er als Zwangsarbeiter in einem Sowjetlager überlebte, arbeitete er in der Führung der zionistischen Jugendbewegung mit, unterzog sich einer Psychoanalyse und studierte selbst Psychologie. Seit den 70er Jahren betreut er in Deutschland Projekte der „Themenzentrierten Interaktion" im Zusammenhang mit dem Holocaust.

Doch jetzt verzweifelt Zieman allmählich an den Betreuten. Im Laufe der Jahre hat er nämlich immer mehr Deutsche kennengelernt, die sich nicht mehr als Deutsche fühlen wollten: „Diese jungen Menschen sind so voll von Scham und unrealistischem Schuldgefühl (...), daß sie in der Wut, Trauer, Scham und Schuld steckengeblieben sind." Einer seiner Workshop-Teilnehmer, erinnert sich Zieman, haßte seinen Vater, weil dieser im Konzentrationslager Dachau gearbeitet habe. Der junge Mann änderte seinen Namen, zog nach Paris, lernte Hebräisch und fand Anschluß an eine jüdische Familie.

Für solche Zwangshandlungen hat Zieman kein Verständnis. Bei seiner Aufklärungsarbeit wird er beinahe täglich mit den Selbstbezichtigungen junger Bundesbürger konfrontiert. Wie er damit umgeht, machte er dieser Tage einer Schülerin klar. Das Mädchen glaubte nach einem Besuch der Dachauer Gedenkstätte eine „Lanze für das Schuldgefühl" brechen zu müssen. Zieman unterbrach die Büßerin energisch: Die Zukunft sei jetzt wichtig, nicht die Vergangenheit.

Von Yitzhak Zieman könnten noch viele Deutsche lernen. *mü*

und „Der Gebärdensammler") zeigen uns den Autor im strikten Gegensatz zu den ganz und gar Heutigen in ihrem Zustand geistiger Entwurzelung. Fünf Themenbereiche seien hervorgehoben:

Ablehnung der Bewältigungsmechanismen: „Bis heute beruft sich jede auch noch so infame Machenschaft der Kunst oder des öffentlichen Lebens auf ihre Opposition zu Hitler, dem lebendigsten Toten aller Zeiten. In diesem Sinne ist unsere gesamte aufgeklärte Gesittung in Wahrheit eine okkulte Obsession." Bei der Vergangenheitsbewältigung führt sich deutsche Gründlichkeit ad absurdum: „Die Deutschen waren für fünf oder sechs Jahre von ihrer Gemeinschaft berauscht. Zur Strafe mußten sie tausend Jahre lang untersuchen, wie es dazu kommen konnte. Ihr Ingenium erschöpft sich in Nachträglichkeit."

Entlarvung der Medienkaste: Strauß nennt die „Medienschaffenden" eine „herrschende Klasse": „Vollendet anpassungsfähig und unabsehbar expansiv. Hier ein Fortkommen oder Berühmtheit zu erlangen, vom Studiogast zur Quoten-Fee, erfordert Unverfrorenheit als ein einziges Talent. Vielen scheint es mittlerweile angeboren: ganz kunstlos nur sie selbst zu sein und sich für nichts zu genieren." Strauß steigert seine Kritik an der heutigen Fernsehdemokratie bis zu der griffigen Formulierung: „Das Regime der telekratischen Öffentlichkeit ist die unblutigste Gewaltherrschaft und zugleich der umfassendste Totalitarismus der Geschichte.

Kritik an den neurotisierten Deutschen: Das „Deutsch-Häßliche" zeigt sich dem Autor immer wieder bei Spaziergängen durch Berlin: die „Häßlichkeit der DDR-Relikte fusioniert mit den Haßparolen der Autonomen Szene". Das Vulgäre und Deformierte im Aussehen der Menschen sieht er im Zusammenhang mit der Entgrenzung des Intimbereichs: „Das Unheimliche beginnt, wenn man jeden Sinn für öffentliches Angezogensein verloren hat, wenn also unsere homewearing people die Straße zu einer scheinbar gemeinsamen Wohn-Tele-Stube machen, während in Wahrheit jeder nur seine eigene Wohnstube hinaus trägt unter Mißachtung der Öffentlichkeit, die er mit allen anderen bildet." Letztlich aber läßt sich das alles zurückführen auf die „immer groteskeren Zuckungen des deutsch-kranken Gesinnungsgeistes", erzeugt durch die Medien und dank online beliebig fortsetzbar.

Besinnung auf Vergessenes: Strauß scheut sich nicht, den zum Schimpfwort gewordenen Begriff „Reaktionär" positiv zu werten: „Der Reaktionär ist eben nicht der Aufhalter oder unverbesserliche Rückschrittler, zu den ihn die politische Denunziation macht – er schreitet im Gegenteil voran, wenn es darum geht, etwas Vergessenes wieder in Erinnerung zu bringen." Dies paßt ganz zu Strauß' Auffassung vom Dichtertum, denn dem Dichter komme es zu, „mit seiner Zeit zu brechen und die Fesseln der totalen Gegenwart zu sprengen".

Hinweise auf Kraftquellen unserer Existenz: Strauß hat viele Jahre in der Weltstadt Berlin gelebt, er ist mit der zivilisatorischen und literarischen Moderne durchaus vertraut. Und dennoch hat er sich in die Uckermark zurückgezogen, denn er weiß, „daß man einen Filter der Schönheit und der Stille braucht, einen symbolischen Schilfgürtel, um die verschmutzten Gewässer des Herzens mit Sauerstoff allmählich zu erfrischen." Strauß versucht aus den großen Traditionen der europäischen Kultur und des Weltkulturerbes zu leben, hierzu gehören für ihn auch die Religionen: „Ich bin weder Jude noch Moslem, weder Katholik noch Zen-Buddhist - und doch versuche ich am weißen Rand der Konfessionen ein überlieferter Mensch zu sein. Denn in die Schrift jedes Tages münden viele Schriften." Obwohl von Hause aus Protestant, fühlt er sich stark zum Katholizismus hingezogen: „Da gibt es eine Attraktion durch die tiefe Verwurzelung von Autorität. Doch das fasziniert mich, weil es mir fremd ist, nicht weil ich mich identifikatorisch darin spiegeln könnte. Ich werde nicht konvertieren."

Strauß bleibt in allem der große Einzelgänger; einer Partei will er sich nicht zuordnen. Die politische Rechte im deutschen Kulturraum täte gut daran, sich von Strauß anregen zu lassen – was nicht heißen muß, daß man alles unkritisch übernimmt. ■

„Die Welt weiß alles, was die Deutschen getan haben; die Welt weiß nichts von dem, was den Deutschen angetan wurde."

Patrick Buchanan, US-Präsidentschaftskandidat



Schon vergessen?

Wer sich heute in Deutschland zu den Grenzen von 1937 bekennt, gilt dem Verfassungsschutz als „Rechtsextremist". Demnach war auch die Union rechtsextrem, weil sie in den 50er Jahren plakativ an Ostdeutschland festhielt. Schon dieses Bild reicht, um die Willkür zu erkennen, mit der hierzulande politische Positionen diffamiert werden. Richtiges wird über Nacht zu Falschem erklärt – und Falsches zu Richtigem. Den Mächtigen ist alles erlaubt, auch das Gegenteil. „Extremisten" sind stets die anderen. ■

Zensierte Straßennamen:

Brecht erlaubt, Kolbenheyer nicht

Im oberbayerischen Geretsried darf es keine Kolbenheyerstraße mehr geben. Das setzten Rote und Grüne mit Hilfe der ihnen ergebenen Medien im Stadtrat durch. Name und Werk des großen deutschen Dichters und Denkers Erwin Guido Kolbenheyer (1878–1962), der in vorbildlicher Weise die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse der Neuzeit auf literarischer und philosophischer Ebene fruchtbar zu machen wußte, soll der Vergessenheit preisgegeben und jungen Menschen, die durch ihn Wegweisung bekommen könnten, vorenthalten werden. Daher schmäht man ihn als „Nazi-Dichter", obwohl die meisten Werke und Romane Kolbenheyers schon vor 1933 erschienen waren und sich parteipolitischer Einordnung entziehen.

Noch 1979 hatte der langjährige SPD-Bürgermeister Heinz Schneider bei einer Gedenkfeier einen Kranz auf Kolbenheyers Grab niedergelegt und gesagt: „Er war ein großer Bürger der Stadt." Davon wollen die Genossen heute nichts mehr wissen.

Die Kolbenheyerstraße in Geretsried heißt nun Graslitzer Straße, ein Name, der den rotgrünen Zensoren offenbar nichts sagt. Sie kennen höchstens „Kraslice" – so heißt jedenfalls in tschechischer Sprache das westböhmische Graslitz seit der Nachkriegsvertreibung seiner deutschen Einwohner. Womöglich stößt aber bald auch der neue Straßenname als Ausdruck des „Revanchismus" auf linken Protest.

In Geretsried wurde zudem der Hans-Watzlik-Weg umbenannt. Wie Kolbenheyer wird auch diesem Namensgeber „Nazismus" vorgeworfen. Über den Dichter Hans Watzlik (1897-1948) schreibt der Brockhaus: „Seine ernsten und humorvollen Romane, Sagen, Märchen und Erzählungen voll grotesk-hintergründiger Phantasie und barocker Sprachkraft schöpfen vor allem aus Volkstum, Landschaft und Geschichte des Böhmerwaldes." Von Nationalsozialismus ist in den Werken Watzliks nichts zu finden. Aber Heimattreue gilt heute vielfach bereits als Vorstufe des NS-Denkens.

Es paßt zur linken Stoßrichtung heutiger Bilderstürmerei, daß es sogar in Bayern üblich ist, die Straßen nach kommunistischen Parteidichtern zu benennen. In München gibt es zum Beispiel eine Bert-Brecht-Allee. Kein Kommunalpolitiker (auch nicht von der CSU), kein Journalist nimmt daran Anstoß. Brecht war ein fanatischer Gegner der Demokratie und hatte 1954 den Internationalen Stalin-Preis erhalten. In seinem Gedicht „Lob des Kommunismus" schreibt er: „Er ist vernünftig, jeder versteht ihn. Er ist leicht. Du bist doch kein Ausbeuter, du kannst ihn begreifen. Er ist gut für dich, erkundige dich nach ihm."

Erkundigen kann man sich am besten im jüngst veröffentlichten Schwarzbuch des Kommunismus. Dort ist von mehr als 80 Millionen Todesopfern die Rede. Trotzdem gibt es in München weiter die Bert-Brecht-Allee. Nichtkommunistische Stimmen wiegeln dazu ab, daß nicht der Kommunist, sondern der Dichter Brecht geehrt werde. Seltsam nur, daß man bei Kolbenheyer und Watzlik das Werk nicht über die Politik stellt.

Dubios ist die Rolle der CSU. Örtliche Kommunalpolitiker, so auch in Geretsried, weigern sich zwar oft zunächst, Straßen nach rot-grünen Wünschen umzubenennen. Nach einiger Zeit aber beugt man sich, ohne daß neue Argumente hinzugekommen wären. Offenbar gibt es Druck von „oben", aus der Parteiführung und aus der Staatskanzlei. Sogar der markige Hans Schaidinger, CSU-Oberbürgermeister von Regensburg, mußte nach monatelangem Widerstand aufgeben und die Florian-Seidl-Straße umbenennen. Dem Dichter Seidl war ebenfalls NS-Nähe vorgehalten worden.

Rote und Grüne wissen, daß die CSU über kurz oder lang immer umfällt, und fühlen sich deshalb ermuntert, in ihren Kampagnen nicht nachzulassen. In der Öffentlichkeit entsteht dadurch der fatale Eindruck, daß die linken Vorwürfe gegen mißliebige Namensgeber in der Regel stimmen und die Union nur schwer von Kapee ist. Umgekehrt kommt kein „bürgerlicher" Politiker auf die Idee, die Umbenennung von Straßen zu beantragen, die nach kommunistischen Propagandisten benannt sind. Die Zahl der Straßen insbesondere in Mitteldeutschland zu Ehren führender KPD/SED-Funktionäre und Sowjetgrößen ist nach wie vor Legion und offenbar politisch korrekt.

G. Z.

Hoffnung für Ostdeutschland

Marion: Der einzige französische Beitrag zur Eindämmung des deutschen Expansionismus bestand darin, die Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Grenze zu sichern. Aber ich gehe nicht davon aus, daß es dabei bleibt.

Frage: Sie meinen, aus Kaliningrad wird wieder Königsberg und aus Wroclaw wieder Breslau?

Marion: Sehen Sie sich die deutsch-polnische Grenze an, sie verläuft wenige Kilometer östlich von Berlin. Sie glauben doch nicht, daß es noch lange so bleibt?

Frage: Aber die Polen leben seit über 50 Jahren in den alten deutschen Ländern, sie sind dort zu Hause. Meinen Sie wirklich, die Deutschen wollten sie wieder vertreiben?

Marion: Das nicht, aber in den Randgebieten zu Deutschland wird die wirtschaftliche Macht der Deutschen den Spielraum des polnischen Souveräns erheblich einschränken. Ähnlich wie im US-Grenzland zu Kanada, vielleicht sogar etwas stärker.

„Wirtschaftswoche", 28. 10. 1999, Interview mit dem französischen Ex-Geheimdienstchef Pierre Marion

Van der Lubbe als Vorbild:

Ehrenmal für Reichstags-Brandstifter

Einzigartiges steht den Berlinern am 27. Februar bevor: Mit einem Bus, einem Anhänger und einem Sandstein (einen Meter lang, einen halben Meter breit und 70 Zentimeter hoch) reisen Mitglieder der linken Stiftung „Ein Grab für Marinus van der Lubbe" in die deutsche Hauptstadt, um am Reichstag – mit oder ohne Genehmigung – ein Denkmal für den Brandleger des Gebäudes zu enthüllen.

Das Gebilde aus Sandstein – geliefert von der Berliner Firma Naturstein am Bau, F. X. Rauch, die an der Restaurierung des Reichstages beteiligt war – ist Teil eines „Kunstobjekts" zur Ehrung des holländischen Kommunisten van der Lubbe, der aus Haß auf die Demokratie das ehrwürdige Gebäude am 27. Februar 1933 angezündet hatte. Der Brandstifter wurde vom Reichsgericht in Leipzig zum Tod verurteilt und 1934 hingerichtet.

Der Rat der Universitätsstadt Leiden, das niederländische Parlament und der Staatssekretär für Kultur, Rick van der Ploeg, unterstützen das provokative Vorhaben der Stiftung. In van der Lubbes Geburtsstadt Leiden steht bereits ein Denkmal für den Brandstifter. Auch in Leipzig, wo der Holländer begraben wurde, war vor einem Jahr auf dem Südfriedhof in Anwesenheit niederländischer Regierungsvertreter und Leipziger Kommunalpolitiker ein „Ehrenmal" enthüllt worden.

Die Brandlegung des deutschen Nationalparlaments heute als vorbildliche Tat zu rühmen und damit Nachahmer einzuladen, stellt linke Geschichtsinterpreten allerdings vor Argumentationsprobleme. Denn einerseits will man nicht von der längst widerlegten Behauptung lassen, in Wirklichkeit hätten die „Nazis" gezündelt, um einen Vorwand zu schaffen für die Unterdrückung der kommunistischen Opposition. Andererseits steht diese Geschichtsfälschung im Widerspruch zur Ehrung van der Lubbes als Brandstifter. Krause linke Logik läuft nun auf den Schluß hinaus: Der Holländer war es zwar nicht, man müsse ihn aber trotzdem ehren, weil das Niederbrennen des deutschen Parlaments so oder so eine gute Sache war.

Einige Linke warten mit einer noch abstruseren These auf: Der Kommunist van der Lubbe habe wohl den Brand gelegt, dies aber im Auftrag der Nationalsozialisten. Demzufolge würde die Ehrung jetzt einem Handlanger Hitlers gelten – auch das ein Zeichen für die zunehmende geistige Verunkrautung auf dem Acker deutscher Vergangenheitsbewältigung.

hn





Der deutsche Reichstag, angesteckt von van der Lubbe (unten links).

Zwangsarbeiter-Debatte immer absurder:

Philip Rosenthal – ein „kleiner Eierdieb“

Hilmar Gerber

Auch in der Debatte über sogenannte Zwangsarbeiter offenbart sich mehr und mehr das deutsche Absurdistan. Ausgerechnet die Hamburger Illustrierte „Stern“, von dem NS-Propagandisten Henri Nannen gegründet, prangert deutsche Unternehmen wegen ihres angeblichen Mangels an Wiedergutmachungsbereitschaft an: „Jetzt richten sich die Scheinwerfer auf diese Scheinheiligen. Sie werden von Politikern und Medien geoutet, bis ihnen die Schamesröte ins Gesicht steigt“, droht Chefredakteur Andreas Petzold.

Einer der vom „Stern“ geouteten und mit Bild angeprangerten „Scheinheiligen“ ist – man faßt es kaum – der Porzellanfabrikant und ehemalige SPD-Staatssekretär Philip Rosenthal. In einer seiner Firmen sollen während des Zweiten Weltkrieges 84 Zwangsarbeiter beschäftigt gewesen sein. Unter dem Rosenthal-Photo, einem Steckbrief ähnlich, zitiert der „Stern“ eine Unternehmenssprecherin mit dem Satz: „Wir haben die Beteiligung an der betreffenden Firma längst abgestoßen.“

Über dem Rosenthal-Bild und den Porträts anderer deutscher Unternehmer schlagzeilt der „Stern“ kurz und wirkungsvoll: „Die Drückeberger“.

60 Millionen Mark Wiedergutmachung

Was den Lesern der Illustrierten verschwiegen wird: Philip Rosenthal, 1916 in Berlin geboren, ist jüdischer Abstammung. Dennoch war er 1932 der erste seiner Gymnasialklasse, der in die Hitlerjugend (HJ) eintrat. 1933 wurde er HJ-Kameradschaftsführer. Sein Vater, nach Zwistigkeiten in der Familie entmündigt, hatte das Porzellan-Unternehmen schon 1879 gegründet. Er starb 1937 in einem Sanatorium. Sohn Philip studierte ab 1934 in England und wurde während einer Frankreich-Reise vom Kriegsausbruch überrascht.

Zunächst Unteroffizier in der Fremdenlegion des mit Deutschland kollaborierenden Vichy-Frankreichs, wechselte er 1942 über Gibraltar nach England. Dort erlangte er die britische Staatsbürgerschaft und eine Anstellung in der Propaganda-Abteilung des

Foreign Office, wo er u. a. für den antideutschen „Soldatensender Calais“ tätig war. Gegen Kriegsende unterstand ihm das gesamte Erziehungswesen in den britischen Gefangenenlagern. Als „Mr. Rositter“ versuchte er deutsche Soldaten umzupolen. Er steckte ihm geeignet erscheinende Überläufer in spezielle Lehrgänge, um sie für Sieger-Hilfsdienste zu schulen.

Nach Kriegsende kam Rosenthal nach Deutschland zurück. Im Wege der Wiedergutmachung erhielten er und seine Mutter 1948 mehr als eine Million Reichsmark in bar und 792 000 neue Aktien á 75 DM (= 59,4 Millionen DM). Philip Rosenthal rückte sogleich in den Vorstand ein und wurde zehn Jahre später dessen Vorsitzender. Die Frage, warum er als Großkapitalist 1968 der SPD beitrat, beantwortete er lakonisch: „Friedrich Engels war auch Fabrikant.“ Familiär orientiert sich Rosenthal eher an Heinrich VIII. von England: Derzeit lebt er in fünfter Ehe.

Die Farbigkeit dieses Lebenslaufes hinderte den „Stern“ nicht daran, seine Schwarz-Weiß-Story zur Fremdarbeit mit einem Rosenthal-Konterfei zu schmücken und in einem Kommentar hinzuzufügen: „Diese Unternehmen stehlen sich aus der Verantwortung wie kleine feige Eierdiebe.“

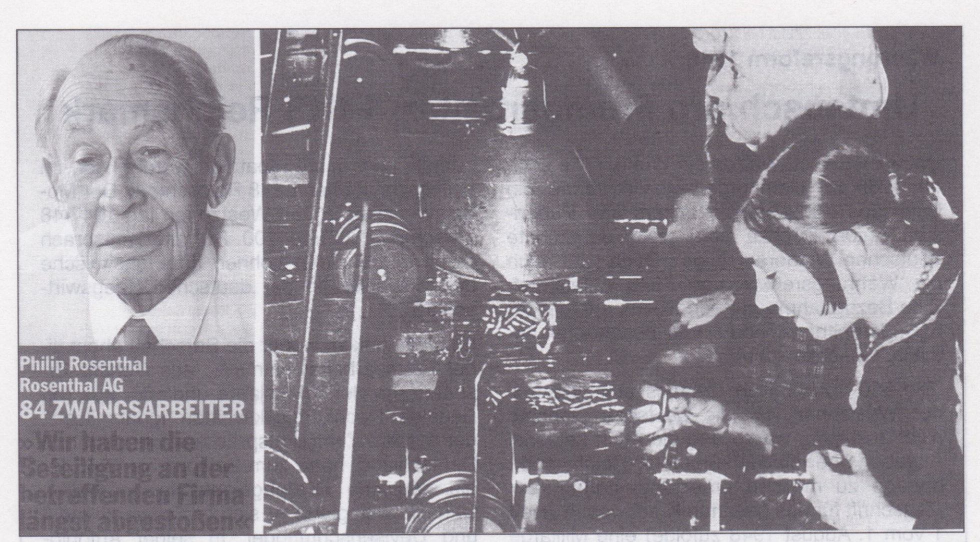
Blind vor nationalem Selbsthaß

Jüdische Remigranten als Eierdiebe – ein bemerkenswertes Urteil. Es darf vermutet werden, daß die „Stern“-Autoren bei der Abfassung ihres Artikels blind vor nationalem Selbsthaß waren. Der Name Rosenthal hat ihnen nichts gesagt. Ein jüdischer Unternehmer und Wiedergutmachungsempfänger als uneinsichtiger Profiteur von NS-„Sklavenarbeit“ – eine solche Darstellung widerspricht der Political Correctness im Höchstmaß und unterläuft einem bundesdeutschen Journalisten nur im Fall eines völligen Blackouts.

Da heißt es im „Stern“ zu Leuten wie Rosenthal allen Ernstes: „Ihre Ausreden sind so mies, daß sich geschichtsbewußte Deutsche für ihre Arbeitgeber nur schämen können.“

Schämen können sich zum Beispiel auch geschichtbewußte Journalisten, daß sie bei einem Blatt arbeiten, dessen Gründer einst die „jüdisch-bolschewistische Zersetzung“ beklagte, Hitler „gleichsam als Verdichtung unseres ganzen Volkes“ rühmte und fremdes „Untermenschentum“ mit Neger-Photos illustrierte. Neben jenem Henri Nannen arbeitete beim „Stern“ in voller Leibesgröße ein ehemaliger stellvertretender NS-Gauleiter und trainierte den journalistischen Nachwuchs in politischem Opportunismus. Das konnte weder verhindern, daß man auf gefälschte Hitler-Tagebücher hereinfiel, noch, daß man sich mit teilweise grotesken Behauptungen zur Ausländerbeschäftigung im Dritten Reich blamierte. Der Angriff auf Rosenthal ist das Tüpfelchen auf dem i.

Der „Stern“ (Nr. 52/99) schreibt über die deutsche Kriegswirtschaft: „Der Betriebsleiter durfte die Zwangsarbeiter schlagen, sie hatten kein Recht auf Beschwerde.“ In Wirklichkeit hatten die NS-Machthaber verfügt: „Die Anwendung der Prügelstrafe ist



Mit dieser Bebilderung illustrierte der „Stern" seinen Artikel über angebliche Versäumnisse der deutschen Wirtschaft bei der Fremdarbeiter-Nachentlohnung

verboten." Es gab nicht nur ein verbrieftes Recht auf Beschwerde, sondern auch die Verfügung, daß deutsche Aufsichtspersonen hart zu bestrafen seien, wenn sie Fremdarbeiter mißhandelten. Diese Erlasse standen im nationalsozialistischen Interesse, weil man erstens auf möglichst viele Freiwilligen-Meldungen und, zweitens, auf gute Arbeitsleistungen angewiesen war. Unstrittig ist, daß es da und dort Mißstände gab und daß Übergriffe stattfanden. Wer dies aber verallgemeinert, betreibt Geschichtsfälschung.

Laut „Stern" wurden die Löhne der Fremdarbeiter „auf Pfennigbeträge gedrückt". Auch das eine Unwahrheit. Üblich waren tarifliche Bezahlung und soziale Absicherung nach deutschem Muster. Richtig ist, daß ausländische Arbeitnehmer manchmal mehr erhielten als ihre deutschen Kollegen, im Durchschnitt aber weniger, dem Lebensalter, der Qualifikation und der Dauer der Betriebszugehörigkeit angepaßt. Außerdem wurden Kosten für Unterbringung und Verpflegung abgezogen (auch deutsche Arbeiter mußten von ihrem Lohn Miete und Essen bezahlen).

Die Formulierung „auf Pfennigbeträge gedrückt..." ist typisch für bundesdeutschen Journalismus. Es klingt schaurig und besagt nichts. Pfennigbeträge für welchen Zeitraum? Die Minute? Die Stunde? Die Woche? Das Jahr? Der Leser erfährt keine Details, sondern wird mit vagen Andeutungen und Wertungen abgespeist. In einer „Heute"-Sendung des ZDF hieß es gar, die Fremdarbeiter hätten „noch nie etwas erhalten". Tatsächlich ging es aber in den Entschädigungsverhandlungen erklärtermaßen um eine Lohnnachzahlung in Würdigung der damaligen Arbeits- und Lebensumstände. Frühere deutsche Nachzahlungen in Milliardenhöhe sind offenbar nicht oder nur teilweise bei den Ex-Fremdarbeitern angekommen.

Währungsreform 1948:

Umtausch pro Fremdarbeiter: 1 818 Reichsmark

Unter dem Titel „War es ein Wunder?" erschien 1966 im Hamburger Mosaik-Verlag ein Buch des Wirtschaftshistorikers und Publizisten Anton Zischka über „zwei Jahrzehnte deutschen Wiederaufstiegs". Darin wird auch die Währungsreform von 1948 beleuchtet. Eine Bezugnahme auf den Status ehemaliger Fremdarbeiter ist heute von besonderer Aktualität. Zischka schreibt:

„Die 550 000 amtlich ‚Zwangsverschleppten' der Westzonen, für die deutsche Gerichte nicht zuständig waren und die auch keinerlei Angaben über die Herkunft ihrer Reichsmarkbeträge zu machen brauchten, hatten (der ‚Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen', Heft 1 vom 1. August 1948 zufolge) eine Milliarde Reichsmark in DM umgewechselt, während die damals 42,7 Millionen Westdeutschen zusammen 2,7 Milliarden RM abgaben."

Demnach verfügte jeder Fremdarbeiter, der damals noch nicht repatriiert worden war, im Durchschnitt über 1 818 Reichsmark. Der Monatsverdienst in den Westzonen lag 1947/48 zwischen 100 und 200 RM und entsprach damit in etwa den Löhnen für Einheimische und Ausländer in der deutschen Kriegswirtschaft.

Es bleibt unklar, woher die Barschaft ehemaliger Fremdarbeiter stammte: aus Gehalts-Ersparnissen der Kriegsjahre und/oder aus (oft illegalen) Nachkriegsaktivitäten. Ignatz Bubis, der spätere Zentralratspräsident der Juden in Deutschland, hatte zum Beispiel bis 1945 für die deutsche Rüstungsindustrie gearbeitet. Danach engagierte er sich in Schwarzhandel und Devisenschmuggel. In seiner Autobiographie schreibt Bubis mit Blick auf das Jahr 1949, er habe zu dieser Zeit schon nicht mehr arbeiten müssen. Denn: „Ich hatte genügend Ersparnisse." ■

Der Münchner Fremdarbeiter-Anwalt Michael Witti und das American Jewish Committee (AJC) haben jetzt beanstandet, daß bereits erfolgte Zahlungen für erlittenes NS-Unrecht auf die jüngst ausgehandelten Entschädigungen angerechnet werden sollen. Witti sagte, bleibe es bei der Anrechnung, werde die gesamt Fonds-Lösung von zehn Milliarden Mark in Frage gestellt. Mit dieser Drohung wird indirekt bestätigt, daß ehemalige Fremdarbeiter außer ihren Löhnen während des Krieges bereits Wiedergutmachung erhalten haben. Wäre es anders, könnte man nun nicht über die Anrechnung streiten.

Diese Anrechnung nennt der Sprecher der deutschen Wirtschaft, Wolfgang Gibowski, eine „Frage der Gerechtigkeit". Ehemalige Fremdarbeiter erhielten beispielsweise bereits monatliche Renten aus Deutschland von 800 bis 900 Mark (während in ihren Heimatländern, wie hinzuzufügen wäre, die durchschnittlichen Renten bei 50 Mark liegen). Kein Wunder also, daß sich viele deutsche Firmen noch immer weigern, dem ausgehandelten Entschädigungsfonds beizutreten. Von den zugesagten fünf Milliarden Mark aus der Wirtschaft waren Mitte Januar erst zwei Milliarden beisammen. Die Unternehmen brauchen Rechtssicherheit und wollen nicht zwei- oder dreimal zur Kasse gebeten werden. Es sei eine Schande, heißt es, wenn die einen mehrfach zugriffen, während andere Ex-Fremdarbeiter leer ausgingen.

Bundesdeutsche Journalisten interessiert das alles nicht. Einmal von der Kette gelassen, stürzen sie wie Hofhunde in die vorgegebene Richtung, alles niederbeißend, was ihnen in die Quere kommt. Auch ein jüdischer Remigrant, der während des Krieges

in England deutsche Gefangene beaufsichtigte, wird im Eifer des Gefechts angefallen. Dabei müßte die Frage an Rosenthal eigentlich ganz anders lauten: Inwieweit trägt er Mitverantwortung dafür, daß deutsche Kriegsgefangene für die Sieger auch noch nach der Kapitulation Zwangsarbeit leisten mußten und zu diesem Zweck zwischen den USA, England und Frankreich wie Sklaven hin- und hergeschoben wurden?

Der Publizist Peter Dehoust hat das Thema kritisch in einer Gesamtschau untersucht. Sein Buch „Zwangsarbeiter – Lüge & Wahrheit" (180 S., zahlr. Abb., brosch., DM 29,80) erschien dieser Tage im Nation Europa Verlag, Coburg. Es belegt in aussagekräftigen Beispielen, „wie die Deutschen bei der Wiedergutmachung über den Tisch gezogen werden". Auch das Verhalten bundesrepublikanischer Medien kommt zur Sprache. Deren Drang, das eigene Volk anzuprangern, bezeichnet Dehoust als „Nationalmasochismus". Exemplarisch dafür steht der „Stern". ■

Skandal in Holland:

Deutsche Wiedergutmachung an Juden im Staatshaushalt verschwunden

Holländische Wertpapierhändler bereicherten sich unter deutscher Besatzung an jüdischem Aktienbesitz. Das ist die Kernaussage einer zeitgeschichtlichen Diskussion, die jetzt die Niederlande erschüttert. Aufgrund ihrer damaligen Rolle müsse die Amsterdamer Börse das Judentum nicht nur um Verzeihung bitten, sondern diese Geste auch mit einem symbolischen Betrag von „einigen Millionen Gulden" unterstreichen, heißt es in einem Kommissionsbericht. Schon bald nach dem Krieg hatten die holländischen Börsianer umgerechnet etwa 2,7 Millionen Mark in einen Entschädigungsfonds für jüdische Geldanleger gezahlt.

Im Zusammenhang mit dieser Diskussion kam noch etwas anderes heraus. Hierzu die „Süddeutsche Zeitung" (Nr. 3/2000) in einem Korrespondentenbericht aus Amsterdam:

„Die Kommission hat aufgedeckt, daß noch 1976 die Regierung das Parlament falsch über Zahlungen an die jüdische Gemeinschaft unterrichtet habe. So waren 11,5 Millionen Mark, die noch aus deutschen Wiedergutmachungszahlungen übrig geblieben waren, nicht den Opfern zugute gekommen. Der damalige Finanzminister hatte die Herkunft des Geldes verschwiegen und die Millionen der Staatskasse überwiesen."

Kein deutscher Politiker reagierte auf diese Enthüllung. Die Veruntreuung von Wiedergutmachungsgeldern soll offenbar nicht thematisiert werden, obwohl immer wieder gern behauptet wird, solche Zahlungen seien im Interesse der Opfer dringend geboten. Tatsächlich scheint dieses Interesse nur eine rhetorische Floskel zu sein. Wohin das Geld letztlich fließt, bereitet deutschen Politikern keine Sorge. Kontrolle findet nicht statt.

Schon nach der deutschen Teilvereinigung waren Milliarden-Zahlungen für ehemalige Fremdarbeiter in den Nachfolgestaaten der UdSSR geleistet worden. Mittlerweile hat sich herausgestellt, daß das an „Stiftungen" überwiesene Geld irgendwo versickert ist. Deshalb werden die Deutschen nun ein zweites Mal für dieselbe Sache zur Kasse gebeten – wiederum ohne ausreichende Kontrolle. *H.G.*

Der Bubis-Nachfolger:

Wird Paul Spiegel „fremdgesteuert"?

Kaum war Paul Spiegel zum neuen Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland gewählt, stellte er zwei Forderungen auf: Erstens habe ihn so bald wie möglich der Bundeskanzler zu empfangen. Und zweitens müßten die Deutschen „deutlich höhere Zahlungen" an die jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik leisten. Wieviel genau er sich vorstellt, ließ Spiegel nicht erkennen; aber daß nach oben zunächst einmal keine Grenze ist, versteht sich - wie die Zwangsarbeiter-Debatte zeigt - von selber.



Neuer Präsident: Paul Spiegel

Immerhin hat sich in den letzten Jahren die Zahl der Juden in Deutschland durch Zuzüge aus Osteuropa verdreifacht; und ein Ende ist nicht abzusehen. Denn die Bundesregierung hat sich verpflichtet, Juden aus aller Welt in unbegrenzter Zahl aufzunehmen und zu versorgen, und zwar außerhalb des normalen Asylverfahrens, also ohne Nachweis politischer oder sonstiger Verfolgung. Mittlerweile weiß man auch, daß diese weltweit einzigartige Generosität Betrüger anlockt, die mit gefälschten Papieren eine jüdische Abstammung vortäuschen. Dem deutschen Steuerzahler werden damit unabschätzbare Lasten aufgebürdet. Wie schon sein Vorgänger Bubis, den er in höchsten Tönen rühmt, greift Spiegel diesen Mißbrauch nicht etwa kritisch auf, sondern er nutzt den Zuzug für neue finanzielle Forderungen an die Bundes- und Landesregierungen. Begründung: Die jüdischen Gemeinden hätten nun noch mehr zu tun, um die Einwanderer zu integrieren. In Wirklichkeit trägt schon jetzt der deutsche Steuerzahler die Hauptlast in Form von Sozialhilfe und sonstigen Aufwendungen, die sich längst auf viele Millionen Mark summieren.

Die Rolle des Michel Friedman

Es müßte also umgekehrt gefragt werden, inwieweit die jüdischen Gemeinden mit ihren oft wohlhabenden Mitgliedern (Bubis war einer der reichsten Männer Deutschlands) die nichtjüdischen Steuerzahler bei der Eingliederung der Osteinwanderer entlasten könnten. Die großzügige Einladungspraxis geht schließlich auf eine Absprache von Kohl und Galinski zurück - wobei letzterer die treibende Kraft war. Wer sich abseits

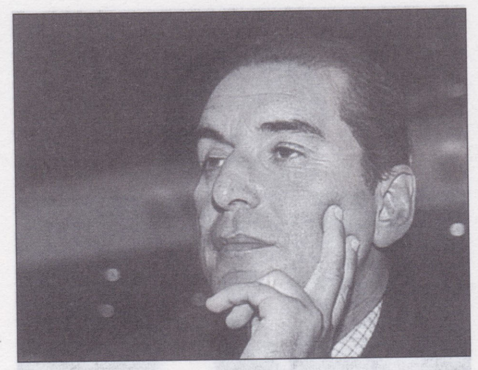
der normalen Ordnung Gäste einlädt, sollte diese auch bewirten und unterhalten können, zumindest dazu einen Solidarbeitrag aus eigener Tasche aufbringen.

Der 62jährige Spiegel, der in Düsseldorf eine Künstleragentur betreibt, trat bislang in der Form etwas moderater auf als sein oft schimpfender und polarisierender Vorgänger. In der Sache aber war er sich mit Bubis fast immer einig. Spiegel setzte sich bei der Kampfabstimmung im Präsidium des Zentralrats klar gegen seine Münchner Kollegin Charlotte Knobloch (67) durch. Nach Aussage des Historikers Prof. Michael Wolffsohn, der selber der jüdischen Gemeinde angehört, wird aus deren Reihen gegen Knobloch der Vorwurf erhoben, religionsrechtlich gar keine Jüdin zu sein. Damit sei die Münchner Gemeindechefin in ihrer Kandidatur gegen Spiegel „weitgehend lahmgelegt" gewesen, sagte Wolffsohn der Presse.

Juden nach Israel?

Starker Mann hinter Spiegel ist nun der linke CDU-Politiker Michel Friedman. Er wurde neben Knobloch auf die Stellvertreter-Funktion gewählt. Außerdem übernahm er die Herausgeberschaft der „Jüdischen Allgemeinen Wochenzeitung" und ließ sich in Brüssel zum Vizepräsidenten des European Jewish Congress wählen. Friedman ist Multifunktionär, dessen gesellschaftliche Ämter kaum aufzuzählen sind. Weil es ihm nicht ausreicht, immer wieder in Talkshows und sonstige TV-Runden eingeladen zu werden, räumte ihm das Hessische Fernsehen eine eigene Sendereihe ein - mit dem doppeldeutigen Namen: „Vorsicht! Friedman".

Für Michael Fürst, dienstältestes Direktoriumsmitglied im Zentralrat der Juden und Landeschef der jüdischen Gemeinden Niedersachsens, steht fest, „daß Spiegel als Präsident fremdgesteuert wird, und zwar durch Michel Friedman". So sähen es auch andere Eingeweihte. Friedman sei „ein Narziss, ein eitler Geck", der zur „Schickimicki-Szene" zähle und in bunten Blättern „von seidener Unterwäsche und maßgeschneiderten Anzügen" schwadroniere. „Es gibt nur eine Sache, die Friedman liebt, und das ist seine Person, nichts anderes."

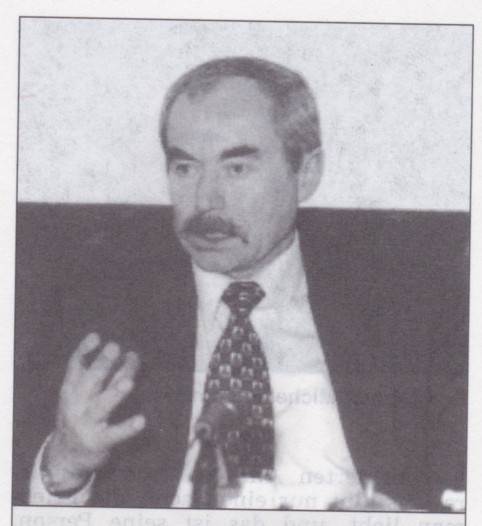


Drahtzieher: Michel Friedman

Für Fürst, einen 52jährigen Anwalt und Notar in Hannover, ist es wichtig, daß die Juden in Deutschland wieder mehr auf ihre religiöse Ebene zurückfinden. Die Deutschen seien „mittlerweile ein normales Volk". Juden, die sich hier nicht wohlfühlen und auf den Antisemitismus schimpfen, leben laut Fürst „an der falschen Stelle". Dann müßten sie sich „ein Land suchen, wo es das nicht gibt, zum Beispiel Israel". Fürst: „Wir dürfen nicht zu jedem Pups gleich ‚Antisemitismus!' schreien."

Was Israel betrifft, bekundete dessen Botschafter in Berlin, David Walzer, sogleich, sein Staat werde Spiegel unterstützen. Von Kritikern wurde eingewandt, daß dadurch der fatale Eindruck entstehe, in Deutschland lebende Juden seien nicht der Bundesrepublik, sondern einem fremden Staat verpflichtet. Wenn dpa (am 11. Januar) richtig zitiert hat, wünscht sich Walzer allerdings für die Zukunft, „daß alle Juden der Welt in Israel leben". Damit liegt er auf einer Linie mit seinem Staatspräsidenten Ezer Weizman, der erst unlängst wieder erklärt hatte, Juden hätten in Deutschland und Österreich nichts zu suchen und sollten schleunigst auswandern.

Paul Spiegel sieht das anders: „Wir sind deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens, auch wenn unsere Beziehung zum



Heiner Kappel plädiert für neue Politik

Deutsche Politik muß auf patriotischer Grundlage erneuert werden. Worum es dabei geht, erläutert Dr. Heiner Kappel (Bild) in zwei jetzt erschienenen Streitschriften. Der langjährige hessische Landtagsabgeordnete hatte 1997 die FDP wegen deren Linkskurs verlassen, steht heute dem „Bund Freier Bürger" vor, will diesen aber gegebenenfalls in eine patriotische Sammlungsbewegung einbringen. In seinen beiden Broschüren übt Kappel fundierte Kritik an den politischen Fehlentwicklungen der letzten Jahre, vom Asylmißbrauch bis zur Vergangenheitsbewältigung, von der Arbeitslosigkeit bis zur Währungsreform. Der Autor schreibt prägnant und schnörkellos, läßt den gesunden Menschenverstand sprechen. Das macht seine Argumente eingängig – und beide Schriften empfehlenswert.

Broschüre 1:
Gebt unserem Deutschland eine Chance!
72 Seiten, DM 9,50

Broschüre 2:
Hat unser Deutschland noch eine Chance?
90 Seiten, DM 9,50

Beide Broschüren zusammen:
162 Seiten, DM 16,50

Bestellungen an Buchdienst Nation Europa, Postfach 2554, 96414 Coburg

Staat Israel eine besondere ist." Besonders sei aber auch die „moralische Verantwortung" der Deutschen. Deren Politik sollte deshalb „zur Konsolidierung des jüdischen Lebens in Deutschland einen größeren Beitrag als bisher leisten". Sogar dem Nachrichtenmagazin „Focus" fiel dazu nur die Frage ein: „Klingt dies nicht etwas erpresserisch?" Spiegel: „Nein." *Hilmar Gerber*

Striptease nach KZ-Besuch

Die nächtlichen Vergnügungen einer israelischen Schülergruppe nach dem Besuch von NS-Konzentrationslagern in Polen haben in ihrer Heimat für Aufsehen gesorgt. Die Oberschüler im Alter von 17 und 18 Jahren hatten sich zwei Stripper, einen Mann und eine Frau, zu einer Privatvorstellung auf ihr Hotelzimmer kommen lassen, bestätigte ihre Schulleiterin. Israelische Radiosender machten den Striptease, der sich nach Angaben der Schulleitung hinter dem Rücken der Lehrers abspielte, zu einem Hauptthema ihrer Morgenmagazine. „Was haben wir nur falsch gemacht?", fragte ein Kommentator von „Israel Radio".

Die Schüler hätten Werbekärtchen mit allen im Hotel angebotenen „Dienstleistungen" auf ihren Zimmern gefunden und sich für die Strip-Show entschieden, sagte Schulleiterin Rachela Jaktan. Nicht alle 70 Schüler der nach Polen gereisten Gruppe hätten an der Show teilgenommen. Die Schule werde von einer Bestrafung der Schüler absehen und sich eine erzieherische Antwort überlegen, sagte Frau Jaktan. Das Erziehungsministerium kündigte an, der Schule geeignete Maßnahmen vorzuschreiben. Die Orte mit den ehemaligen Konzentrationslagern werden jedes Jahr von mehreren tausend israelischen Schülern besucht.

Auf die Idee, daß es sogar junge Israelis allmählich satt haben könnten, unablässig mit der NS-Judenverfolgung konfrontiert zu werden, kamen weder die Pädagogen noch die Journalisten. Statt dessen war der Rat zu hören, man müsse sich wohl noch stärker der Vergangenheit zuwenden... *hg*

Lufthansa verliert gegen Konservative:

Schadensersatz für deutsche Israel-Pilger

Das Landgericht Köln hat entschieden: Die Deutsche Lufthansa ist schadensersatzpflichtig für einen abgebrochenen Flug nach Israel mit Mitgliedern des Hamburger Vereins Die Deutschen Konservativen. Der Abbruch hatte Schlagzeilen gemacht.

Am 9. November 1998 wollte von Frankfurt aus eine Gruppe der Deutschen Konservativen e. V. unter Leitung des früheren Berliner Bürgermeisters und Innensenators Heinrich Lummer (CDU) zu einer Pilgerreise nach Tel Aviv fliegen.

In Istanbul ließ die Deutsche Lufthansa die Maschine „aus diplomatischon Gründen" zwischenlanden. Die 33 Reisegäste der Deutschen Konservativen mußten in Istanbul die Maschine verlassen, wurden von der Lufthansa nachts in ein Hotel verfrachtet und mußten am Tag darauf gegen 6 Uhr mit einer anderen Maschine zurück nach Deutschland fliegen.

Der Staat Israel - so die Lufthansa - war mit der Einreise der Gruppe nicht einverstanden, obwohl er zuvor die notwendigen Visa erteilt hatte. Israel empfand die Einreise angeblich als „bewußte Provokation" vor allem deswegen, weil sich unter den Fluggästen auch der in „Israel unerwünschte" Vereinsvorsitzende Joachim Siegerist (52) befinde. Die Lufthansa: Am Flughåfen Tel Aviv war eine Demonstration angekündigt worden, weil die „Rechtsradikalen" ausgerechnet am 9. November - Jahrestag der „Reichskristallnacht" – einreisen wollten.

Im Prozeß kam jetzt heraus: Joachim Siegerist befand sich überhaupt nicht im Flugzeug. Außerdem: Siegerist war noch ein Jahr zuvor in Israel vom Touristik-Minister und Jerusalemer Bürgermeister ausgezeichnet worden. Zur Überraschung des Gerichtes kam in der Verhandlung auch heraus, daß die Reisegruppe der Deutschen Konservativen den Einreisetermin am 9. November auf ausdrücklichen Wunsch der Israelis selber gewählt hatte.

Das Kölner Landgericht: Die Deutsche Lufthansa hätte ihrer Beförderungspflicht nachkommen müssen. Es bestand kein Grund zur Abbruch der Reise. Die Lufthansa ist schadensersatzpflichtig. Gestritten wird jetzt in einem nächsten Verfahren über die Höhe des Schadens. Die Deutschen Konservativen e. V. fordern 86.313,55 DM von der Lufthansa. Das Urteil erfolgte, nachdem die Lufthansa bei einer ersten Verhandlung am 4. November 1999 einen Vergleich abgelehnt hatte. *dk*

Sie können nichts anderes

„Heute dominieren Politiker, die kaum etwas anderes können als Politik, wobei Politik eingeengt ist auf persönliches Durchsetzen. Sachfragen haben für die Berufspolitiker den Charakter von Vehikeln im Kampf der um Führungsfiguren gescharten Seilschaften. Für Personal, das sachlich kaum Kompetenzen hat, bietet sich als Alternative die Moralisierung von Sachfragen an. Wird eine Sachfrage moralisiert..., dann kann auch ein Feuilletonist mitwirken."

Prof. Dr. Erwin Scheuch, Soziologe, in seinem Buch „Cliquen, Klüngel und Karrieren"

Glaubenstreue ist unerwünscht

Seit 1996 ist Dietrich Reuter auch über die Grenzen des Ruhrpotts hinaus kein Unbekannter mehr. Der evangelische Pfarrer von Duisburg-Laar nämlich war es, der ganz im Gegensatz zu den Leitungsgremien seiner Kirche die christliche Identität seiner Stadt nicht mehr gewährleistet fand. Grund: die von Stadtverwaltung und Muslimgemeinde geplante Einrichtung eines lautsprecherverstärkten Muezzinrufes. Reuter, immerhin seit über 15 Jahren Pfarrer der Gemeinde in Laar, machte sich zum Sprecher einer starken Opposition aus Christen aller Konfessionen, die in der für die Stadt als friedensgefährdend empfundenen islamischen Expansion den Verlust christlicher Identität befürchteten.

In Interviews und in Talkshows stand der dreifache Familienvater in Treue fest zum christlichen Glauben und bezeichnete den Islam wiederholt als totalitäre Religion. Der islamistische Staat, erschaffen im Jahre 662 n.Chr. durch den Propheten Mohammed in Medina, bildet im Gegensatz zur christlichen Religion die Einheit von Religion und Staat. Der Koran als de-facto-Staatsverfassung fungiert als Mittler zwischen Himmel und Erde; die „Umma" als die einheitliche islamische Gesellschaft und die „Scharia" als ihr allumfassendes Gesetz.

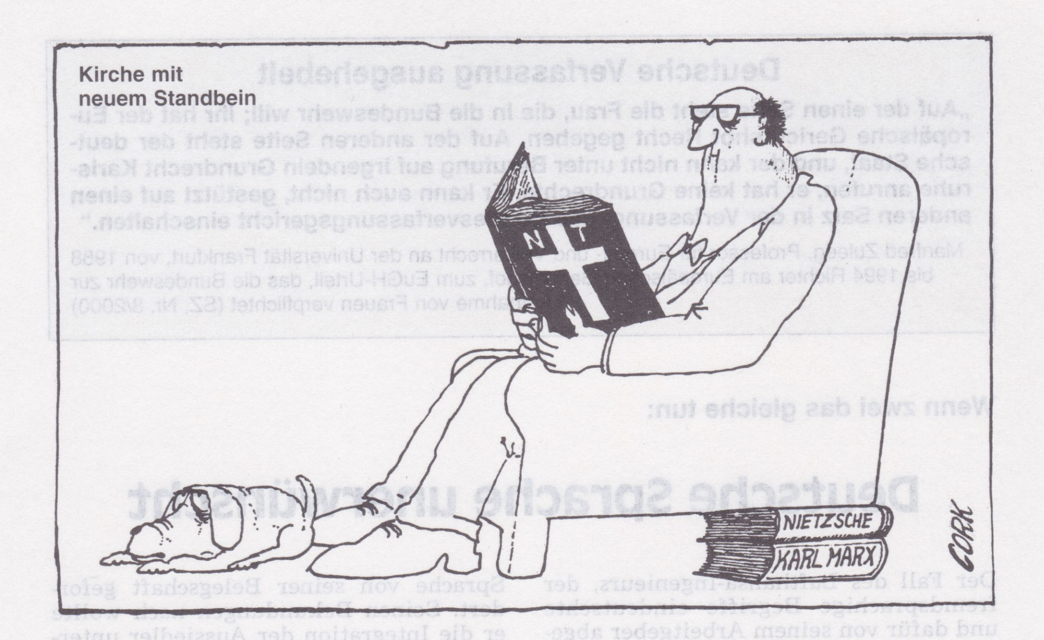
Fast schon logisch, daß der wackere Pfarrer in Talkshows wie „Sabine Christiansen" von einer politisch-korrekten Jagdgesellschaft gehetzt und mit Schein-Toleranz-Argumenten „glattgebügelt" wurde. All dies erduldete Pfarrer Reuter mit bemerkenswerter Gelassenheit und christlicher Demut, aber auch immer wieder bekundetem Kampfesmut. Daß die evangelische Kirche von des Pfarrers Mut vor Zeitgeistthronen nicht besonders angetan war, versteht sich fast von selbst. Bereits 1997 wurde daher Reuter durch den evangelischen Superintendenten der Landeskirche Rheinland mit dem Verdikt des „Dissidenten" belegt. Zwei weitere Abmahnungen folgten.

Ende November letzten Jahres folgte erwartungsgemäß die Beurlaubung des renitenten Geistlichen. Am Totensonntag hatte Pfarrer Reuter einem Paar aus der Gemeinde, welches zwar Gemeinsamkeit zur Schau trug, sich allerdings zu diesem Zeitpunkt noch in anderweitigen Ehen gebunden fand, das Abendmahl verweigert. Dies mißfiel der Kirchenleitung. Reuter aber meinte: „Die Kirche Jesu Christi spricht nicht zunächst da, wo Funktionsträger oder Gremien das Wort nehmen, sondern dort, wo sich in Übereinstimmung mit der Bibel und den christlichen Bekenntnissen geäußert wird."

Solche Grundsatztreue wirkt offenkundig verfehlt in einer Kirche, die neuerdings homosexuelles Treiben segnet, abgelehnten Asylbewerbern „Kirchenasyl" gewährt und imaginären „Rechtsextremismus" gemeinsam mit der PDS/SED bekämpft. Glaubensüberzeugte wie Reuter verweisen dagegen auf das christliche Naturrecht auf Widerstand und die damit verbundene Gewissenspflicht. Das Gewissen ist für Christen „die unbedingte, auch vor Gott geltende Richtschnur des sittlichen Lebens", „ein Heiligtum, auf dessen Schwelle alle Halt machen müssen".

Dazu bedarf es allerdings einer inneren Überzeugung. Manche Pfarrer haben diese; andere orientieren sich an der politischen Opportunität ihrer Zeit. Dazu lesen wir in der Bibel: „Wer nicht aus redlicher Überzeugung handelt, ist gerichtet, und was nicht aus redlicher Überzeugung kommt, ist Sünde" (Röm. 14, 23).

Hätten wir noch mittelalterliche Verhältnisse, kämen Geistliche wie Reuter in die Mühlen der Inquisition. Heute spricht man Beurlaubungen aus und verhängt Berufsverbote. Dabei trifft es die treuesten Verfechter des Glaubens, während linke Gegner der christlichen Botschaft die Kirche unterwandert haben und heute deren Kurs bestimmen. Hier tut Widerstand not. *Steffen Ernle*



Deutsche werden immer sprachloser

Pessimistische Zeitgenossen müssen sich häufig scheel ansehen lassen, wenn sie den massiven Einfluß US-amerikanischer Modeerscheinungen in unseren Breiten kritisieren. Schließlich gilt es als schick, sich möglichst weltoffen zu geben – da passen kritische Töne an die Adresse des großen US-Bruders nicht gut ins Bild.

In den Chor der Kritiker hat jetzt allerdings auch ein klarblickender Landsmann von Uncle Sam Farbe eingebracht. In der Berliner „taz" wurde der in München lebende amerikanische Linguist Richard W. Janney dazu befragt, ob Amokäufe deutscher Jugendlicher – wie vor einigen Wochen im bayerischen Bad Reichenhall – nicht auch etwas mit dem schlechten amerikanischen Vorbild zu tun haben könnten.

Darauf Janney: „Ich beobachte bei Jugendlichen hier insgesamt eine gewisse Faszination für Gewalt. Etwa die Musik, die auf Feten gespielt wird – und die aus Amerika kommt –, eine sehr gewalttätige Musik, zu der Pogo getanzt wird." Deutsche Jugendliche ahmten immer häufiger „optisch die schwarzen Ghetto-Kids" nach. Und: „Das Fernsehen hat einen großen Einfluß, das hat sich in den letzten Jahren auch sehr verändert und ist amerikanischer geworden."

Auf die bundesdeutsche Gesellschaft sieht Janney unruhige Zeiten zukommen. Denn die traditionelle Art und Weise, mit Gewalt und Aggression umzugehen, sei in Deutschland auf dem Rückzug. Es habe ihn „immer sehr beeindruckt", bekennt der amerikanische Wahl-Münchner, „daß Auseinandersetzungen meistens verbal geregelt werden, daß die Menschen über Probleme reden können."

Allerdings kündige sich gerade hier ein Wandel an. „Wenn ich die Freunde meines Sohnes sehe, bemerke ich, daß sich etwas ändert. Die Sprachlosigkeit unter den deutschen Jugendlichen wird immer größer. Es geht etwas dabei verloren, wenn es nicht mehr cool ist, zu reden."

mü

Deutsche Verfassung ausgehebelt

„Auf der einen Seite steht die Frau, die in die Bundeswehr will; ihr hat der Europäische Gerichtshof Recht gegeben. Auf der anderen Seite steht der deutsche Staat, und der kann nicht unter Berufung auf irgendein Grundrecht Karlsruhe anrufen, er hat keine Grundrechte. Er kann auch nicht, gestützt auf einen anderen Satz in der Verfassung, das Bundesverfassungsgericht einschalten."

Manfred Zuleeg, Professor für Europa- und Völkerrecht an der Universität Frankfurt, von 1988 bis 1994 Richter am Europäischen Gerichtshof, zum EuGH-Urteil, das die Bundeswehr zur Aufnahme von Frauen verpflichtet (SZ, Nr. 8/2000)

Wenn zwei das gleiche tun:

Deutsche Sprache unerwünscht

Der Fall des Lufthansa-Ingenieurs, der fremdsprachige Begriffe eindeutschte und dafür von seinem Arbeitgeber abgemahnt wurde, hat ein unrühmliches Ende gefunden. Das Arbeitsgericht Frankfurt am Main wies seine Klage auf Entfernung der Abmahnung aus der Personalakte zurück. Die vorsitzende Richterin erklärte in der Urteilsbegründung, das Unternehmen habe sich mit der Abmahnung zu Recht auf sein arbeitgeberseitiges Weisungsrecht berufen. Die Herausnahme der englischen Begriffe aus den Berichten seien „Eigenmächtigkeiten des Arbeitnehmers, die das Unternehmen so nicht will". Eine entsprechende Weisung könne daher notfalls auch mit einer Abmahnung durchgesetzt werden.

Halten wir also fest: Der Lufthansa wurde von einem deutschen Gericht bestätigt, daß ihr Verlangen nach englisch-deutschem Sprachgemisch (sog. Pidginsprache) rechtlich abgesichert sei. Die Lufthansa darf ihre Betriebssprache selbst festlegen.

Das war Fall eins.

„Betriebssprache ist deutsch" übertitelt der Wiesbadener Kurier eine Meldung, in der er von Protesten gegen einen solchen Vorstoß berichtet. Ein Fuhrunternehmer, der auch Aussiedler beschäftigt, hatte die Verwendung der deutschen Sprache von seiner Belegschaft gefordert. Seinen Bekundungen nach wollte er die Integration der Aussiedler unterstützen und befürchtete, daß die Verständigung mit seinen Kunden litte. Auch unnütze Kosten waren dem Unternehmer bereits entstanden, als acht von zehn Aussiedlern mangels deutscher Sprachkenntnisse einen Lehrgang über Gefahrguttransporte nicht abschließen konnten.

In diesem Fall war nichts davon zu hören, daß eine Firma ihre Betriebssprache selbst festlegen dürfe. Das Ansinnen des Spediteurs stieß auf Kritik von Seiten des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Von Verstößen gegen Betriebsverfassungs- und Grundgesetz war die Rede. Einen „Höhepunkt von Unternehmerwillkür" machte der DGB-Sprecher aus. Wahrscheinlich war ihm der Fall bei der Lufthansa entgangen - oder er mißt mit zweierlei Maß.

Merke: Wenn die deutsche Sprache verhunzt werden soll, geht das nach heutiger Lesart in Ordnung, kann ein Unternehmer tun, was er will. Das ist dann keine Willkür, sondern gutes Recht. Soll aber das Deutsche gepflegt oder gefördert werden, ist es Rassismus; wohl, weil es sich eben um die deutsche Sprache handelt und nicht irgendeine beliebige, Hauptsache andere.

Im Oktober 1999 sorgte ein Schulleiter für republikweites Aufsehen, als er die Eltern seiner Schüler bat, besonders die, „die nicht Deutsch als ihre Muttersprache sprechen“, darauf hinzuwirken, daß auf dem Schulhof die deutsche Sprache verwendet werden solle.

Er bat. Er sprach keine Abmahnung aus. Er begründete und wies nicht an.

Die von Hause aus aufgeregten Wächter korrekter Gesinnung ließen das Argument des Lehrers nicht gelten, er habe die Integration der fremdsprachigen Schüler fördern wollen. „Muttersprache läßt sich nicht verbieten“, tönte es. Das hatten zwar weder der Fuhrunternehmer noch der Schulleiter vor - bezogen sie sich doch, wie auch die Lufthansa, auf ihren eigenen Betrieb bzw. auf die eigene Schule - das aber zählte hier nicht.

Das Wissen darum, daß sich Muttersprache sehr wohl verbieten läßt, und zwar sogar gerichtlich abgesegnet (siehe oben), wurde in Berichten und Kommentaren der gewöhnlich gut unterrichteten Journalisten erfolgreich verdrängt. Eine derartige Verlogenheit läßt sich aber auch mit ausgebreitetstem Mantel der Nächstenliebe nicht mehr bedecken.

Es hat beiden - dem Fuhrunternehmer und dem Schulleiter - nichts genützt, ihre hehren Ziele der Ausländerintegration gehörig herauszustellen. Sie hatten das Pech, zur falschen Zeit am falschen Ort die falsche Sprache fördern zu wollen: im ausgehenden Jahrtausend in Deutschland die deutsche Sprache. In beinahe jedem anderen Land dieser Erde wären ihre Vorstöße wohl begrüßt worden; in dem unseren durften sie nicht damit rechnen. Sie haben an ein Tabu gerührt. In Fragen der eingeengten Sichtweise, des Messens mit zweierlei Maß, der Unduldsamkeit und der Verbohrtheit stellen die heutigen deutschen Tugendwächter die französischen Jakobiner in den Schatten. Nur gut, daß heute niemand mehr mit der Guillotine übers Land fährt.

Die beschriebenen Fälle sind kleine Steinchen in einem nicht gerade schmeichelhaften Geschichtsmosaik. Größere Flächen nimmt z.B. das Aushebeln der Volksentscheide in Schleswig-Holstein, Bremen und Berlin ein. Es mag größere und wichtigere Themen geben; auf lange Sicht aber ist die Arroganz der Macht schädlich, weil sie sich summiert.

Die Deutschen sind in der Regel geduldig. Man sollte aber ihre Geduld nicht überdehnen. Etliche beginnen bereits - leise noch - zu murren. Das dürfte sich steigern. Es mag eines Tages unblutiger zugehen als vor 200 Jahren in Frankreich, aber die Anzeichen mehren sich, daß die deutsche Evolution eines Tages ihre Kinder fressen wird. *Joseph Pater*



Rußland steht mit 158 Milliarden Dollar beim Ausland in der Kreide. 100 Milliarden davon sind noch Staatsschulden der UdSSR. Weil Moskau auf weitere Kredite aus dem Westen angewiesen ist, kann es sich außenpolitisch kaum noch bewegen. Dies ist mehr als nur ein innerrussisches Problem. Denn durch den Wegfall des Widerparts sind die USA als einzige Weltmacht übriggeblieben. Wer sich ihnen jetzt noch verweigert, wird zum „Schurkenstaat“ gestempelt, isoliert und notfalls auch wegbombardiert. Vor diesem Schicksal bewahrt Rußland allerdings sein atomarer Status. ■



Wohin des Wegs?

Franz Schönhuber

Mir ist durchaus bewußt, daß die hier geäußerten Überlegungen Widersprüche bis hin zur schroffen Ablehnung auch bei Freunden hervorrufen können. Aber alles, was zur Diskussion beiträgt, ist besser als die immer stärker zu Tag tretende Selbstzerfleischung innerhalb der rechten Parteien und der damit verbundenen Resignation der besten Kräfte in ihnen. Und dies zu einer Zeit, die förmlich nach einem rechten Aufbruch schreit. Um hier eine tragfähige Ausgangsbasis entstehen zu lassen, halte ich es für unumgänglich, sich Gedanken um eine neue und zeitgemäße Definition von Patriotismus zu machen.

Mit ranzigen und abgestandenen Parolen von des Reiches Macht und Herrlichkeit können wir keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlocken. Fakt ist: Wir haben das Reich verspielt, ein viertes wird es nicht mehr geben. Und das ist gut so. Alle sogenannten Reiche hatten die Tendenz, den nationalen Rahmen zu sprengen und, angefangen vom römischen Imperium bis hin zu England und der Sowjetunion, die Weltherrschaft anzustreben. Jetzt ist über die Globalisierung Amerika an der Reihe. Dabei ist die Globalisierung nichts anderes als eine neue Form der Kolonialisierung. Die Kanonenboot-Strategie des 19. Jahrhunderts wird ersetzt durch die Bomberflotten der Nato, oder subtiler, aber nicht minder effektvoll, durch die Börsianer der Wallstreet. Offener Widerstand dagegen ist derzeit fruchtlos.

Volk oder Nation?

Machen wir uns nichts vor: Die Kriegs- und unmittelbare Nachkriegsgeneration hat die politische Bühne geräumt. Zu ihnen gehörten und gehören Menschen, die auch nach der schrecklichen Niederlage weiterhin an Deutschland geglaubt haben. Sie hatten an der Saar den Verlockungen eines Ausscheidens aus der politischen Konkursmasse widerstanden, ebenso wie in Schleswig-Holstein den Lockungen der sogenannten Speckdänen, das Land preiszugeben. Die heutige „staatstragende", weitgehend erfolgreich umerzogene Generation würde eine solche Haltung kaum noch aufbringen.

Für sie gilt „ubi bene, ibi patria" – „dort, wo es mir gut geht, ist mein Vaterland". Das kann sich positiv ändern, wenn die Enkelgeneration die Väter und Großväter ablöst. Wer über politische Sensoren verfügt, vermag zu spüren, wie sie nach Lösungen sucht, zu neuen Ufern strebt. Mit den alten patriotischen Erklärungsmustern wird sie



Belgien wird nur noch über die Monarchie zusammengehalten. Flamen und Wallonen, kulturell unterschiedlich geprägt, haben sich auseinandergelebt. Doch das Königshaus, auch wenn es untadelig sein mag, kann dauerhaft die Zentrifugalkräfte nicht lähmen. Die Wahlerfolge des Vlaams Blok sind Volkstumsbekenntnisse und Absagen an den multi-ethnischen Staatsnationalismus.

sich aber kaum zufrieden geben. Dies gilt auch und gerade für das vielbeschworene Selbstbestimmungsrecht. Für mich hat das Selbstbestimmungsrecht der Völker Vorrang vor dem der Nationen. Die Überbetonung des Nationalen ist ein Relikt aus der französischen Revolution, und sie steht im Gegensatz zu Johann Gottfried Herders Bekenntnis zum Völkischen.

Diese unterschiedliche Denkweise läßt sich auch innerhalb der europäischen Rechtsparteien feststellen. Für den französischen Front National ist die Nation das höchste Gut, ihm haben sich auch jene Völker und Ethnien unterzuordnen, die andere Mentalitäten, sowie andere kulturelle und traditionelle Prägungen aufweisen, als die Franzosen des Mutterlandes. Ich denke an die Korsen. Für den Vlaams Blok dagegen heißt es nicht Belgien, sondern Flandern zuerst. Die flämischen Patrioten führen also einen Volkstumskampf, ihnen stehen Herders Visionen näher als die Ideale der französischen Revolution. Sie wehren sich gegen ein Zusammenleben mit den französisch geprägten Wallonen. Ihnen stehen die Niederländer näher. Hätte Belgien sich eher an der bundesstaatlichen Struktur der Schweiz orientiert, die den französisch und italienisch sprechenden Landesteilen weitgehende Selbstständigkeit einräumt, und nicht

am zentralistisch regierten Frankreich, stünde es heute nicht vor dem Zusammenbruch.

Der Fluch, den die Verträge von Versailles, Trianon und St. Germain nicht nur über Europa gebracht haben, wirkt bis heute fort. Sie haben nicht nur zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges geführt, sondern auch zu den Konflikten zwischen Israel und den arabischen Staaten, sowie in jüngster Zeit zur Tragödie im Kosovo. Die genannten Verträge haben keine Rücksicht auf die Eigenheiten der Völker und ihre Wünsche genommen, sondern sie in ein ungeliebtes nationalstaatliches Korsett gezwungen. Man denke an Jugoslawien.

Sind wir Hiwis?

Was heißt das aus meiner Sicht für uns? Es heißt Abschied von Illusionen zu nehmen und Realitäten zu beachten. Die Bindung der bundesdeutschen Politik an Amerika wird sich noch als ein folgenschwerer Fehler herausstellen. Wir sind für die Amerikaner heutzutage in Europa das, was früher den Engländern ihr jeweiliger Festlandsdegen war. In ihrer Willfährigkeit scheut die Bundesrepublik vor keinem Kniefall zurück. Es war charakterlos, deutsche Soldaten zu einer Zeit in einen Kampfeinsatz nach Serbien zu schicken, in der ihre Väter und Großväter als deutsche Weltkriegssoldaten in Wehrmachtsausstellungen weltweit an den Pranger gestellt werden. Freunde machte uns dieses Verhalten vor allem in Osteuropa nicht. Auch an der gerade in Amerika zu beobachtenden Stigmatisierung der Bundesrepublik änderte das nichts. Die Politik des „Friß Vogel, oder stirb" wird weitergeführt, siehe Entschädigungsverhandlungen. Um in Zukunft jungen Deutschen Gewissenskonflikte zu ersparen, trete ich für die Umwandlung der Bundeswehr in ein Berufsheer ein. Wer Söldner wird, hat für sich von Anfang an eine klare Entscheidung getroffen. Politiker der CDU und CSU werden jedoch nicht glaubwürdiger, wenn sie darauf verweisen, daß aus den ehemaligen Pazifisten Fischer und Scharping Kriegstreiber geworden sind. Der Sündenfall begann bereits weit früher. War es nicht ein Franz Josef Strauß, der nach Kriegsende getönt hatte, jedem solle der Arm abfallen, der noch einmal zu einem Schießprügel greife, um dann Verteidigungsminister zu werden? Wahrer Gesinnungspazifismus hat nichts mit Drückebergerei zu tun, sondern mit der Erkenntnis, daß heutzutage Waffen auch zu innerparteilichen und nationalen Problemlösungen eingesetzt werden. Man denke an die Skandale um den US-Präsidenten Clinton und jetzt an die Wahlchancen des amtierenden russischen Präsidenten Putin. Dafür müssen in Tschetschenien wie vorher in Serbien unschuldige Menschen sterben. Wer dabei mitmacht, begeht eine verbrecherische Handlung. Deutsche Patrioten sollten dies klar aussprechen.

Ein in zwei Weltkriegen ausgeblutetes Volk wie das deutsche braucht mehr Wiegen und weniger Soldatengräber. Und man sollte auch nachdenklicher und ehrlicher mit der Heldenverehrung umgehen. Ein Held war für mich weniger der nervenstarke Naturbursche, der in einem Nahkampf die kriegerische Fortsetzung einer Wirtshausschlägerei sah, sondern ein sensibler Mensch, der seine Angst tapfer überwand. Alle Kriege, die derzeit weltweit geführt werden, haben religiöse und ethnische Gründe.

Der jeweilige Patriotismus stützt sich auf die Wahrung religiöser, volks- oder stammesmäßiger Interessen. Es soll dabei aber nicht übersehen werden, daß religiöser Fanatismus ebenso unheilvoll ist wie Rassismus und Chauvinismus. Gegenüber „heiligen Kriegen", seien sie moslemisch oder christlich bestimmt, erfüllt mich tiefe Skepsis. Deshalb bin ich gegen religiöse Verankerungen in der Politik. Auch die sogenannten christlichen Werte haben es nicht verhindern können, daß die Völker immer wieder in verheerende Kriege gestürzt wurden, ja sie haben sie nicht selten sogar provoziert. Pfarrer und Pastoren sollten also die Hände von der Politik lassen, sie lediglich zum Gebet für das Seelenheil der ihnen anvertrauten Schäflein gen Himmel falten. Gebt Gott, was Gottes, dem Kaiser, was des Kaisers ist. Konsequenz: Abschaffung der Kirchensteuer.

Auf ihr Schlapphüte!

Daß das parlamentarische System sich nicht nur in Deutschland in einer tiefen Krise befindet, ist nicht mehr zu übersehen. Trotzdem werden Politiker und Medienvertreter nicht müde, zu behaupten, Bonn/Berlin sei nicht Weimar. Ich sage, Berlin ist schlimmer als Weimar. Vor allem deshalb, weil es die Lehren aus dem Niedergang der Weimarer Republik nicht beherzigt hat. Es waren die von den Finanzhyänen Sklarek, Kutisker und Barmat ausgelösten Skandale, in die auch Politiker verwickelt waren, die dem verhängnisvollen Antisemitismus Auftrieb verliehen und die Demokratie beschädigt hatten. Die Folge ist bekannt.

Jetzt, da offenkundig geworden ist, daß auch höchste Repräsentanten unseres Landes die Verfassung gebrochen haben, könnte auch der Verfassungsschutz ein neues und wichtiges Aufgabenfeld bekommen. Statt Wanzen in den Hinterzimmern sogenannter patriotischer Stammtische zu verstecken, wo nicht selten nur geltungssüchtige Dampfplauderer das Wort führen, wäre es angebracht, sie in Parteizentralen, Schatzmeistereien und vor allem in den Vorstandsetagen der Wirtschafts- und Rüstungskonzerne zu plazieren. Und man höre endlich auf, in jeder Systemkritik einen rassistischen oder extremistischen Anschlag zu sehen. Die beklagenswerten Toten von Auschwitz haben es nicht verdient, als geistige Schutzschilder gegen vermeintliche Demokratiefeinde mißbraucht zu werden, vor allem von denen, die Demokratie sagen und die eigenen Taschen meinen.

Gewiß, die Alternative zur Demokratie kann nicht Diktatur heißen. Aber das parlamentarische System in der heutigen Form dürfte nicht mehr in der Lage sein, die kommenden Probleme zu meistern. Es ist selbst zum Problem geworden. Über Lösungen nachzudenken, um eine Perestroika, einen Umbau westlicher Provenienz in Angriff zu nehmen, ist die Aufgabe wahrer Demokraten. ■

Franz Schönhuber im Internet:
http://www.schoenhuber-franz.de

Zur Zusammenarbeit deutscher Patrioten:

„Tue recht und scheue niemand"

Hans Hirzel

Über die Zukunft der deutschen Rechten wird heftig debattiert. Für uns Republikaner stellt sich die Frage: Mit wem aus anderen Parteien sollen wir zusammenarbeiten – mit wem nicht? Hierzu wird gelegentlich noch immer die Ruhstorfer Resolution hervorgeholt. Was stellt sie dar? Nach meinem Verständnis eine Anleitung für Mitglieder unserer Partei, andere Parteien oder Organisationen aus dem ‚rechten' Spektrum mit vorurteilshafter Abneigung zu behandeln, sie entsprechend zu stigmatisieren und jeden Versuch des Kontakts zu ihnen zu blockieren durch Pflege von Tabus und Berührungsängsten.

Den Text der Ruhstorfer Resolution bekam ich erst vor rund einem Jahr zu Gesicht. Ich verstand sofort, daß er sich für meine Partei schädlich auswirkt. Ein Vier-Augen-Gespräch, das ich am Rande unseres letzten Bundesparteitages mit (dem mittlerweile ausgetretenen) Burghard Schmanck führte, überzeugte mich, daß ich mit dieser Auffassung nicht allein stehe. Dies ist auch nicht verwunderlich. Der Ruhstorfer Text nennt keine sachlichen Gründe, aus denen eine aufrichtige politische Überzeugung hervorgehen könnte mit daraus entfließenden Handlungen, sondern läßt nur die Absicht erkennen, mit dem taktischen Mittel der Herabsetzung anderer sich selbst Vorteile zu verschaffen. So aber gewinnt man kein Vertrauen, sondern verliert es.

Hilfe akzeptieren

Wer das sieht, braucht noch lange nicht in der berühmten „Vereinten Rechten" das schnellwirkende Erfolgsrezept zu sehen, ich jedenfalls tue das nicht. In bezug auf Zusammenarbeit mit Angehörigen eines anderen organisierten politischen Lagers scheint sich mir folgendes aufzudrängen: Zusammenarbeit zu einem bestimmten konkreten Zweck mit jedem, der dazu bereit und dazu fähig ist, unter der Voraussetzung, daß politisch gefährliche Nebenwirkungen ausreichend vermieden werden.

Man denke an eine Feuersbrunst, für die Löschwasser mit Eimern aus einem Teich herbeigeschafft werden muß. In einer solchen Situation neigt man dazu, ohne viel Umstände die Mithilfe eines jeden zu akzeptieren, der zur Hilfe bereit ist. So sollte auch unsere Grundeinstellung gegenüber befähigten Personen aus anderen Organisationen sein, wenn sie für einen guten Zweck zur Zusammenarbeit mit uns bereit sind, wir sollten dafür erst einmal dankbar sein und sollten das auch zeigen. Gleichzeitig sollten wir aber auf das Warnsystem, das jeder von uns in sich trägt, hören.

Zusammenarbeit mit negativ abgestempelten Personen kann durch Abfärben Schaden anrichten, sie kann dem guten Zweck schaden. In die Eimerkette können Existenzen hineingeraten, die im Moment für die Öffentlichkeit problematisch erscheinen. Man kann das nicht einfach ignorieren. Darauf mit Vorsicht zu reagieren, mag in einer Hinsicht kleinlich erscheinen. Es kann aber für real-politisch denkende Menschen in dem betreffenden Augenblick eine gebotene Sache darstellen. Wenn in einem bestimmten Fall solche Gefahren bestehen, muß man prüfen, wieweit man sie in Kauf nehmen kann oder ob sie sich irgendwie neutralisieren lassen. Vielleicht ist dies in dem betreffenden Fall möglich, vielleicht auch nicht. Je nachdem muß man handeln.

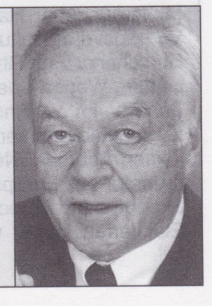
Das sind Fragen des politischen Geschicks und der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten. Es gibt für solche Fälle kein simples Rezept, durch das man sich mit bloß mechanischer Anwendung immer richtig verhält.

Die Grundüberzeugungen prüfen

Für die Praxis empfehlen sich also Geschick und Gutwilligkeit in Verbindung mit Einzelfall-Denken und Vorsicht. Wenn für den Moment die Eimerkette ihren Dienst getan hat, löst sie sich im allgemeinen wieder auf. Die Eimer-Kette kann aber auch zu dauernden Beziehungen führen. Bahnt sich das an, ist es wichtig, wieweit man bestimmte Grundüberzeugungen teilt. Diese Grundüberzeugungen müssen mit den Fakten übereinstimmen, müssen ihnen gerecht zu werden versuchen, sie müssen vertretbar sein im Sinn des „Tue recht und scheue niemand" und müssen einer strengen kritischen Prüfung standhalten.

Man kann das Bekenntnis meiner Partei zu den Grundrechten aus dem deutsch-patriotischen Denkansatz herleiten und sollte dies auch tun. Dadurch wird ein etwai-

Hans Hirzel (Bild), Autor des nebenstehenden Diskussionsbeitrages, ist Stadtverordneter in Wiesbaden. Er war zuvor stellvertretender Bundesvorsitzender der Republikaner und Bundespräsidentschaftskandidat seiner Partei. Wegen Beteiligung an der Widerstandsgruppe „Weiße Rose" wurde er von Freislers Volksgerichtshof zu einer Haftstrafe verurteilt. Hirzel, durch diese Biographie gegen Unterstellungen immun, plädiert für eine parteiübergreifende Zusammenarbeit deutscher Patrioten. Die hier veröffentlichen Gedanken decken sich mit einer Rede, die Hirzel kürzlich in Köln hielt. Sie kann beim Autor per E-mail angefordert, werden: Hirzelius @aol.com.



ger Verdacht, die Zustimmung zu den Grundrechten sei nur heuchlerische Taktik, von vornherein entkräftet. Bereitschaft zur ehrlichen Auseinandersetzung mit der Hitler-Ära muß für jede deutsche Partei gefordert werden, für Rechts-Parteien vielleicht ganz besonders (weil Hitler von völkischen Gedanken ausging und sie verfälschte, und weil die deutsche Rechte, die ebenfalls vom völkischen Gedanken ausgeht, etwas anderes will). Entsprechend sollten Links-Parteien ganz besonders zur Auseinandersetzung mit dem Marxismus bereit sein.

Die deutsche „Linke" begab sich 1968 auf einen „Langen Marsch durch die Institutionen". Die deutsche „Rechte" braucht ebenfalls Mut zu einem „Langen Marsch", dem Langen Marsch zur öffentlichen Wirksamkeit. Ich bin überzeugt, daß sie auf dem skizzierten Weg und mit ihren derzeit verfügbaren Kräften dieses Ziel erreichen kann. Bestimmte Voraussetzungen müssen erfüllt sein. Dies sind: Fleiß, unabhängiges Denken und Selbstdisziplin – und schließlich: Talent. Wo diese Voraussetzungen gegeben sind, bin ich jedenfalls grundsätzlich zur Zusammenarbeit mit einem jeden bereit. ■

Gegen Linke und REP-interne Störer durchgesetzt:

Wegweisende Diskussion in Wiesbaden

Auf Einladung der Wiesbadener REP-Stadtverordnetenfraktion diskutierten auf einer öffentlichen Veranstaltung im Bürgersaal der Publizist Franz Schönhuber und die Juristen Horst Mahler und Prof. Dr. Klaus Sojka zum Thema „Vergangenheitsbewältigung". RA Mark Olaf Enderes leitete die Versammlung. Hans Hirzel sprach einleitende Worte. Polizei mußte die mehr als 300 Besucher vor den Übergriffen linker Gegendemonstranten schützen.

Die rot-grüne Stadtratsmehrheit hatte unter fadenscheinigen Sicherheitsvorwänden den Saal zu verweigern versucht. In zwei Gerichtsinstanzen setzte sich die REP-Fraktion per Eilverfahren durch.

Nicht nur linke Kräfte waren gegen die Versammlungsfreiheit aktiv. Vor dem Bürgerhaus hatten sich auch die stellvertretenden REP-Bundesvorsitzenden Uschi Winkelsett (NRW) und Johann Gärtner (Bayern) eingefunden, um Redner und Besucher in teilweise unflätiger Form zu beschimpfen. Schon im Vorfeld waren beide wegen ihrer aggressiven, parteischädigenden Haltung mit einem Hausverbot belegt worden. Damit wollten die Wiesbadener REP-Abgeordneten eine Störung der Versammlung aus den Reihen des eigenen Parteipräsidiums verhindern.

Tatsächlich herrschte im Saal eine ausgezeichnete Atmosphäre. Die Redner Schönhuber, Mahler und Sojka wurden immer wieder von Beifall gestützt. Mit dieser Versammlung haben die Republikaner in Hessen auch nach Einschätzung unabhängiger Beobachter die Weichen richtig gestellt, und zwar zugunsten der Einheit unter demokratischen Patrioten.

J.B.

Überfülltes Haus bei Neubauer-Rede in Düsseldorf

Deutschland – eine Bananenrepublik? Zu dieser hochaktuellen Frage sprach N&E-Mitherausgeber Harald Neubauer auf einer Vortragsveranstaltung der Alten Halleschen Burschenschaft Rhenania-Salingia in Düsseldorf. Wegen Überfüllung mußten viele der Zuhörer im Verbindungshaus mit Stehplätzen vorlieb nehmen. Dies tat der Stimmung keinen Abbruch. Neubauer, bis 1994 Abgeordneter des Europäischen Parlaments, erntete für seine Abrechnung mit der Politik der Etablierten immer wieder stürmischen Beifall. *P.K.*

Wo bleibt die Alternative?

Man könnte verzweifeln: Während das Bonn/Berliner Parteiensystem im Spendensumpf versinkt, ist die deutsche Rechte nach wie vor mit sich selber beschäftigt. Die vom Regime angeekelten Bürger wissen nicht, wohin sie sich mit ihrem Protest wenden sollen. Schwarze, Rote, Grüne, Liberale – sie alle haben Dreck am Stecken. Gäbe es jetzt in Deutschland eine flächendeckende, glaubwürdige Alternative wie zum Beispiel in Österreich Haiders Freiheitliche, eine solche Partei schnitte auch hierzulande wie ein Messer durch die (ranzige) Butter. 10, 20, 25 Prozent wären möglich. Statt dessen flüchten viele Wähler in die Stimmenthaltung. Für die Verantwortlichen der deutschen Rechten eine bittere Bilanz. Unser Monatsüberblick:

Deutschland

Die vom BFB-Vorsitzenden Dr. Heiner Kappel eingeleitete Einigungsinitiative (siehe N&E Nr. 1/2000) weist wenigstens einen Erfolg auf: Leute sind ins Gespräch gekommen, die bislang den Dialog gemieden hatten. Erstmals wurden direkt die Argumente ausgetauscht. Allerdings hat sich auch gezeigt, daß es nicht ausreichen kann, Kleinparteien zusammenzuführen, obwohl dies schon ein Schritt in die richtige Richtung wäre. Aber das Gros deutscher Patrioten steht derzeit außerhalb des zerstrittenen Parteienlagers und wartet auf ein erfolgversprechendes Projekt. Hieran müssen Parteien, Verbände, Publizistik und Einzelpersönlichkeiten zur Bildung einer neuen und möglichst breiten Plattform mitwirken.

Ebenso konstruktiver wie kritischer Begleiter dieses Prozesses ist die überparteiliche Deutschland-Bewegung (DB). Dort sammeln sich in lockerer Form Patrioten unterschiedlicher Herkunft, darunter neue, unverbrauchte Köpfe, aber auch erfahrene Leistungsträger aus Zeiten, als die deutsche Rechte noch Wahlerfolge hatte. Sprecher der Deutschland-Bewegung ist der frühere Bundestagsabgeordnete Dr. Alfred Mechtersheimer. Er hat auch an den jüngsten Sondierungen teilgenommen. Ziel ist die Vernetzung von Kräften, die sich mit dem gegenwärtigen Zustand des patriotischen Spektrums nicht abfinden wollen und deshalb neuen Konzepten aufgeschlossen sind.

Wie notwendig dieser – ergebnisoffene – Ansatz ist, zeigen jüngste Vorgänge bei den Republikanern. Die Parteibasis wird Woche für Woche mit neuen Hiobsbotschaften aus ihren Führungsetagen paralysiert. Zum Jahresende trat der gerade erst gewählte REP-Landes-

Es liegt an der ewigen Abgrenzerei

„Trotz der ständigen Unzufriedenheit der (deutschen) Bürger profitiert bei Wahlen nicht etwa die nationale Opposition wie DVU, Republikaner oder NPD, sondern die jeweils andere Großpartei. Worin liegen die Gründe für das schlechte Abschneiden der rechten Opposition? Den mächtigen Medien als Antifa-Trommlern die alleinige Schuld zu geben, wäre zu einfach. Es liegt an den Parteien selbst, an ihrem Erscheinungsbild, ihren Kandidaten und Parteichefs sowie der ewigen Abgrenzerei voneinander, die meist aus Angst vor dem Verfassungsschutz(-bericht) geschieht... Wenn die Basis Druck macht, sich mit kompetenten Kandidaten artikuliert und präsentiert, wenn endlich vorbehaltlos Gespräche geführt werden und Kompromißbereitschaft gegeben ist, dann ist der erste Schritt zur Überwindung der Zersplitterung der bundesdeutschen Rechten gemacht!"

Kommentar der österreichischen Wochenzeitung „Zur Zeit"; Nr. 51-52/99



In seiner Partei weiter unter Druck: REP-Chef Rolf Schlierer (hier rechts als Verteidiger des türkischen Mädchenmörders Halim Ciftei, links)

vorsitzende von Nordrhein-Westfalen, Burghard Schmanck, zurück und aus. Er warf dem Bundesvorsitzenden Dr. Rolf Schlierer einen unwahrhaftigen Kurs vor. Einerseits werde Ab- und Ausgrenzung betrieben, doch in Schleswig-Holstein habe Schlierer über seine Vertrauten Winkelsett und Tempel mit Leuten aus der DVU eine gemeinsame Kandidatenliste für die Landtagswahl aufzustellen versucht. In seinem Austrittsschreiben beklagt Schmanck „offene Lügen" und „Falschspielerart".

Angesichts der personellen Verwerfungen ist an ein REP-Antreten zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen kaum noch zu denken. Gleichwohl erklärte Schlierer wie schon nach anderen Abgängen: „Ich bin froh, daß sich Herr Schmanck von uns getrennt hat."

Nach Hamburg und Berlin ist Nordrhein-Westfalen der dritte REP-Landesverband, dem in jüngster Zeit der Vorsitzende abhanden gekommen ist. In Hessen stellte sich der Landesvorstand per Beschluß vor sein Mitglied Peter Schreiber, einen der Köpfe der Republikanischen Jugend. Schreiber war von Schlierer zum Verlassen der Partei aufgefordert worden.

Fassungslos reagiert die REP-Basis auf folgende Nachricht: Schlierers geschäftsführende Stellvertreterin Uschi Winkelsett unterstützt in ihrem Wohnort Bösensell (Westfalen) eine Gruppe offenbar linksgerichteter Jugendlicher, die sich gegen die Abschiebung krimineller Ausländer wendet. An dieser Gruppe wirkt auch der Winkelsett-Sohn Christian mit. Auf ihrem Computer erstellte die Mutter eigenhändig die Listen, mit denen die Jugendlichen Unterschriften für ihr Anliegen sammelten. Ahnungslose Republikaner stellten derweil Plakate mit der gegenteiligen Forderung auf: „Kriminelle Ausländer raus!"

Frau Winkelsett rechtfertigt ihre Aktion mit dem Hinweis, die Republikaner seien schließlich „keine ausländerfeindliche Partei". Neben den Forderungen im Parteiprogramm gebe es „die menschliche Komponente". Sie, Winkelsett, habe „deshalb Verständnis für die Jugendlichen, die die Abschiebung ihrer Freunde verhindern wollten..." Jene libanesischen Freunde sind rechtskräftig verurteilt, unter anderem wegen schwerer Körperverletzung, räuberischer Erpressung, Rauschgifthandel und Urkundenfälschung.

Winkelsett hatte schon vor einigen Jahren versucht, die Partei für Ausländer zu öffnen. Der Antrag auf Satzungsänderung scheiterte damals am Widerstand der Delegierten.

Bundesvorsitzender Rolf Schlierer sieht sich außerstande, das programmwidrige Tun seiner Stellvertreterin zu ahnden. Denn Winkelsett hatte ihn selber gegen parteiinterne Kritik verteidigt, als Schlierer im März 1998 als Anwalt des türkischen Sexualmörders Halim Ciftei aufgetreten war. Ciftei hatte ein elfjähriges Mädchen überfallen, es mit einer Plastiktüte erstickt und sich dann an dem toten Opfer fürchterlich vergangen. Ohne Erfolg versuchte Schlierer, „daß der Angeklagte des Mordes freigesprochen wird". Der Türke habe in einer „irrationalen Welt" gelebt. Irrational empfanden Gericht und Öffentlichkeit aber nur die Welt eines Parteivorsit-

Abgrenzung beenden

„Es macht einfach keinen Sinn mehr, sich krampfhaft voneinander abzugrenzen. Ein Bemühen, öffentlich oder gar in den Medien besser als die anderen dazustehen, bleibt reine Illusion. Das etablierte System wird jede politische Gruppierung, die eine Chance hat, größer zu werden, fertigmachen. In Ruhe gelassen werden nur die, die ohnehin unbedeutend sind und bleiben."

Dr. Heiner Kappel, BFB-Vorsitzender und ehemaliger FDP-Politiker

zenden, der privat das Gegenteil dessen betreibt, was er politisch fordert.

Unter dem Strich, so das Urteil unparteiischer Beobachter, schaden solche Vorgänge der gesamten deutschen Rechten. Auch in den laufenden Einigungsbemühungen geht es um die politische Glaubwürdigkeit der Beteiligten. Das aufreizende Agieren gegen die eigene Programmatik stiftet Streit und Unruhe. Mitglieder protestieren, werden ausgeschlossen. Die gute Arbeit vieler Parteiaktivisten stößt ins Leere.

Zur bevorstehenden Landtagswahl in Schleswig-Holstein tritt nur noch die NPD an. Republikaner und DVU haben sich im Vorfeld zerstritten. Dabei hätte sich im Norden die aktuelle politische Situation für die Rechte nutzen lassen. Aber die Zahl versäumter Chancen wird immer größer – und damit auch die Verdrossenheit im eigenen Spektrum.

D. E. / G. T.

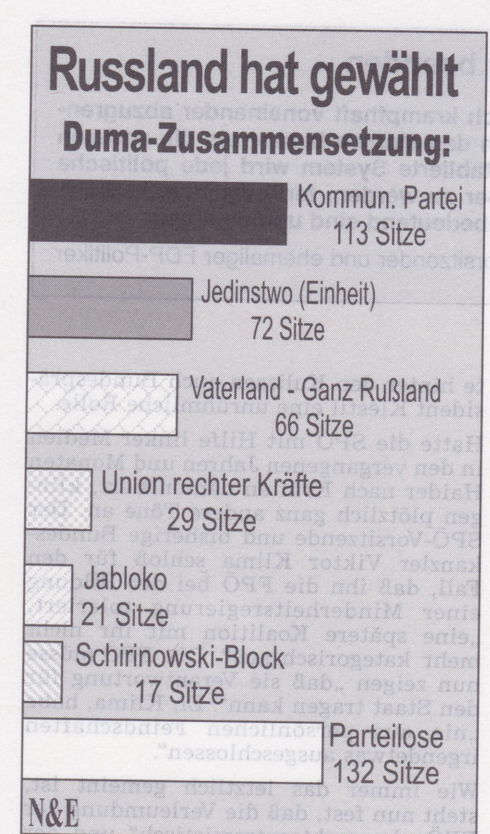
Österreich

Rote und Schwarze in Österreich haben gründlich abgewirtschaftet. Zum N&E-Redaktionsschluß in der letzten Januar-Woche waren die seit Oktober laufenden Koalitionsverhandlungen zwischen den beiden bisherigen Regierungsparteien in Wien gescheitert. Lachende Dritte sind Jörg Haiders Freiheitliche. Sie hatten bei den jüngsten Nationalratswahlen auf 26,9 Prozent zugelegt und waren damit noch vor der ÖVP auf den zweiten Platz der österreichischen Parteien-Hirarchie gesprungen. Die Koalitionsverhandlungen dienten zunächst dem Zweck, die rechtsgerichtete FPÖ von der Regierungsmacht fernzuhalten. Hierbei spielte hinter den Kulissen auch Bundespräsident Klestil eine unrühmliche Rolle.

Hatte die SPÖ mit Hilfe linker Medien in den vergangenen Jahren und Monaten Haider nach Kräften dämonisiert, klingen plötzlich ganz andere Töne an. Der SPÖ-Vorsitzende und bisherige Bundeskanzler Viktor Klima schloß für den Fall, daß ihn die FPÖ bei der Bildung einer Minderheitsregierung toleriert, „eine spätere Koalition mit ihr nicht mehr kategorisch aus". Die FPÖ müsse nun zeigen „daß sie Verantwortung für den Staat tragen kann". Er, Klima, habe „nie aus persönlichen Feindschaften irgendetwas ausgeschlossen".

Wie immer das letztlich gemeint ist, steht nun fest, daß die Verleumdung der FPÖ als „rechtsextremistisch" und der Vergleich Haiders mit Hitler immer nur ein linker Propagandaschwindel war. Schwarze und Rote legen den Diffamierungsknüppel in dem Moment zur Seite, wo sie auf ihr altes Opfer angewiesen sind. Ein ähnliches Beispiel liefert seit geraumer Zeit die Türkei. Dort koalieren Ecevits Sozialdemokraten fast problemlos mit den sogenannten „Rechtsextremisten", ohne daß es im In- oder Ausland zu irgendwelchen Irritationen gekommen ist.

Zum Redaktionsschluß zeichnete sich eine FPÖ/ÖVP-Koalition mit stabiler Parlamentsmehrheit ab – allerdings ohne persönliche Beteiligung Haiders, der in Kärnten derzeit als Landeshauptmann (Ministerpräsident) amtiert. Sollte das nicht klappen, bleiben als Ausweg noch Neuwahlen. Die würden, wenn man den Demoskopen glauben darf, die Freiheitlichen zur stärksten



Erfolg für Schirinowski

Entgegen allen Voraussagen hat sich bei der russischen Parlamentswahl auch der rechtsgerichtete Schirinowski-Block mit 6,15 Prozent und 17 Mandaten behauptet. Man hatte zuvor mit allerlei Tricks versucht, die Rechte von der Wahlteilnahme auszuschließen. Die im Schaubild erwähnte „Union rechter Kräfte" ist ein Etikettenschwindel; sie besteht aus westorientierten Wirtschaftsliberalen. Der für eigenwillige Aktionen bekannte Schirinowski hat rechts offenbar keine Konkurrenz. Von Alexander Lebed, der zeitweilig sogar als aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat gehandelt wurde, ist nichts mehr zu sehen. ■

Partei Österreichs machen. Wer hätte das vor ein paar Jahren vorherzusagen gewagt?

K.H.

Frankreich

Die Medien versuchen es zur Abwechslung wieder einmal mit Kleinreden: „Der Nationalen Front laufen die Mitglieder davon", titelte die FAZ dieser Tage in einem Bericht über die französische Rechte. Das „Problem Le Pen", heißt es dort, habe sich infolge der Parteispaltung inzwischen selbst erledigt, und „um den alten Haudegen ist es still geworden".

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Zwar ist unverkennbar, daß infolge der Parteispaltung vor einem Jahr sowohl der „alte" FN als auch der MNR (Mouvement National Républicain) unter dem ehemaligen „Generaldelegierten" Bruno Mégret gegenüber früheren Wahlgängen Federn lassen mußten - eine Beobachtung, die sich durch sämtliche Wahlgänge des letzten Jahres zieht. Der FN, analysierte jüngst ein deutsches Linksblättchen, „verliert nahezu flächendeckend und im Durchschnitt die Hälfte bis zwei Drittel der Stimmenanteile, die er Mitte der 90er Jahre in denselben Wahlkreisen erringen konnte."

Doch solche Befunde besagen, für sich genommen, wenig. Denn nicht nur der Front National, sondern die französische Rechte insgesamt - zu der im Nachbarland, anders als hierzulande, auch bürgerliche Gruppierungen wie die Neogaullisten gezählt werden - ist zersplittert und in einer Phase der Neuorientierung begriffen. Unter diesen Umständen ist es um so erstaunlicher, daß es dem Front National nach wie vor gelingt, eine gewisse „Marktführer"-Position im rechten Spektrum zu behaupten.

Dies wurde erst vor wenigen Wochen bei einer Nachwahl im 20. Pariser Bezirk deutlich, der von den Medien schon im Vorfeld die Bedeutung einer landesweiten Testwahl zugeschrieben wurde. Die FN-Kandidatin Martine Léhideux kam im ersten Wahlgang auf 5,19 Prozent der

Spitzenkraft des Front National in Frankreich:



Martine Lehideux

Stimmen, gefolgt von einer weiteren Rechtsliste unter dem bis dato kaum bekannten Kandidaten Louis Girard (2,2 Prozent) und der Kandidatin der „Christlich-Liberalen Rechten" (DLC), die 1,92 Prozent erreichte. Der Kandidat des MNR, Jacques Gaillard, lag mit 1,24 Prozent abgeschlagen auf Platz vier.

Beobachter der Szene ziehen aus solchen Ergebnissen den Schluß, daß dem Front National, wenn auch gegenüber früheren Ergebnissen auf niedrigerem Niveau, die Stabilisierung gelungen ist – auch bei der Europawahl im Juni 1999 hatte der FN in dem genannten Pariser Wahlbezirk ein Ergebnis von etwas über fünf Prozent erzielt –, während sich die rechte Konkurrenz, einerlei ob bürgerlich oder unter MNR-Etikett, schwer tut.

Mégret selbst, der Beamter auf Lebenszeit ist, hat bekanntlich ein Ende seiner Beurlaubung und eine neue Verwendung im Staatsdienst beantragt. Seine Erfahrungen mit dem Front National (und der Gründung seiner eigenen Partei) hat er inzwischen in einem Buch unter dem Titel „Le Chagrin et l'Expérance" niedergelegt: „Kummer und Hoffnung".

Müntzer

Belgien

Drei Wochen lang konnten sich jetzt illegale Einwanderer in Belgien melden, um einen offiziellen Aufenthaltsstatus zu bekommen. Die Brüsseler Regenbogenkoalition setzte damit eine Idee der Grünen ins Werk. Das wiederum verschafft dem rechtsgerichteten „Vlaams Blok" unter Führung von Frank Vanhecke neuen Auftrieb. Dessen Anhänger demonstrierten bereits in einem Zug durch Antwerpen und forderten die Rückkehr von allen nicht aus EU-Ländern stammenden Ausländer in deren Herkunftsstaaten.

Um dem Vlaams Blok den Wind aus den Segeln zu nehmen, führte die Regierung während ihrer Illegalen-Aktion wieder Grenzkontrollen ein. Diese befristete Maßnahme diente allein der Volksbeschwichtigung. Ohne den Vlaams Blok und seine wachsenden Wahlerfolge – das wurde einmal mehr deutlich – stünde den Belgiern eine noch verhängnisvollere Ausländerpolitik ins Haus.

kh



Kranke Phantasie

Am 9. November tagte der Vlaams Blok in Gent (Bild), um am 10. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer zu gedenken. Die Sozialisten entblödeten sich nicht, ein Versammlungsverbot zu probieren – mit der aberwitzigen Begründung, wer sich am 9. November treffe, wolle die Reichskristallnacht feiern. ■

Dänemark

Die Unzufriedenheit der Dänen mit der Ausländerpolitik ihrer Mitte-Links-Regierung hat für einen spektakulären Stimmungsumschwung zu Gunsten der Rechten gesorgt. Nach einer von der Wirtschaftszeitung „Boersen" veröffentlichten Umfrage würde die rechtspopulistische Volkspartei mit 18 Prozent der Stimmen zur drittstärksten politischen Kraft aufsteigen, wenn jetzt Wahlen wären. Dies bedeutet einen Stimmenzuwachs von 10,6 Prozent im Vergleich zur Parlamentswahl vom März 1998. Der Umfrage zufolge gehen die Stimmengewinne der Rechten vor allem zu Lasten der Sozialdemokraten.

50. Geburtstag eines Erfolgreichen:

Triumph für Jörg Haider

Dr. Fritz Stenzel

Sieht man von den Einladungen zur Regierungsbeteiligung in Wien ab, machten ihm das schönste Geburtstagsgeschenk die Demoskopen. Erstmals sieht eine Meinungsumfrage Jörg Haiders Freiheitliche an der Spitze der Wählergunst. Die Partei, die jahrzehntelang die Position einer „dritten Kraft" in Österreich einnahm, ist zur ersten Kraft geworden. Schon bei den jüngsten Nationalratswahlen hatten die Freiheitlichen Platz 2 belegt und waren damit an den Schwarzen vorbeigezogen. Jetzt würde man auch die Sozialisten schlagen.

Freund und Feind sind sich einig, daß die FPÖ ihren fulminanten Aufstieg allein Jörg Haider und dessen rechtspopulistischer Politik verdankt. 1986 hatte der junge Kärntner Landesvorsitzende in einer Kampfabstimmung die Führung der Gesamtpartei übernommen. Dies war auch ein Kurswechsel. Die bis dahin in einer Koalition mit der SPÖ dahinsiechenden Liberalen – sie lagen bei knapp fünf Prozent – wurden von Haider nach rechts gelenkt. Erster Wahlerfolg auf Bundesebene bereits im gleichen Jahr: 9,7 Prozent. 1990 dann 16,6 Prozent. Vier Jahre später: 22,5 Prozent. Das bisher höchste Ergebnis wurde 1999 erzielt: 26,9 Prozent.

Gespür für Themen

Rückschläge vermochten Haider nicht aufzuhalten. Mit rhetorischem Geschick, inhaltlicher Beweglichkeit und einem jugendlich-dynamischen Erscheinungsbild glich er die gegen ihn geführte Medienkampagne aus. Sein Gespür für Themen, die den Bürger wirklich bewegen, ließ ihn auch Tabus brechen. Er lobte die NS-Beschäftigungspolitik, nahm Waffen-SS-Soldaten gegen Verleumdungen in Schutz, bekannte sich zur „deutschen Kulturnation", legte sich mit der „linken Schickeria" im Wiener Kunstbetrieb an, gründete einen eigenen Gewerkschaftsbund und propagierte den Widerstand gegen Asylmißbrauch und Masseneinwanderung. Damit wurde er zum Gottseibeiuns der „politisch Korrekten", zur Schreckensfigur für selbsternannte Gutmenschen.

Um sich das alles leisten zu können, machte Haider da und dort allerdings auch Konzessionen an den Zeitgeist und hielt Abstand zu Gleichgesinnten in anderen europäi-



Privataudienz:
Papst Johannes Paul II.
und Jörg Haider

schen Ländern. Der Macht der amerikanischen Ostküste signalisierte er Anerkennung. Bei mehreren USA-Besuchen versuchte er Vorurteilen entgegenzuwirken. Er entging damit einer Quarantäne, wie sie weiland über den österreichischen Bundespräsidenten Waldheim verhängt worden war. Haiders Lavieren wurde von überzeugungstreuen Patrioten manchmal als Opportunismus aufgefaßt, entpuppte sich aber auch als Erfolgsrezept, um Wählerschichten jenseits des orthodox-rechten Potentials zu erreichen.

Oft wird gefragt, warum sich das „Modell Haider" nicht auf Deutschland übertragen läßt. Das Fehlen eines personellen Duplikats ist dabei noch das kleinere Problem. Aber im Unterschied zu den ausgegrenzten deutschen Rechtsparteien war die FPÖ zunächst nur die österreichische Variante der FDP, zählte also immer zum politischen Establishment. Haider mußte nicht bei Null und außerhalb des „Systems" anfangen. Die FPÖ hatte Geld, Mandate, Einfluß, sogar Regierungsmacht. Eine Stigmatisierung, wie sie deutschen Oppositionellen durch den sogenannten Verfassungsschutz widerfährt, blieb Haider erspart.

Glück des Tüchtigen

Außerdem ist der FPÖ-Chef durch geerbten Grundbesitz im Schätzwert von 23 Millionen Mark auch persönlich unabhängig. Die damit verbundene Freiheit des Auftretens schützt vor falschen Rücksichtnahmen und Existenzängsten, wie sie bei deutschen Rechten – insbesondere bei solchen, die im Staatsdienst stehen – eine Rolle spielen. Wer die Mächtigen herausfordert, darf nicht aus deren Brotkorb essen. Erfolgreiche Rechte wie Haider, Blocher und Le Pen sind über private Vermögen abge-

sichert. Auch in den USA konnte nur ein Milliardär wie Ross Perot den beiden Altparteien zeitweilig die Stirn bieten. Natürlich ist Geld allein nicht alles. Aber wo es fehlt, stehen selbst hochgradige politische Talente auf verlorenem Posten und bleiben Chancen ungenutzt.

Haider ist von Haus aus saturiert, fand günstige Rahmenbedingungen und vermochte diese aufgrund seiner herausragenden politischen Begabung zu nutzen. Das Glück des Tüchtigen kam hinzu: Österreichs Rote und Schwarze haben Haider personell nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Sozialisten-Kanzler Klima sollte wenigstens optisch dem modisch-juvenilen FPÖ-Chef den Rang ablaufen. Und die „bürgerliche" ÖVP glaubte, ein Vorsitzender mit Fliege erzeuge Aufwind wie ein Hubschrauber. Doch es waren leicht durchschaubare und damit unglaubwürdige Reaktionen auf das



Claudia und Jörg Haider. Das Ehepaar hat zwei Töchter.

Phänomen Haider. Sie machten jeweils nur wenige Monate Eindruck. Dann merkte das Publikum, daß auf den alten Flaschen nur ein neues Etikett saß. Dagegen verkörpert der FPÖ-Vorsitzende, der sich auch sportlich in Szene zu setzen weiß, das Lebensgefühl des modernen, leistungsbereiten und zugleich traditionsbewußten Österreichers. Mühelos hängte er erst kürzlich den deutschen Außenminister und Obergrünen Joseph Fischer beim Marathonlauf in New York ab.

Man unterschätze solche Äußerlichkeiten in ihrer Wirkung nicht. Die aktuelle Kommunikationsforschung weist nach, wie sehr sich Menschen auch in der Politik an optischen Wahrnehmungen orientieren. Gesichtsausdruck, Kleidung und Körpersprache sind im Fernsehzeitalter fast schon wichtiger als ein überzeugendes Programm. Haider hat nahezu alles, was anderen gar nicht oder nur teilweise zur Verfügung steht. Diese Feststellung mindert nicht sein politisches Gewicht, weist im Gegenteil darauf

hin, daß wir es mit einer Ausnahmepersönlichkeit zu tun haben. Mit einem Kommunikator der Sonderklasse.

Natürlich hat auch Haider Schwächen. Zum Beispiel führte der Mangel an Menschenkenntnis zu manchmal nicht nachvollziehbaren Personalentscheidungen. Im Umfeld des FPÖ-Chefs räkeln sich Wichtigtuer und Flachdenker ohne ideologisches Rüstzeug. Auch programmatisch wird deshalb manches mit heißer Nadel gestrickt. Daß Haider in Deutschland ausgerechnet auf Manfred Brunner setzte, der mittlerweile wieder bei der haiderfeindlichen FDP untergekrochen ist, bleibt rätselhaft. Aber solche Einwände verschwinden letztlich hinter der Zustimmung, die der FPÖ-Matador in der öffentlichen Arena immer wieder hervorzukitzeln weiß. Seine Strahlkraft überleuchtet Schatten.

Für Freiheit, gegen Tugendterror

Begonnen hatte die Karriere des Jörg Haider Anfang der siebziger Jahre. Der Jura-Student, am 26. Januar 1950 in einem deutschbewußten Elternhaus geboren, baute den „Ring Freiheitlicher Jugend" (RFJ) auf. Nach der Promotion 1973 und einer kurzen Zeit als wissenschaftlicher Assistent an der Universität Wien stieg er hauptamtlich in die Parteipolitik ein, zunächst als Landesparteisekretär in Kärnten, dann – 1979 – als jüngster Nationalratsabgeordneter. Sieben Jahre später stürzte er den glücklosen, nach links tendierenden Bundesparteiobmann Norbert Steger und führte die FPÖ schnurstracks aus dem Fünf-Prozent-Getto heraus.

1989 wurde Haider mit Hilfe der ÖVP zum Landeshauptmann (Ministerpräsidenten) von Kärnten gewählt. Im Juni 1991 stürzte er über einen Mißtrauensantrag im Landtag, den ÖVP und SPÖ eingebracht hatten, weil sie Haiders Äußerungen zur NS-Arbeitsmarktpolitik mißbilligten. Im April 1999 wurde Haider neuerlich zum Landeshauptmann gekürt, nachdem seine Partei die Landtagswahl mit 42,1 Prozent gewonnen hatte. Diese hohe Funktion macht es linken Wortführern noch schwerer, Haider als „Antidemokraten" und „Staatsfeind" vorzuführen. In Kärnten beweist der FPÖ-Chef, daß er erfolgreich zu regieren versteht und daß selbstverständlich niemand um seine demokratischen Rechte fürchten muß. Im Gegenteil. „Wir wollen die Freiheit der Meinungsäußerung und nicht Denkpolizisten des Tugendterrors", sagt der Landeshauptmann und praktiziert es.

Wären heute Nationalratswahlen in Österreich, würde wohl kein Weg mehr an einem Bundeskanzler Jörg Haider vorbeiführen. Der FPÖ-Vorsitzende hat in 30jähriger Arbeit die politische Szenerie seines Landes gründlich verändert. Die rot-schwarze Vetternwirtschaft, das unsägliche Proporzsystem der beiden bisherigen Großparteien liegt in den letzten Zügen. Man darf aber davon ausgehen, daß die Noch-Mächtigen mit internationaler Hilfe alles tun werden, um Haider auf den letzten Metern doch noch zu Fall zu bringen.

Das weltweite „Entsetzen" über das jüngste Ergebnis der Nationalratswahl war gut orchestriert. Haider reagierte mit einer Entschuldigungsrede: Er habe mit früheren Äußerungen, die ihm immer wieder vorgehalten werden, niemanden verletzen wollen.

Erfahrungsgemäß nützt solche Selbstzerknirschung nichts – es sei denn, man wechselt gänzlich ins andere Lager.

Auf Erneuerung beharren

Das Schlimmste aber, was dem FPÖ-Vorsitzenden passieren könnte, wäre eine Regierungsbeteiligung ohne wirkliche Handlungsfreiheit. Der Robin-Hood-Nimbus wäre im Nu dahin. Denn die Österreicher wählen Haider in erster Linie nicht, weil er mitmachen, sondern weil er gegenhalten soll. Die deutschen Grünen liefern ein abschreckendes Beispiel: Schon wenige Wochen nach ihrem Regierungsbeitritt waren sie domestiziert. Ein einziges Briefing im Weißen Haus genügte, um den NATO-Gegner Joschka Fischer in einen atlantischen Bellizisten zu verwandeln – und die Wähler der Grünen in Scharen zu vertreiben.

Haider ist glücklicherweise kein Fischer. Dennoch liegen Gefahren in der nun ergangenen Einladung, die von Roten und Schwarzen angerichtete Suppe in Wien auszulöffeln. Mit den alten Kräften ist keine politische Erneuerung zu erreichen. Wer sich mit ihnen einläßt, läuft Gefahr, seine eigene Identität zu verlieren – und zugleich die guten Vorsätze.

Jörg Haider sollte auch im nun begonnenen sechsten Lebensjahrzehnt dabei bleiben: „Ich ersuche um eine Rodungsbewilligung im Dschungel der Mißwirtschaft, damit die Sonne wieder rein kann und was Gesundes nachwächst." Die Regierungsbeteiligung in Wien, ohne daß Haider Kanzler oder wenigstens Minister wird, kann nur der vorletzte Schritt sein. Am Ende muß der Griff zur Kanzlerschaft stehen. Die Chancen dafür sind besser denn je. Haider darf nur eines nicht: sich den Schneid abkaufen lassen. ■

Raffiniertes Politikmuster:

Verändern durch Gewöhnung

Josef M. Rauenthal

Der Deutsche schluckt auf Dauer alles. Diesen Eindruck kann man gewinnen, wenn man sich ein Grundmuster bundesrepublikanischer Politik vergegenwärtigt, das im Sinne einer Entnationalisierung Deutschlands immer neue Erfolge zeitigt. Dabei wird das dialektisches Verfahren praktiziert: Eine nationalpolitische Position wird durch Meinungssteuerung bei den politischen Entscheidungsträgern und Medienbeeinflussung der breiten Bevölkerung allmählich ausgehöhlt und in ihr Gegenteil verkehrt, wenn ein hoher Gewöhnungsgrad erreicht ist. Drei Musterfälle:

Fall Ostgebiete

Lesern von Nation & Europa braucht man hierzu die Fülle der Einzelheiten nicht vorzuführen, es genügen einige punktuelle Hinweise. In den 50er Jahren galt noch weithin: „Deutschland – dreigeteilt: niemals!" (so z. B. zu lesen auf Briefaufklebern des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen). Die allmähliche Aufweichung dieser Position wurde vor allem über medial vermitteltes Moralisieren erreicht (Heimatrecht der in den deutschen Ostgebieten lebenden Polen, Tschechen und Russen; keine neue Vertreibung). Möglichen Widerständen aus der Millionenzahl der Heimatvertriebenen beugte man durch Entpolitisierung über materielle Absicherung vor. So konnte Barzel bei den Ratifizierungsdebatten über die Ostverträge die Unionsparteien von einem „So nicht" über das „Jein" zum Passierenlassen dieser Verträge führen. Bei der kleinen Wiedervereinigung von 1990 war dann die Gewöhnung der Wähler an die Abschreibung der deutschen Ostgebiete so groß, daß der Bundestag nahezu einstimmig die Anerkennung der Gebietsannexionen beschließen konnte. Für eine mentale Restebeseitigung sorgt die von der übergroßen Mehrheit der Deutschen mitvollzogene bundesdeutsche Sprachregelung: „Ostdeutschland" statt „Mitteldeutschland".



Demonstranten 1990 in Leipzig: Ostdeutschland noch zu erkennen

Fall Wiedervereinigung

Auch hier genügen einige Andeutungen. In den 50er Jahren gab es kaum Widerspruch gegen die im Grundgesetz abgesicherte Forderung nach einer „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit". Im Gesamtdeutschen Ministerium unter Jakob Kaiser wurden detaillierte Pläne für den Tag X ausgearbeitet. In den 60er und 70er Jahren gab es dann zwar immer noch Sonntagsreden über die Wiedervereinigung, aber in der Bewußtseinsbildung über Massenmedien, Bildungseinrichtungen und politische Organisationen wurde diese Zielvorgabe immer mehr in Frage gestellt und erst undeutlich, dann immer offener negiert. Zu diesem Zweck spielte man Europavorstellungen gegen den Nationalstaatsgedanken aus und nutzte auch hier wieder das Moralisieren: Durch Auschwitz hätten die Deutschen das Recht auf einen Nationalstaat verloren, als europäische Musterknaben hätten sie Sühne zu leisten für den Höllensturz der Weltkriegskatastrophe. Das Deutschlandbild vieler Bundesrepublikaner verengte sich auf das Restdeutschland der Alt-BRD (nicht zuletzt dank der Fernseh-Landkarten!). Für viele Deutsche (insbesondere der nachwachsenden Generation) waren bald Dresden, Leipzig, Rostock in stärkerem Sinne Ausland als etwa Amsterdam, Brüssel, Paris.

Noch kurz vor dem Zusammenbruch des Ostblocks kanzelte Kohl seinen Parteifreund Bernhard Friedmann (nicht zu verwechseln mit Michel Friedman) in verletzender Weise ab, als dieser Wiedervereinigungsaktivitäten einforderte: „Blühender

Blödsinn!" Aus wahltaktischen Gründen sprang dann Kohl auf den Zug der Wiedervereinigung auf. Er scheute sich nicht, den von Wolfgang Venohr entwickelten 10-Punkte-Plan einer deutschen Konföderation (den zuvor schon die NPD mit leichten Abänderungen übernommen hatte) abzuschreiben. Zu diesem Zeitpunkt waren die Schubladen des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen leer, wie Eberhard Diepgen eingestand. Nichts spricht deutlicher dafür, daß auch die wichtigsten Entscheidungsträger der Unionsparteien den Wiedervereinigungsgedanken aufgegeben hatten. Nur weil die Geschichte gelegentlich Sprünge macht, bekamen wir die kleine Wiedervereinigung.

Fall Multikultiland

Deutsche, die nach langjährigem Auslandsaufenthalt gegenwärtig in die Heimat zurückkehren, erleben in der Regel einen Kulturschock: Sie erkennen das ihnen vertraute Deutschland – zumindest in den Ballungsräumen – nicht mehr wieder. Es ist so, als wäre Deutschland bis in die Zeit nach dem 2.Weltkrieg eine Kolonialmacht gewesen und hätte im Zuge der Entkolonialisierung menschliches Strandgut aus den ehemaligen Kolonien aufnehmen müssen. Nicht minder deutlich begegnet ihnen der Balkanisierungs- und Orientalisierungseffekt. Die deutsche Nation in Auflösung und in einem Prozeß ethnischer Umwandlung begriffen! Über viele Jahre wurden die sich abzeichnenden Umvolkungsvorgänge in der offiziellen Politik durch die Parole „Deutschland ist kein Einwanderungsland" verschleiert. Ein Anwerbestopp für Gastarbeiter hatte eine ähnliche Funktion.

Währenddessen strömten Millionen Einwanderer ins Land; die offizielle Bezeichnung „Migranten" macht deutlich, worum es sich handelt. Familienzusammenzug und großzügigste Flüchtlings- und Asylregelungen ermöglichten die Massenzuwanderung. Politische Einwände und die Forderung nach einer Volksabstimmung machte man nieder durch Einsatz der Rassismus-Keule, durch Medienkampagnen der moralisierenden Art, durch inszenierte Massenspektakel und den ständigen Appell an das gute Herz und die Mitleidsfähigkeit der Deutschen. Millionen Menschen nichtdeutscher Herkunft auf Jahrzehnte im Land, Einwurzelung durch Grundstückserwerb, Einrücken in alle Berufssparten, Aufstieg in allen Laufbahnen – nach Ansicht der Multikultiland-Anhänger muß dies auch dem letzten traditionalistischen Deutschen vor Augen führen: Hier gibt es kein Zurück!

Auch in diesen Zusammenhängen wurde Sprachregelung zum Zwecke der Bewußtseinsänderung zielstrebig eingesetzt. Mittlerweile glauben viele Deutsche, daß es schwarze Schimmel gibt („ausländische Mitbürger"). Masseneinbürgerungen unterstützen die Sprachregelung. Inzwischen hat man auch begonnen, den Fußball-Patriotismus umzufunktionieren. Angesichts der zunehmenden Zahl exotisch wirkender Spieler in Bundesligavereinen hämmern die Fernsehsprecher bei Übertragungen den Zuschauern ein, sie sähen da „Bayern", „Schwaben", „Pfälzer", „Franken" usw. Die Eingewöhnung der Fans wird sicher bald dazu führen, daß auch unter Schwarz-Rot-Gold die multi-ethnische Fußball-Zukunft anbricht.



Angesichts der politischen Ohnmacht der organisierten bundesdeutschen Rechten und der Verformungen des Parteienstaates ist es schwer, ein parlamentarisch orientiertes Gegenkonzept zu entwickeln. Im Bismarckschen und Wilhelminischen Reich richtete August Bebel seine Genossen auf, indem er ihnen das marxistische Revolutionsmodell mit der einfachen Formel einhämmerte: „Der große Kladderadatsch kommt bestimmt!" Darf, sollte, muß ein deutscher Patriot heute den „großen Kladderadatsch" des BRD-Systems als Zukunftserwartung proklamieren? Gänzlich ausklammern sollte man eine solche Perspektive nicht, da die Selbstzerstörungskräfte im heutigen BRD-Gefüge nicht zu übersehen sind. Aber Berufsrevolutionäre, die durch konkrete Planungen eine nationale Revolution vorbereiten wollen, werden bei der Fortentwicklung der Verfassungsschutz-Überwachungstechniken keine Chance haben.

Zwei Minimalforderungen kann man an jeden bewußten deutschen Patrioten, der sich nicht in eine unpolitische Privatexistenz abdrängen läßt, stellen: Er wird sich den Sprachregelungen konsequent verweigern. Und er wird in politischen Gesprächen und schriftlichen Meinungsäußerungen das Grundmuster einer „Veränderung" (zuungunsten der deutschen Nation) durch „Gewöhnung" (an Positionen der deutschen Selbstaufgabe) angreifen. Wer immer dies tut, trägt dazu bei, den Untertanen-Konformismus zu durchbrechen. ■

Alfred Dregger

Einer der wenigen Unionspolitiker, die sich für nationale Würde und politischen Anstand noch einen Sinn bewahrt haben, ist der Ehrenvorsitzende der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages, Dr. jur. Alfred Dregger (Bild). Er unterstützte jetzt gegenüber dem italienischen Staatspräsidenten Ciampi ein Gnadengesuch für den deutschen Kriegsverurteilten Erich Priebke (86). Dregger gegenüber der Presse:



„Zur Begründung meiner Bemühungen um Gnade für Priebke habe ich darauf hingewiesen, daß dieser 1998 für eine Tat verurteilt wurde, wegen der seine Mittäter wie seine Vorgesetzten bereits vor fünfzig Jahren in Italien von höchsten Militärgerichten freigesprochen worden waren. Ich habe weiter darauf hingewiesen, daß Priebke 1996 ebenfalls vom höchsten römischen Militärgericht auf freien Fuß gesetzt worden war; doch dann sei er zu einem Objekt der unversöhnlichen Rache geworden (er wurde auf Anordnung des italienischen Justizministers entgegen dem Gerichtsbeschluß erneut in Haft genommen) –, des Gegenteils dessen, was nicht nur aus christlicher Sicht der Versöhnung der Völker dienlich ist."

Dregger verwies auch darauf, daß die Priebke vorgeworfene Repressalie nach einem Partisanen-Attentat 1943 vom Kriegsvölkerrecht gedeckt gewesen sei und alliierten Bräuchen entsprochen habe. Schon früher hatte sich Dregger im Unterschied zu anderen Unionspolitikern vor deutsche Soldaten gestellt: „Das Ziel der Alliierten war die Zerstörung des Deutschen Reiches, die Teilung Deutschlands und die Vertreibung der Ostdeutschen. Dagegen zu kämpfen, war ehrenhaft." *sr*

Waldemar Stanko

Das Verwaltungsgericht Münster hat der Demokratie einen Dienst erwiesen: Es sprach am 10. Januar den wegen seiner REP-Landtagskandidatur disziplinarrechtlich verfolgten Beamten Waldemar Stanko frei. Begründung: Die Kandidatur für eine zugelassene Partei sei für sich allein keine Dienstpflichtverletzung. „Ihr Leidensweg ist beendet", sagte der Vorsitzende Richter zu Stanko, der als Studienrat am Immanuel-Kant-Gymnasium in Dortmund beschäftigt war. Das Verfahren gegen den patriotisch engagierten Pädagogen lief seit 1994. Stanko ist unterdessen von den Republikanern zur DVU gewechselt.

wb

Udo Walendy

Schon einmal mußte der Vlothoer Diplom-Politologe und Historiker Udo Walendy wegen unerwünschter Zeitgeschichtsdarstellungen („Volksverhetzung") eine 15monatige Gefängnisstrafe ohne Bewährung bis zum letzten Tag absitzen. Kaum wieder auf freiem Fuß, erhielt der verlegerisch tätige Wissenschaftler auch noch ein Gewerbeverbot. Besonders hatte die Verfolger geärgert, daß Walendys Kriegsschuld-Buch „Wahrheit für Deutschland" nach jahrelangen Prozessen bis hin zum Bundesverfassungsgericht wieder für den freien Verkauf zugelassen wurde. Über den Entzug der Gewerbeerlaubnis hofft man nun, daß Walendy doch noch mundtot gemacht und existenziell ruiniert werden kann.

Damit aber nicht genug. Kürzlich lehnte das Oberlandesgericht Hamm Walendys Revisionsantrag gegen eine weitere Verurteilung ab. Das heißt, ein neuerlicher Strafvollzug von weiteren 14 Monaten ist rechtskräftig. Walendy hat nach Auffassung der Richter eine NS-Verharmlosung begangen, als er von „massiv gegen Deutschland vorgetragenen Greuelbehautungen" schrieb. Auch seine Aussage, daß „hohe Reprä-

sentanten der Bundesrepublik unentwegt mit geschichtsverdrehenden Anklagen gegen ihr eigenes Volk in der Welt herumreisen", verletze den Anspruch der Juden „auf Achtung ihres besonderen Leidensschicksals".

Walendy, der einst für das Rote Kreuz arbeitete und die Volkshochschule Herford leitete, ist 73 Jahre alt und herzkrank. Mit Haftverschonung kann er dennoch nicht rechnen. „Straftäter", die der politischen Rechten zugeordnet werden, fallen nicht unter die Mildtätigkeitsgebote linker Strafrechtsliberalisierung – was bereits internationale Menschenrechtsorganisation wie Human Right Watch zu Protesten veranlaßt hat. *kl*

George Tabori

Hätte Martin Walser das gesagt, was



jetzt der britisch-ungarische Dramatiker und Regisseur George Tabori (Bild) in einem Interview der „Süddeutschen Zeitung" (Nr. 3/2000) von sich gab Walser wäre wohl kurzerhand verhaftet worden. Aber Tabori entstammt jüdischem Elternhaus und spionierte während des Zweiten Weltkrieges für den britischen Geheimdienst im Nahen Osten. Er hat damit Meinungsfreiheit. Kürzlich inszenierte er in Berlin sein eigenes Stück „Die Brecht-Akte".

Befragt, wie er zum „Holocaust" stehe, antwortete Tabori: „Ich muß jetzt aufpassen, daß ich das richtige sage. Für mich war der Holocaust nicht eine einmalige Sache. Den Kurden oder den Afghanen ist ähnliches widerfahren. Die amerikanischen Juden übertreiben da manchmal etwas... aber ich glaube, jetzt wird der Holocaust zu sehr als einmalig empfunden. Er ist einmalig nur für die, die es durchlitten haben."

Die „wirklichen Holocaust-Überlebenden" seien ehrlich und „stricken keine politische Aussage daraus". Daß auch er, Tabori, Angehörige bei der NS-Judenverfolgung verloren habe, sei eine persönliche Sache. „Das geht niemand etwas an."

Deutschen Autoren und Wissenschaftlern sind solche Aussagen bekanntlich nicht gestattet. Wer die gängigen Holocaust-Darstellungen als übertrieben hinstellt, macht sich nach § 130 StGB einer NS-Verharmlosung schuldig, auch „Volksverhetzung" genannt. Zumindest aber gelten solche Anmerkungen als politisch unkorrekt und enden im Regelfall in jenem Gezeter, das Martin Walser über sich ergehen lassen mußte. Zu Taboris Interview gab es keinerlei Empörung – sogar Michel Friedman blieb stumm. *sp*

Günter Deckert 60

Seit genau vier Jahren und zwei Monaten in Haft, beging der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende und langjährige Stadt- und Kreisrat Günter Deckert am 9. Januar seinen 60. Geburtstag. Im Laufe dieses Jahres wird der Pädagoge, Politiker und Publizist das Gefängnis verlassen dürfen; der stellvertretende Leiter der JVA Bruchsal nannte den Monat August als Entlassungstermin.

Die für bundesdeutsche Verhältnisse lange Strafhaft basiert auf unerwünschten Äußerungen Deckerts zu zeitgeschichtlichen Fragen. Der Verurteilte sieht sich als „gewaltfreien Gesinnungstäter, der für sich das Recht in Anspruch nimmt, in bestimmten Fragen anderer Ansicht zu sein, als dies die derzeit in der BRD Herrschenden verlangen" Der Anspruch auf eigene Meinung sei „jedermanns unveräußerliches Menschenrecht".

Aufschlußreich am Justizfall Deckert sind auch die Begleiterscheinungen wie die Vertreibungskampagne gegen den Erstrichter Orlet, der eine Bewährungsstrafe befürwortete, sowie die Verurteilung seines Rechtsanwaltes Ludwig Bock, weil der Deckert zu engagiert verteidigt hatte. *O. B.*



Volksabstimmungen

Zu Kohls Spendenaffäre: Manchmal gibt es auch heute noch so etwas wie eine ausgleichende Gerechtigkeit. Wenn Kohl wegen seiner Geldgeschichten von Parteifreunden fallengelassen wird, so sehe ich darin nur eine ausgleichende Gerechtigkeit. Er selbst hat ja seinerseits auch uns, die Heimatvertriebenen, ohne Not und Zwang fallengelassen und verraten. Seine letzte Großtat war seine Verhöhnungserklärung mit Tschechien vom 21. Januar 1997. Freilich, genau so schlimm wie der schwarze Kohl war später auch der rote Schröder mit seiner Schlußstricherklärung vom 8. März 1999.

Ich meine, Korruption und Dekadenz treten immer stärker als Wesensmerkmal der bundesdeutschen Demokratie zutage. Das führt zu der Frage, wie Abhilfe geschaffen werden kann. Im antiken Athener Stadtstaat wurden nötige Entscheidungen vom Volk in direkten Versammlungen und Abstimmungen bindend und schnell entschieden. Noch früher, bei den Germanen, wurde in Thing-Versammlungen der fähigste Mann zum Anführer gewählt, und der bestimmte, was zu tun war.

Heinz Nickel, Tutzing

Chance für Patrioten?

Nun müßte auch dem letzten treuen Wähler der etablierten Parteien endlich klar geworden sein, was für Spiele Politiker der etablierten Parteien wagen. Infolge der üppigen Skandale kann man mit Sicherheit sagen, daß diese Politiker den Eid, den sie bei Amtsantritt ablegten, nicht erfüllen. Wo sind die Taten, die man nach bestem Wissen und Gewissen ausüben wollte? Was ist aus den ganzen Wahlversprechen, oder sollte man lieber Wahlversprecher sagen, geworden?

Ist dies nun die Chance für die patriotischen Parteien? Diese Frage möchte man mit einem eindeutigen Ja beantworten können, kann dies aber aufgrund irgendwelcher Querelen der Parteiführungen untereinander aber leider nicht.

Was bleibt, ist die Hoffnung auf ein Einlenken der Führungskräfte der patriotischen Parteien. Warum? Fakt ist, daß die patriotischen Parteien nun ihre Chance wahrnehmen sollten, um gemeinsam eine Wende in der Politik herbeizuführen. Dazu sollten sich die führenden Köpfe dieser Parteien an einen Tisch setzen und jegliche Abgrenzungsbeschlüsse vergessen. Dies sollte gelingen, denn mit Sicherheit kann man dann auch in Deutschland Wahlerfolge wie in der Schweiz oder in Österreich erringen.

Matthias Müller, Manebach

Erschreckende Ein- und Ausblicke

Man kommt nicht umhin, angesichts der jüngsten Spenden- und Zuwendungsskandale, die die großen Parteien von einer Peinlichkeit in die andere tappen lassen, über die in diesem Land praktizierte Demokratie nachzudenken.

Es vergeht kaum noch ein Tag, an dem nicht schon wieder ein Finanzbetrüger großen Kalibers Millionen am deutschen Fiskus vorbei ins Ausland lanciert. So praktiziert dieser Tage von Herrn Schneider, seines Zeichens Baugewinnler und -betrüger. Es wird in absehbarer Zeit immer mehr faules Geld in ungeahnten Größenordnungen zum Schaden vieler Menschen seinen Besitzer wechseln, ohne daß die Politik daran etwas ändert. Sie ist durch die zunehmende

Globalisierung dazu nicht mehr in der Lage.

Mit dieser irregulären Entwicklung hält gleichzeitig der geistig-moralische Verfall der Gesellschaft Schritt. Auffallende Beispiele aus letzter Zeit sind die Morde von Schülern, unter anderem an einer Lehrerin, die zunehmenden Straftaten, die steigende Gewaltbereitschaft und die Verrohung der Gesellschaft allgemein. Man muß die Symptome nur richtig deuten, dann kann man in der langen Geschichte der Menschheit diese negativen Erscheinungen als Kennzeichen untergehender Kulturen erkennen.

Manfred Sieland, Bad Langensalza

Böse Nazis

Zur Diskussion um die Umbenennung von Straßennamen: Glauben wir ja nicht, es ginge um die Bereinigung einiger Straßennamen. Wichtig ist, daß das Thema „böse Nazis" am Kochen gehalten wird. Es finden sich immer genügend Scharfmacher, die Verderbliches in der deutschen Vergangenheit aufspüren und publikumswirksam in die Öffentlichkeit tragen, um Nachbeter zu finden, die in Leserbriefen meinen, ihr „Demokratieverständnis" beweisen zu müssen. Wenn dann wieder einer vom Sockel gestoßen ist, kommt das nächste Opfer dran.

Reinhard Herzog, Wenzenbach


VERBOTEN: DER HITLERFUSS

Liebe Leser!

Wir bekommen täglich eine Vielzahl interessanter Zuschriften von Ihnen. Dafür möchten wir uns bedanken. Bitte haben Sie Verständnis dafür, daß aufgrund der Fülle nicht alle Ihre Briefe beantwortet und auch nicht alle veröffentlicht werden können.

Ihre N&E-Redaktion

Bankrotterklärung

Zur Meinung Hilmar Kabas über die Benes-Dekrete (N&E 1/00): Daß unser Bundeskanzler mit dem Ministerpräsidenten Tschechiens einer Meinung ist, man solle über das, was den Sudetendeutschen nach dem Krieg widerfahren ist, nicht mehr sprechen, da man die Vergangenheit ja doch nicht mehr ändern könne, ist nichts anderes als die totale Bankrotterklärung jedes Rechts. Wie würde zum Beispiel Israel reagieren, wenn Schröder zu Barak sagen würde: „Reden wir nicht mehr über die NS-Judenverfolgung, wir können ja die Vergangenheit doch nicht mehr ändern." Die Folgen wären nicht auszudenken.

Friedrich Ilk, München

Reichsaquarium?

Zu Hans Haackes Kunstobjekt im Reichstag (N&E 2/00): Wir haben uns ja an viel gewöhnt. Bewältigungsdenkmäler sind meist zu klein, und es gibt viel zu wenige davon. Entschädigungszahlungen sind zu gering, nur deutsche Opferzahlen sind immer noch zu hoch. Und jetzt das noch. Erde in einem Schweinetrog, hoffend, kritisches Unkraut sprösse verwegen wild als natürlicher Widerstand gegen äußerste Kontrolle. Der Künstlergenius hat sich im Material vergriffen. Nicht Erde, sondern Wasser wäre angebracht. Er möge das Parlamentsgebäude damit füllen. Bei Sitzungen würden in einem derart politaquarischen Gesamtkunstwerk schnorchelnde Politiker umherschwimmen und fortgesetzt Luftblasen ablassen. Unterwasserkameras übertrügen das Geschehen endlich im O-Ton (ohne Ton) nach draußen. Es käme nicht mehr zu

Fraktions-, sondern zu Schwarmbildungen. Die Fütterung mit fetten Diätwürmern fände öffentlich statt. Und gewidmet wäre das Ganze, fern jeder verdächtigen Volkstumsideologie, weder dem deutschen Volke noch der Bevölkerung, sondern schlicht „Dem Wasser". Sagte doch Mao einst sinngemäß: Der Abgeordnete schwimmt in den Volksmassen wie der Fisch im Wasser. Also, flutet den Reichstag!

Helmut Englmann, Johannesberg, Regionalsprecher Unterfranken der Deutschland-Bewegung

Staat geht kein Risiko ein

„Es muß uns erst sehr viel schlechter gehen, damit unser Volk endlich aufwacht!" Das ist seit vielen Jahren der Satz, den man in Patriotenkreisen immer wieder hört. Es geht der Masse unseres Volkes aber finanziell ausgezeichnet und das wird auch so bleiben. Lieber würde sich der Staat weiter verschulden, als das Risiko einzugehen, daß die Deutschen zur Besinnung kommen. Unsere Spaßgesellschaft kann ungehindert fortbestehen.

Es gibt aber noch einen anderen Grund für den Fortbestand unseres Wohllebens: Wenn das Füllhorn des Staates versiegen sollte, gingen sofort unsere Ausländer nach Hause. Das darf nicht sein, denn wir brauchen sie zur Durchsetzung der Multi-Kulti-Gesellschaft.

Hans-Joachim Langer, Eberdingen-Nussdorf

Nur Teilvereinigung

Erich Fuchs (N&E 1/00) erinnert an den Tag der Mauer-Öffnung. Es ist heute noch gut, daß es damals Männer wie ihn gab. Die Reihe derer, die es ebenso angingen, läßt sich bekanntlich verlängern. Aber leider wird inzwischen vergessen, daß es sich bisher lediglich um eine Teil-Wiedervereinigung handelt. Vergessen wird, daß wir bisher nur den kleinen Finger bekommen haben und die ganze Wiedervereinigung noch aussteht.

Es ist gut, daß wir erst einmal den kleinen Finger gepackt haben. Doch müssen wir jetzt mit dem ganzen Herzen, einem starken Willen und festen Glauben, friedlich um die Vollendung der Wiedervereinigung kämpfen. Wir haben kein Recht, die noch fehlenden Teile unserer Heimat mit den dort lebenden Menschen unseres Volkes einfach beiseite zu schieben.

Ruth Bachman, Bad Arolsen

Zur Kasse bitte!

Es sei mir gestattet, daß ich mir bei den Milliardenforderungen gewisser Kreise an Industrie und Steuerzahler zur Zwangsarbeiter-Entschädigung eine klammheimliche Schadenfreude nicht verkneifen kann. War es doch die deutsche Nachkriegsindustrie, die über Jahrzehnte durch Parteispenden die bußfertigen deutschen Regierungen stützte, und die deutschen Steuerzahler als Wähler, die ebenfalls fleißig diese Parteien im Sattel hielten. Durch Schaden wird man bekanntlich klug, was allerdings speziell bei den Deutschen meist nicht der Fall ist. Deshalb werden es beileibe nicht die letzten Zwangszahlungen sein. Also dann, zur Kasse, Deutschland.

Ulrich Cerwenka, Garching

■ LESERWÜNSCHE

Wir suchen: Patriotische Studenten - Wir bieten: Eine malerische Fachwerkstadt als Hochschulort, Kameradschaft, Studienhilfe, günstige Zimmer. Infos: http://www.rheinfranken.home.pages.de oder 06421/25620. Burschenschaft Rheinfranken, Lutherstr. 5, Marburg.

Sammlungsauflösung! Politische und militärische Literatur vor 1945 (deutschsprachig). Liste gegen 2,- DM in Briefmarken. Robert Thoms, Postboks 271, DK-8800 Viborg.

Bücher: Marine, Kolonien, Kriege v. d. Römern bis heute, Luftfahrt, NS-Zeit, Spionage, Biographien, usw. Liste 10 000 Titel gratis: Anton Rosker, Aschheimerstr. 11, 81671 München, Tel. 0 89 / 40 60 28.

National-freiheitliche deutsche Studenten melden sich bei Burschenschaft Frankonia, Loewenichstraße 16, 91054 Erlangen, Tel. 0 91 31 / 2 41 24, Fax 0 91 31/ 20 41 25.

Liebe Leser!

Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an unserer Rubrik Leserwünsche. Bitte beachten Sie aber, daß Ihr Anzeigenwunsch nur gegen Vorauskasse bearbeitet werden kann:

60 mm Breite, Fließsatz, bis zu fünf Zeilen **DM 25,–** (bei Chiffre **DM 30,–**). Jede weitere Zeile **DM 5,–**.

Uni-Studium in Halle/Saale? Wir zeigen Dir die rechte Art des Studentseins! Halle-Leobener B! Germania, Wilhelm-Külz-Str. 6, 06108 Halle. Tel./Fax 0345/2022573.

Akademisch und Frei! Deutsche Studenten melden sich bei der Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn. Tel. 0228/214118.

Berlin-Besucher finden Unterkunft und Betreuung in Rita's Hofgarten. Tel. 0 30/ 6 71 94 55, Fax 0 30/6 71 94 56.

WIR BIETEN ASYL –
für Flüchtlinge aus Multikultopia!
Deutsche Studenten in Hamburg, kommt zur
Hamburger Burschenschaft Germania
– garantiert politisch unkorrekt –
(preiswerte Studentenzimmer)
Tel. 040 / 27 52 48

Zu wissenschaftlichen Zwecken Ausgaben der Zeitschrift „Das Deutsche Mädel" ab 1933 gesucht. Chiffre 02-00-01

Die Lobby der Kirche läuft Amok gegen die **Wahrheit über Dietrich Bonhoeffer**. Was die Kirchen verschweigen ist in dieser Broschüre (64 S.) erstmals publiziert. Bestellen Sie „Wer ist Bonhoeffer?" (DM 10,-). H. J. Schultz, H.-Löns-Str. 48, 22926 Ahrensburg, Telefon (04102) 53608

Suche Zeitzeugen. HJ, Waffen-SS, Opfer von Flucht und Vertreibung, Zwangsarbeiter usw., die bereit sind Ihre Erlebnisse vor der Kamera zu schildern, damit in späteren Jahren objektive Zeugenaussagen für die geschichtliche Wahrheit erhalten bleiben. Tel. 0179/2193774.

Vermiete in großem freistehenden Haus eine 5-Zimmerwohnung, eine 4-Zimmerwohnung und einige kleinere Wohnungen. Das Haus steht in großem parkähnlichen Garten in der Nähe der Universitätsstadt Oldenburg. Chiffre 02-00-07

Student sein, Burschenschafter werden
für „Ehre, Freiheit, Vaterland!"
Deutsche Studenten in München melden sich bei
Burschenschaft Elektra
Teplitz zu München
(preiswerte Zimmer)
Tel. 089 / 52 35 01 68

Getreu seinem Eid, unerschütterlich in seinem Glauben, bis zuletzt kämpfend für die Ehre seiner ehemaligen Kameraden, aber auch verraten und verlassen von seinen Angehörigen verstarb am

3. Dezember 1999

mein väterlicher Freund,
Leutnant a. D. der Luftwaffe, KG 54

Otto Nagler

Geb. 29. Januar 1909, Träger des Deutschen Kreuzes in Gold, EK1, EK2, Verwundetenabzeichen, Frontflugspange u. a. Auszeichnungen.

Seine wegweisende Standhaftigkeit wird mir bleibendes Vorbild sein. In tiefer Trauer nehme ich Abschied.

Bernd Grundmann, 47877 Willich

Wenn alle untreu werden, so bleiben wir doch treu...

National-freiheitliche Burschenschaft bietet deutschen Studenten Zimmer, Kameradschaft und Studienhilfe.

B! Dresdensia-Rugia Gießen

Großer Steinweg 21 · 35390 Gießen
Telefon 0641/9360010 Fax 0641/93600112
www.Dresdensia-Rugia.de

Früher auf Fahrt mit BHJ und Wiking Jugend. Sonnenwendfeier mit Kulturwerk, HIAG und Günter Deckert. Stets parteilos, aber mit „Herz für Deutschland". Nicht weltfremd! Heute 51, 172, NR, gesch., ohne Altlasten, sucht liebe, ehrliche Sie für Freizeit, Urlaub, zum Schmusen. Für immer? Trau Dich! Chiffre 02-00-06

Suche „Recht und Wahrheit" Nr. 3-4/ 1989 und andere Sonderausgaben zum 100. von A. H. (auch leihweise oder Kopien). Archiv Steiner/Publizist. Archive, Postfach 143, 31235 Ilsede.

In Kleinstadt mit geringem Ausländeranteil im Südharz (Mitteldeutschland) mehrere Wohnungen und Ladengeschäft preisgünstig zu vermieten. Chiffre 02-00-05

„Ich war Oberschüler und Luftwaffenhelfer (1927–48)". 342 S., 146 Abb., DM 25,-, portofrei. Selbstverlag Hans Scherer, Heinrich-Hofmann-Str. 4, 96231 Staffelstein, Tel. 09573/5153.

Seminar-Gesprächsrunde-Training

Imaginäre Politik auf den Punkt gebracht. Damit Patrioten die gleiche Sprache sprechen.

Themenliste, Termine und Anmeldeformular anfordern bei:

Ralf Schiffauer
Mainstr. 66, 68642 Bürstadt

Frankierten Rückumschlag beilegen.

TERMINE

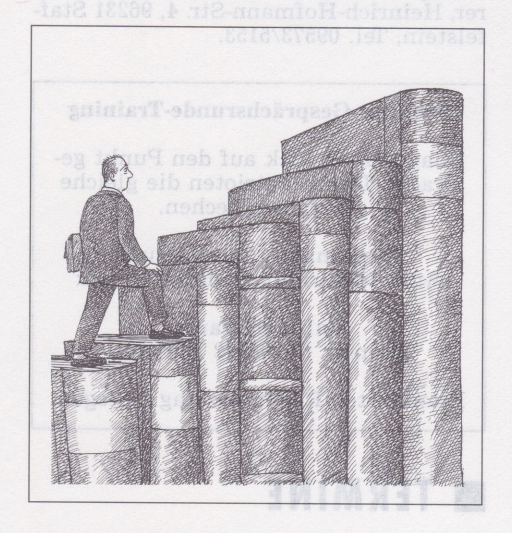
Stammtisch der DVU KV Koblenz-Umland, jeden 2. Montag im Monat, 19.30 Uhr. Infos: DVU KV Koblenz-Umland, Postfach 2148, 56107 Lahnstein.

Entschädigung für Vertriebene! Veranstaltung am 18. März, 11 Uhr, Gaststätte Haus Schooldermann, Volkardeyerstr. 32, 40880 Ratingen.

Jugend im 3. Reich am Beispiel der Stadt Görlitz. Lichtbildervortrag am 28. Februar, 20 Uhr. Infos: JLO-Sachsen/Niederschlesien, Postfach 500208, 01032 Dresden. Tel. 0171/6188778.

Gesellschaft oder Volksgemeinschaft – Elemente einer neuen Ordnung. Vortrag von Udo Voigt am 06. Februar in Mainz und am 07. Februar in Kaiserslautern. Infos: Politisch-kultureller Arbeitskreis Pfalz, Postfach 2129, 67609 Kaiserslautern, Tel. 0177/4115963.

Deutscher Kongreß der Gesellschaft für Freie Publizistik vom 14. bis 16. April im Raum München. Mit Festakt zum 40jährigen Bestehen. Es sprechen u. a. Dr. Alfred Mechtersheimer, Harald Neubauer und Karl Richter. Anmeldeunterlagen: Jürgen Schützinger, Sturmbühlstr. 81, 78054 Villingen-Schwenningen. Fax 07720/65281.



Die ewige Linke

Rudolf Samper: Die neuen Jakobiner. Von der Okkupation der Macht, VGB Verlagsgesellschaft, Berg am Starnberger See 1999, 300 Seiten, geb., DM 39,80

Dieser Band aus der Feder des langjährigen bayerischen Verfassungsjuristen und Oberstaatsanwalts Rudolf Samper erschien vor etlichen Jahren schon einmal. Die Geschichte der Bundesrepublik stand seither nicht still, brachte vielmehr mit der rot-grünen Regierungsübernahme 1998 eine ganze Generation ehemaliger Achtundsechziger in höchste Stellen - und machte so eine Fortschreibung der damaligen Analyse erforderlich.

Samper ist ein Meister des geschriebenen Wortes, und er weiß, wovon er spricht. So liest sich seine Auseinandersetzung mit den „neuen Jakobinern" spannend von der ersten bis zu letzten Seite. Er weist auf geradezu augenfällige Parallelen zwischen den Jakobinern - den Linksradikalen der Französischen Revolution und ihren späten Adepten in der Bundesrepublik hin: hier wie dort die gleiche fanatische Verfallenheit an die Utopie von Freiheit und Gleichheit (heute bereichert um die Variante „Menschenrechte"), hier wie dort das gleiche Sendungsbewußtsein, die gleiche Intoleranz gegenüber Andersdenkenden, die gleiche Bereitschaft zu Gewalt und Meinungsterror.

Bei seiner Diagnose hält sich Samper erfreulich frei von politischem Schubladendenken. Auch das „rechte" Jakobinertum, wie es sich im Totalitarismus des Dritten Reich manifestierte, unterzieht er einer profunden historischen Kritik. Am Ende schält sich das Bild einer möglichen Alternative zu allen Formen „jakobinischen" Eiferertums heraus: ein weiser, von viel Einsicht in das Wesen des Menschen und seiner Geschichte geleiteter Konservatismus, der sich auf das Mögliche und Machbare beschränkt. Der Rezensent hält dieses Werk bei allem Respekt vor dem literarischen Gesamtwerk des Juristen, Burschenschaftlers und gewesenen Soldaten Samper - für die tiefschürfendste, konsequenteste Arbeit des Autors. Wo über Politik und ihre Koordinaten diskutiert wird, sollte sie nicht fehlen. *kr*

Eiserner Kanzler

Emil Schlee: Otto von Bismarck und die Einheit Deutschlands. Frieling Verlag, Berlin 1999. 110 S., Pbck., DM 14,80.

Zweifellos war Otto von Bismarck einer der erfolgreichsten deutschen Politiker der Neuzeit. Ebenso zweifellos hat das deutsche Volk seinem einstigen Reichskanzler vieles zu verdanken, beispielhaft sei die Bismarcksche Sozialgesetzgebung genannt. Gefeiert wird er zudem als treibende Kraft bei der Einigung des Deutschen Reiches.

Professor Emil Schlee hat sich mit vorliegender Schrift zur Aufgabe gemacht, die Rolle Bismarcks näher zu betrachten. Durch die Lektüre, es handelt sich um eine Sammlung von Aufsätzen und Vorträgen des Autors, erfährt der Leser einiges über die damaligen machtpolitischen Konstellationen, die geopolitische

Gedankenwelt und die innere Haltung des Menschen Bismarck. Schlee ist dabei immer wieder bemüht, einen aktuellen Bezug herzustellen. So lautet ein Kapitel „Die Einigung Deutschlands 1871 und die Wiedervereinigung Deutschlands in unserer Zeit". Es handelt sich hier übrigens um den Text einer Ansprache aus dem Jahr 1978, als Schlee schon voraussagte, was rund zehn Jahre später dann tatsächlich eintrat. *Didier*

„Canaille Mensch"

Thomas Altstedt: Joseph Goebbels. Eine Biographie in Bildern, Druffel-Verlag, Berg am Starnberger See 1999, 160 Seiten, geb., Schutzumschlag, zahlreiche Abb., DM 49,80

Joseph Goebbels, Jahrgang 1897, während des Dritten Reiches Minister für „Volksaufklärung und Propaganda" war zweifellos eine der schillerndesten Personen an der Spitze des NS-Staates. Eine zeitferne Historiographie verleiht ihm – mit volkspädagogischer Absicht – mitunter Züge eines Dämons oder Attribute wie „Canaille Mensch" (Joachim C. Fest).

Mit solchen simplifizierenden Wertungen hält sich der Band von Thomas Altstedt wohltuend zurück. Dabei hat der Autor beileibe kein harmlos-unreflektiertes Bilder-Buch vorgelegt, sondern bemüht sich mit viel Sachkenntnis und literarischem Einfühlungsvermögen, den zweitmächtigsten Mann des Dritten Reiches so darzustellen, wie er war: mit seinem Genie, aber auch mit seinen Schattenseiten. Goebbels, der verhinderte Literat, blieb seinen Idealen bis zu seinem Selbstmord am 1. Mai 1945 treu, verlieh dem Dritten Reich als charismatischer Redner, als Organisator der öffentlichen Meinung Stimme und Ausdruck. Zweifellos war Joseph Goebbels ein Überzeugungstäter.

Nur: Dieses Urteil aus dem Blickwinkel der Nachwelt besagt wenig. Schließlich bringt jedes Regime, ob demokratisch oder nicht, tätige Unterstützer oder, wenn man so will, „willige Vollstrecker" hervor. Was Goebbels von anderen unterschied, war sein außergewöhnliches Talent.



Altstedts Bild-Monographie will nichts beschönigen, enthält sich aber auch moralinsaurer Belehrungen. Geschehenes referiert sie faktenkundig und nüchtern, gibt sich aber ansonsten behutsam-zurückhaltend: Goebbels soll selbst zu Wort kommen, sein Lebensweg soll anhand ausgewählter Bilddokumente für sich sprechen. Das reicht von seltenen Privataufnahmen über amtliches Pressematerial bis hin zu Bildern aus den letzten Kriegswochen: Goebbels an der Front in Schlesien, bei einem Weihnachtsbesuch im Lazarett. Dezent ausgewählte Zitate aus den Tagebüchern verleihen hier zusätzliche Authentizität.

Diese Bild-Biographie ist ein Geschichts-Buch eigener Art: keines der belehrend-auftrumpfenden Sorte, sondern eher eines der leisen Töne. Das ist gerade bei einem umstrittenen Thema wie hier überaus verdienstvoll. Das Bild von der „Canaille Mensch" wird dadurch um einige objektive Züge reicher. *kr*



1. April 1933:
Boykott jüdischer Geschäfte.
Was steckte dahinter?

Deutsche und Juden

Hartmut Stern: „Jüdische Kriegserklärungen an Deutschland" / Wortlaut, Vorgeschichte, Folgen. FZ-Verlag, München 2000. 408 S., zahlr. Abb., geb., DM 49,90.

Über das deutsch-jüdische Verhältnis offen und unbefangen zu sprechen, ist seit 1945 kaum mehr möglich. Auch im sechsten Jahrzehnt nach Untergang des Dritten Reiches sind wir von Normalität weit entfernt, wobei sich allerdings die Machtverhältnisse gründlich gewandelt haben. Dominierte vor 1945 der Antisemitismus, herrscht heute das gegenteilige Extrem: ein nicht minder penetranter Philosemitismus. Vorher hieß es: Alles Jüdische ist schlecht. Heute hören wir: Alles Jüdische ist gut. Abgewogene, differenzierende Töne sind kaum zu vernehmen.

Auf der einen Seite Unversöhnlichkeit, auf der anderen Seite das schlechte Gewissen - aus dieser Konstellation können nur neue Vorurteile erwachsen. Wie ist dagegen anzukommen? Am besten durch Geschichtskenntnisse und den vorbehaltlosen Willen zur Wahrheit. Das deutsch-jüdische Verhältnis ist komplex, hat viele Facetten und darf nicht, wie es heute vielfach geschieht, auf eine einseitige Täter/Opfer-Beziehung reduziert werden. Beide Seiten sind sich in Irrung und Wirrung, in Glanz und Elend, in Krieg und Frieden verbunden.

Hartmut Stern legt nun eine ebenso gründliche wie couragierte Bestandsaufnahme vor. Der Titel seines Buches („Jüdische Kriegserklärungen an Deutschland") soll Aufmerksamkeit provozieren. Jeder Deutsche kennt die Bilder des 1. April 1933, als SA-Männer vor jüdischen Geschäften plakatierten: „Deutsche, wehrt Euch! Kauft nicht bei Juden!" Doch kaum jemand weiß noch, daß Wochen zuvor jüdische Organisationen in den USA und England zum Boykott gegen Deutschland aufgerufen hatten, zu einem Boykott, der von den deutsch-jüdischen Verbänden auf das schärfste verurteilt worden war. Es gab also weder eine deutsche noch eine jüdische Einheitsfront. Auf beiden Seiten lagen sich Dummheit und Vernunft, Mäßigung und Scharfmacherei in den Haaren.

Gewiß, ein Streit über Ursache und Wirkung ist so fruchtlos wie das Rätseln darüber, wer zuerst da war: die Henne oder das Ei. Man muß nur wissen, daß

einfache Erklärungsmuster der geschichtlichen Realität selten gerecht werden. Das Stern-Buch beleuchtet eine Vielzahl von Aspekten, ohne sich in einseitigen Schuldzuschreibungen zu verlieren. Es bricht zugleich eine ganze Menge Tabus einfach dadurch, daß es Fakten nennt und Zitate sprechen läßt, die heute zumeist verschwiegen werden.

Manches ist atemberaubend. Allein die Initiativen zionistischer Kreise, mit dem Dritten Reich ins politische Geschäft zu kommen, bis hin zu dem 1941 ergangenen Angebot, auf deutscher Seite in den Krieg zu treten, lesen sich heute wie ein Krimi. Dazu im Kontrast die antideutschen Vernichtungsphantasien der Morgenthau, Kaufman und Ehrenburg. Stern hat die wissenschaftliche Literatur fleißig ausgewertet und die wichtigsten Fundstücke zu einem faszinierenden Gesamtbild gruppiert. Ein Buch von lexikalischer Qualität. *sp*

Erste Konzentrationslager

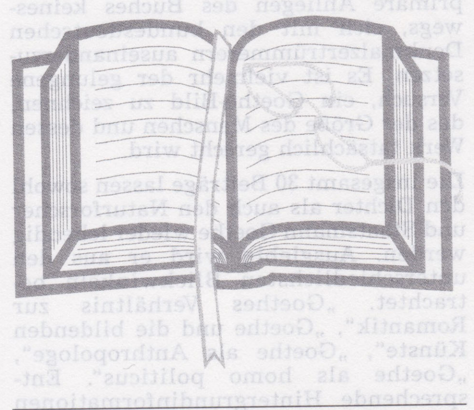
Claus Nordbruch: Die Europäischen Freiwilligen im Burenkrieg 1899–1902 – Les Volontaires Européens de la Guerre des Boers (1899–1902) – The European Volunteers in the Anglo-Boer-War 1899–1902. Contact Publishers, Pretoria 1999, 249 S., zahlreiche Abb., geb., DM 49,80.

Von 1899–1902 tobte in Südafrika ein erbitterter Krieg zwischen den beiden Burenstaaten Südafrikanische Republik und Oranjefreistaat einerseits und dem Britischen Weltreich andererseits. Die mit deutschen Gewehren und Kanonen bewaffneten Burenarmeen erzielten Anfangserfolge, doch machte sich die personelle und materielle Überlegenheit der Briten immer stärker bemerkbar. Im Verlauf des Jahres 1900 besetzten sie die großen Städte der Burenrepubliken.

Doch noch zwei Jahre leisteten die Burenkommandos unter Nutzung der Guerillataktik Widerstand. Um sie in die Knie zu zwingen, verschleppten die Briten deren Frauen und Kinder in concentration camps, wo 28 000 von ihnen an Hunger und Seuchen starben. Wenig bekannt ist, daß auch 20 000 schwarze Arbeiter der Buren in solchen Lagern umkamen.

Vergeblich hatten damals in Europa viele Menschen ihre Regierungen dazu gedrängt, den tapferen Kampf der Buren zu unterstützen. Doch kein Staat wagte es, den mächtigsten Staat der Welt zu brüskieren. Daraufhin fuhren viele Europäer auf eigene Faust nach Südafrika, um die Buren zu unterstützen: Deutsche, Niederländer, Iren, Skandinavier, Franzosen, Russen und andere. Nachkommen dieser Freiwilligen leben zum Teil bis heute in Südafrika.

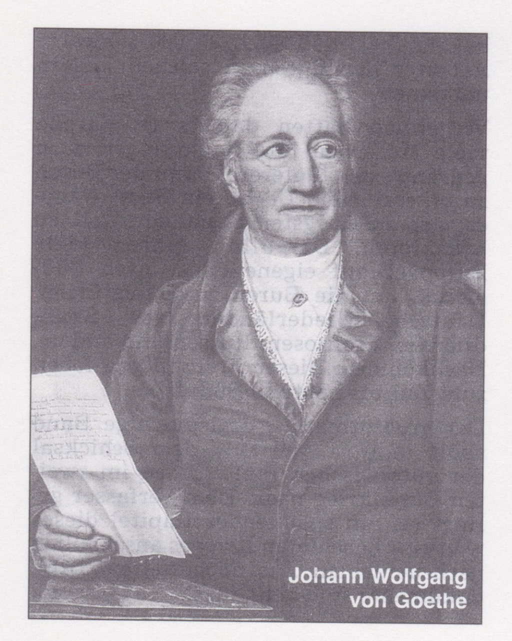
Der großformatige, dreisprachige Band spürt in Wort und Bild dem Schicksal der europäischen Freiwilligen im zweiten Burenkrieg nach. Dem Verfasser gelingt es, ein spannendes Kapitel dieses weltweit beachteten Krieges anschaulich nachzuerzählen. Zahlreiche seltene Bilddokumente sind beigefügt. *au*



Dichter und Staatsmann

Otto Scrinzi, Walter Marinovic (Hrsg.): Goethe – Dichter, Naturforscher, Staatsmann. Aula Verlag, Graz 1999. 392 S., geb., DM 40,–.

Weitverbreitet ist heutzutage die Ansicht, daß Goethe kein Thema für Österreich und in kultureller Hinsicht ein Synonym für das „Anschluß"-Trauma sei. Die Herausgeber des vorliegenden Werkes, erschienen in Aula-Verlag Graz, beweisen das Gegenteil. Dabei ist das


Johann Wolfgang von Goethe

primäre Anliegen des Buches keineswegs, sich mit den bundesdeutschen Denkmalzertrümmerern auseinanderzusetzen. Es ist vielmehr der gelungene Versuch, ein Goethe-Bild zu zeichnen, das der Größe des Menschen und dessen Werk tatsächlich gerecht wird.

Die insgesamt 30 Beiträge lassen sowohl den Dichter als auch den Naturforscher und Staatsmann Goethe wieder lebendig werden. Ausgiebig wird er aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln betrachtet. „Goethes Verhältnis zur Romantik“, „Goethe und die bildenden Künste“, „Goethe als Anthropologe“, „Goethe als homo politicus“. Entsprechende Hintergrundinformationen zu Politik und Geschichte der damaligen Zeit runden das Werk ab.

Besonders erfreulich ist die Tatsache, daß auch Themen angesprochen werden, die in den offiziösen Goethe-Betrachtungen nicht zu finden sind. Schon deswegen hebt sich der vorliegende Band wohltuend von anderen Traktaten ab. In welchem Buch findet man heute Aufsätze wie „Goethe und sein Volk“ oder „Goethe und der Zeitgeist von 1999“? Bei der Lektüre stellt der zeitkritische Leser jedenfalls schnell fest, daß viele Aussagen des Dichtergenies nichts von ihrer Aktualität verloren haben. *engelhard*

Profunde Bestandsaufnahme

Jürgen Schwab: Deutsche Bausteine. Grundlagen nationaler Politik, Deutsche Stimme-Verlag, Stuttgart 1999, 357 Seiten, geb., Abb., DM 34,80.

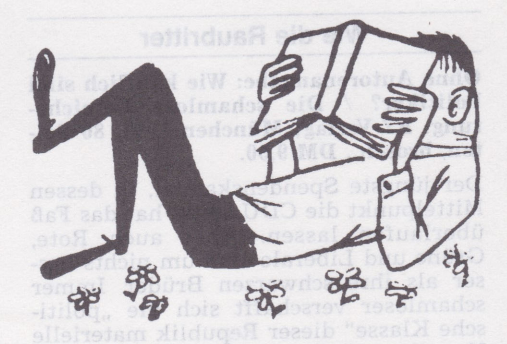
Jürgen Schwab, Diplom-Germanist und Buchautor (zuletzt: „Die Meinungsdiktatur“, vergriffen) versucht sich an einer Quadratur des Kreises. Er fahndet einerseits nach den „Grundlagen nationaler Politik“ - ein Anliegen, das legitim ist und den Autor als Fortsetzer einer ansehnlichen geistesgeschichtlichen Ahnenreihe ausweist -, andererseits begibt er sich bei seiner Analyse gewollt oder ungewollt ins Gestrüpp neurechter Tagespolitik, was dem hochfliegenden theoretischen Anspruch seines Buches nicht immer gut tut.

Schwab ist ein politischer Visionär, und er bekennt sich zu einem nationalrevolutionären Fundamentalismus. Beides ist per se nicht verwerflich; auch mit fundamentalistischen Idealen läßt sich Politik machen, und der lange Atem des Visionärs hat noch niemandem geschadet zumal wenn man noch eine erkleckliche Wegstrecke durch die Wüsten der Realpolitik vor sich hat.

Bei aller Luzidität seiner Analyse verkennt Schwab jedoch die Wirkungsmöglichkeiten fundamentalistischer Radikalopposition in der Bundesrepublik. Da hilft es wenig, die Protagonisten der heutigen NPD mit ihrer Präferenz für einen nationalen Sozialismus im Windschatten der alten 48er-Revolutionäre zu verorten; da hilft auch die Forderung wenig, wonach eine „nationalistische Partei“ eine „neue politische Ordnung von Volk, Staat und Verfassung“ zu propagieren habe. Denn selbst für einen mühseligen Marsch durch die Institutionen geben solche Handlungsanweisungen wenig her. Fundamentalopposition allein reicht nicht, um irgendwann an die Hebel der Macht zu gelangen.

Im übrigen geht Schwab, was angesichts der Stringenz seiner Gedankenführung

um so schmerzlicher auffällt, einer Uralt-Falle des „Systems" auf den Leim, indem er sich auf die völlig überflüssige Konfliktstellung zwischen vermeintlich „alter Rechter" und „neuem Nationalismus" einläßt – jugendliches Revoluzzertum ist schließlich ebensowenig ein Verdienst wie Alter ein Makel. Und warum ständig das ostentative Bekenntnis zum „Nationalismus"? Weiß Schwab, der immerhin eine Koryphäe der Verhaltensforschung wie I. Eibl-Eibesfeldt im Literaturverzeichnis anführt, nicht, daß alle „Ismen" unzulängliche Vehikel der Auseinandersetzung sind, weil ihnen der „unausrottbare Fehler der Grenzüberschreitung ‚nach oben'" (K. Lorenz) anhaftet?



Schwab hat sich mit seinem Werk zweifellos Meriten um eine schonungslose Bestandsaufnahme der gegenwärtigen deutschen Rechts-Szene erworben. Auch mit seinem Vorschlag, eine künftige nationale Politik auf die drei „Bausteine" nationaler Identität, nationaler Souveränität und nationaler Solidarität zu gründen, hat er einen erfreulich präzisen Beitrag zur Programmdiskussion des sogenannten „nationalen Lagers" geleistet. Daß er sich nicht scheut, in seine Lageanalyse auch die Sichtweisen von Marx und Engels einzuarbeiten, weist ihn als klarblickenden strategischen Kopf aus, dem es um die ernsthafte Durchdringung von Sachfragen, nicht um engstirnige Parteipolitik geht.

Anton Vergeiner

Wie die Raubritter

Ohne Autorenangabe: Wie käuflich sind Politiker? / Die schamlose Bereicherung. FZ-Verlag, München 1999. 80 Seiten, brosch., DM 9,90.

Der jüngste Spendenskandal, in dessen Mittelpunkt die CDU steht, hat das Faß überlaufen lassen. Aber auch Rote, Grüne und Liberale sind um nichts besser als ihre schwarzen Brüder. Immer schamloser verschafft sich die „politische Klasse“ dieser Republik materielle Vorteile und Privilegien. Im Vergleich dazu war der Adel im vorrevolutionären Frankreich von vornehmer Zurückhaltung. Selbst die SED-Bonzen der untergegangenen DDR waren um kein bißchen raffgieriger. Über die Funktionärsidylle Wandlitz, wo es sich Honecker, Mielke und Genossen mit Westware gutgehen ließen, können bundesdeutsche Politiker nur müde lächeln. Für sie ist überall „Wandlitz“, oder besser: Versailles.

Abgeordnete, Staatssekretäre, Minister, politische Beamte - sie sind weniger Staatsdiener denn Staats-Verdiener. Ihre Gehälter und Pensionen liegen so hoch, daß in der Regel fünf bis zehn Bezugsjahre genügen, um zum Millionär zu werden. Ein aktuelles Beispiel: Der bei illegalen Geldschiebereien ertappte Ex-Innenminister Manfred Kanther hat nach der Niederlegung seines Bundestagsmandats einen Pensionsanspruch von 28 848 Mark - monatlich, nicht jährlich. Das sind in drei Jahren mehr als eine Million Mark! Kanther ist nur die Spitze des Eisbergs. Wie er sahnen Zehntausende von Ex-Politikern ab. Und es werden immer mehr.

Im Münchner FZ-Verlag ist zu diesem Thema, ohne Autorenangabe, eine aktuelle Aufklärungsbroschüre erschienen. Zwar fehlt hier noch der jüngste Skandal, aber trotzdem ist man auf der Höhe der Zeit. Die dokumentierten Beispiele eigennützigen Machtmißbrauchs machen sprachlos. Vieles davon hat man da und dort schon vernommen, aber wieder vergessen, weil die Zahl der Fälle die Speicherkapazität eines Normalgehirns überfordert. Um so wertvoller ist dieses preiswerte Kompendium, das auf jeder seiner 80 Seiten so viel „Bereicherndes“ enthält, daß man aus der Haut fahren möchte.

Wenn spätere Historiker-Generationen den Untergang der Bundesrepublik Deutschland studieren werden, dürften sie staunen: Ein solches Ausmaß von Selbstbereicherung hat es bislang in der Geschichte nicht gegeben. *kh*

Die Angst vor Deutschland kehrt wieder – ein Trauma!

»Die Angst vor Deutschland ist eine der wesentlichen Triebfedern der französischen Politik.«

Gustav Stresemann

»Der Deutsche ist davon überzeugt, daß er die Welt verbessert und verschönert, indem er sie verheert.«

Charles Maurras

»Wo immer die Deutschen auftauchen, rotten sie die Kultur aus.«

Lord Vansittart

»Jeder Jude müßte sich irgendwo in seinem Innern eine Zone des Hasses freihalten, eines gesunden und mannhaften Hasses, für das, was der Deutsche verkörpert und im Deutschen fortbesteht.«

Elie Wiesel



Philippe Gautier
Deutschenangst Deutschenhaß
Entstehung
Hintergründe · Auswirkungen

336 S., Pb., zahlr. Abb.
DM 32.-

Das 20. Jahrhundert war geprägt von den beiden großen Kriegen, die als europäische Auseinandersetzungen begannen und durch das zweimalige Eingreifen der USA zu Weltkriegen wurden. Maßgeblicher Grund für die jeweiligen Kriegserklärungen der Alliierten und deren äußerst harte Friedensbedingungen war die Angst vor einem zu mächtigen Deutschland im Herzen Europas. Die Angst vor den Deutschen wurde durch eine verantwortungslos manipulierende Presse vor allem in Frankreich und England in eine unbegründete Deutschenfeindlichkeit bei den beiden Völkern umgesetzt.

Dieser Deutschenangst und Deutschenfeindlichkeit geht der französische Verfasser nach, zeigt ihre Wurzeln auf, gibt ihre Hintergründe an und beschreibt insbesondere an zahlreichen Beispielen ihre verheerenden Auswirkungen im Einzelfall wie für das Miteinander der Völker. Ausführlich wird auch auf die hunderttausendfachen Tragödien hingewiesen, die sich im Rahmen der Bewältigung der Kollaboration nach der Befreiung Frankreichs ab 1944 abspielten. Der Verfasser berührt eine der wesentlichsten Fragen für ein Zusammenwachsen der einzelnen Völker des Abendlandes.

BUCHDIENST NATION-EUROPA

96414 Coburg · Postfach 2554
Tel. 09561/8078-0 · Fax 09561/807820

NATION & EUROPA

Die Monatszeitschrift für deutsche Patrioten

Bitte Gewünschtes ankreuzen:

○ **Ja, auch ich möchte NATION & EUROPA regelmäßig lesen.**
Bitte beliefern Sie mich ab sofort für mindestens ein Jahr (DM 144,–). Das Abonnement kann jeweils zum 1. 10. des laufenden Jahres gekündigt werden.

○ **Mich interessiert NATION & EUROPA. Ich möchte es kostenlos und unverbindlich dreimal zur Probe lesen.**

______________________ ______________________

Ort/Datum Unterschrift

Absender auf Rückseite dieser Postkarte bitte deutlich schreiben!

Absender: (Bitte deutlich lesbar ausfüllen)

Name

Straße

PLZ/Ort

Liebe Leserin, lieber Leser!

Anbei erhalten Sie ein *Werbeheft* von NATION & EUROPA. Es kostet Sie nichts! Gerne senden wir Ihnen mehr.

Bitte kreuzen Sie auf der Rückseite das Gewünschte an und schicken Sie diese Karte gleich an uns zurück.

Wir freuen uns über Ihr Interesse!

Verlag NATION & EUROPA

Bitte ausreichend frankieren

Antwort

An

NATION & EUROPA

Postfach 25 54

D-96414 Coburg